

Politische Berichte



13. März 1982
Jg. 3 Nr. 6

G 7756 D Preis:
2,50

Bundesanstalt für Arbeit – Fragen an den Chef:

„Wenn Sie arbeitslos wären, Herr Präsident ...

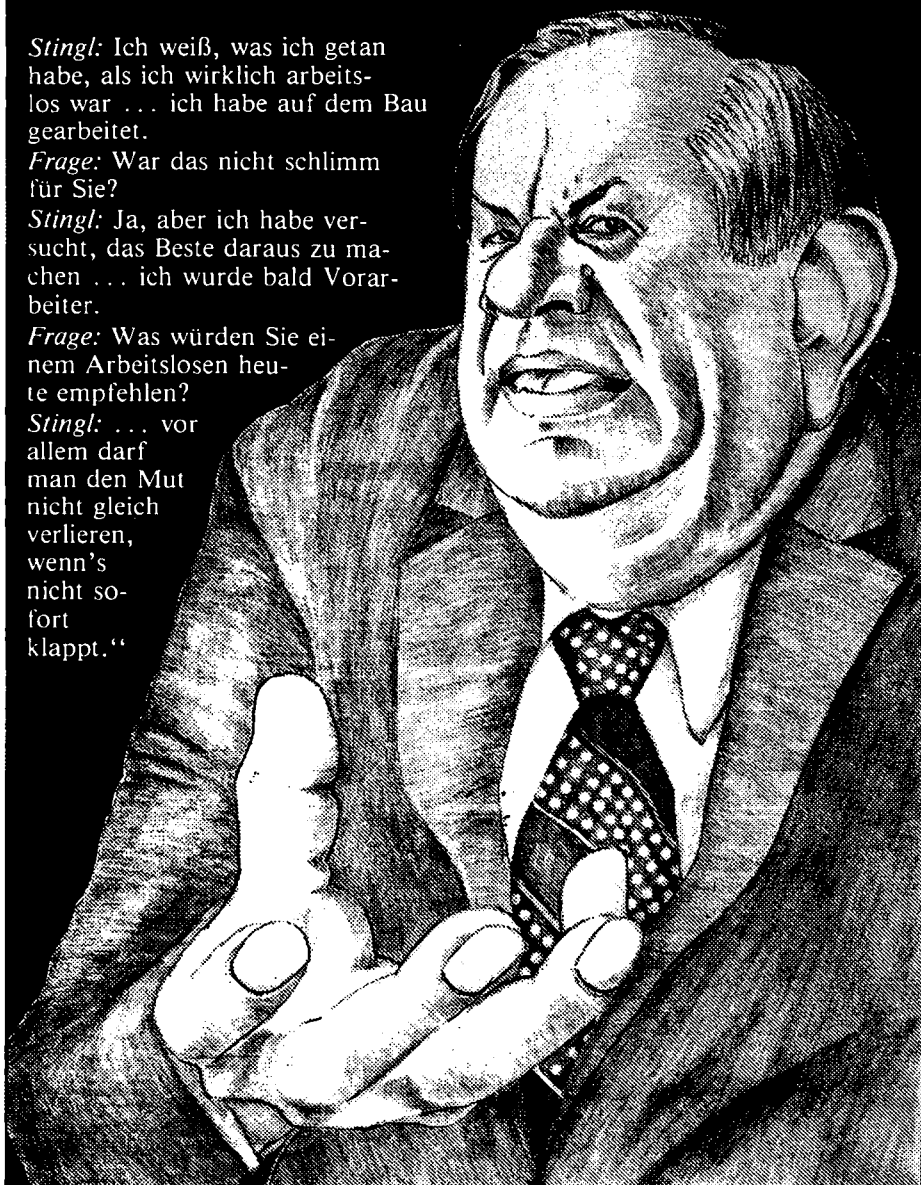
Stingl: Ich weiß, was ich getan habe, als ich wirklich arbeitslos war ... ich habe auf dem Bau gearbeitet.

Frage: War das nicht schlimm für Sie?

Stingl: Ja, aber ich habe versucht, das Beste daraus zu machen ... ich wurde bald Vorarbeiter.

Frage: Was würden Sie einem Arbeitslosen heute empfehlen?

Stingl: ... vor allem darf man den Mut nicht gleich verlieren, wenn's nicht sofort klappt.“



Josef Stingl hat's geschafft: arbeitslos – Polier – Präsident!



Lohnbewegung 1982: Die IG Metall hat weniger abgeschlossen, als der Arbeitsmarkt hergibt und die Kapitalisten 1982 zahlen werden Seite 3



NATO: Gipfelkonferenz am 10. Juni in Bonn. BRD – Raus aus der NATO! Was denn sonst? Seite 13



US-Haushalt: AFL-CIO fordert: keine weiteren Kürzungen bei den Sozialprogrammen Seite 29

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2,50 DM

Lohnbewegung 1982: Die IG Metall hat weniger abgeschlossen, als der Arbeitsmarkt hergibt und die Kapitalisten 1982 zahlen werden Seite 3

Anschluß an die gewerbliche Wirtschaft? ÖTV-Vorsitzender Kluncker bekräftigt: keine Verrechnung Seite 4

Das Schlichtungsergebnis in Kaufkraft 1980 Seite 5

Aus Politik und Wirtschaft — kurz berichtet Seite 6

Rentengesetze: Wie BDA & BDI wollen: Anwartschaft gekürzt, „Nettorente“, kein Erziehungsjahr Seite 7

Wohnungsbau: CDU: kleinere Wohnungen, keine Sonne Seite 7

Kapitalkonzentration: „Pleiten wie noch nie“ — die Kapitalisten steigern den Druck auf den Lohnstandard Seite 8

Ausländer: Interessierte Halbwahrheiten Seite 9

Studenten: Urteil gegen VDS-Dachverband Seite 9

Grundwerte: SPD-Kommission entwickelt die Gleichberechtigung als Faß ohne Boden Seite 10

VR Polen: Imperialisten fürchten ums Ostgeschäft Seite 11

Niederlande: Angriffe auf Löhne und Lohnfortzahlung Seite 12

NATO: Gipfelkonferenz am 10. Juni in Bonn. BRD — Raus aus der NATO! Was denn sonst? Seite 13

„Deutschland“, Deutscheuropa und die deutsch-amerikanische „Freundschaft“ Seite 14

Luftwaffenbasen, Depots, Übungsplätze — Bundeswehrstützpunkte im Ausland Seite 16

NATO-Operationsgebiete: Künftig „weltweite“ Verfolgung „lebenswichtiger Interessen“ Seite 17

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung Seite 18

MAN AG: An CNC-Maschinen: Schicht und Mehrmaschinenbedienung Seite 19

Justizministerium Ba-Wü: Eyrichs Antwort zum Amnestieantrag Seite 19

Universität Bielefeld: Personalverwaltungssystem zur Erstellung der Telefonliste? Seite 20

Tarifikampf Banken: TG I streichen und früher ins Endgehalt Seite 21

Siemens AG: Der arbeitsmarktpolitische Beitrag Seite 21

Schleswig-Holstein: Neofaschistische Hetze und staatliche Angriffe gegen Ausländer Seite 22

Wohnungen der Stadt nicht an Ausländer Seite 22

Westberlin: CDU-Senat läßt Asylanten zwangsarbeiten Seite 23

Münchener Zeitungsverlag: 300 Entlassungen geplant Seite 23

Truppenübungsplatz: Kampf gegen Platzverweiterung .. Seite 24

Betriebsschließungen: Lohnverzicht zur Firmenrettung? Seite 24

Mannheim: Einflußnahme auf die Gestaltung eines Energieversorgungskonzeptes Seite 25

Mannheimer Industriekonzerne diktieren das Versorgungskonzept Seite 26

Stichwort: Energieversorgungskonzepte Seite 27

Internationale Nachrichten Seite 28

US-Haushalt: AFL-CIO fordert: keine weiteren Kürzungen bei den Sozialprogrammen Seite 29

Italien: Strafverfolgung wegen Fehlzeiten und Streiks .. Seite 29

Belgien: Anhaltende Streiks der Stahlarbeiter Seite 30

VR China: Ölmonopole bekommen Förderkonzessionen Seite 30

Ölpreise: Imperialisten wollen die OPEC sprengen Seite 31

Neokolonialismus: Reagans Karibikplan — Puerto Rico als „Vorbild“ Seite 31

Brasilien: Interessen westdeutscher Konzerne — auf den Spuren der Reichsbourgeoisie Seite 32

IMB unterstützt den Gewerkschaftsaufbau in Brasilien Seite 33

Aus Kultur und Wissenschaft Seite 34

Film: Mel Brooks' „Verrückte Geschichte der Welt“: idiotische Herrscher und dumme Untertanen Seite 34

Gezeichnete Herrenmenschen animiert Seite 34

Grüne als Kolonialisten Seite 34

Peter Maffay: Diesmal zu Gott Seite 34

Club of Rome: Die Entwicklung der Mikroelektronik und ihre Folgen Seite 35

Sowjetunion: Ergebnisse der ersten beiden Fünfjahrpläne Seite 36

VR Polen: Die PVAP plant erneut Branchengewerkschaften Seite 37

Lohnabhängige und Selbständige in der Steuerstatistik Seite 38

Die IG Metall hat weniger abgeschlossen, als der Arbeitsmarkt hergibt und die Kapitalisten 1982 zahlen werden

Der 4,2%-Lohn- und Gehaltstarifabschluß für die metallverarbeitende Industrie, Schlichtungsspruch im Tarifgebiet NRW und von den Tarifkommissionen der anderen Tarifbezirke der IG Metall übernommen, wird die Kaufkraft der Arbeiter- und Angestelltenhaushalte nicht erhalten. Auf's Jahr gerechnet werden sich gegenüber 1980 Verluste in der Größenordnung von 1000 DM einstellen. Das bedeutet: Für viele Lohnabhängige wird eine drastische Einengung gerade jener Lebensäußerungen unabwendbar, die heute die Traurigkeit des Arbeiterlebens dann und wann auflockern, äußerst schädliche Folgen für die Gesundheit werden nicht ausbleiben. Da die Lohnabhängigenhaushalte heute einer umfangreichen Ausstattung an langlebigen Konsumgütern bedürfen, besteht immer die Möglichkeit, schlechte Lohnjahre durch Verschieben größerer Anschaffungen zu überbrücken. Das Verfahren mildert die unmittelbare Auswirkung von Lohnverlusten, hat aber seine Grenzen.

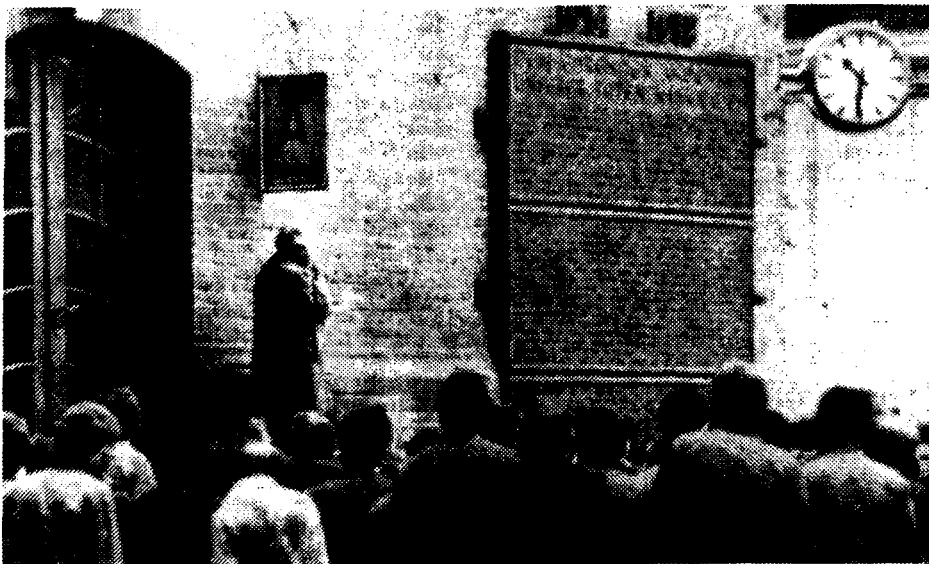
Für das Jahr 1983 wird sich ergeben: Die Lohnabhängigen gehen mit einem Verlust in die Verhandlungen, der durch eine dann aufzustellende Forderung auch bei deutlicher Besserung der Konjunkturlage nicht auszugleichen sein wird. Die zumeist sozialdemokratischen Funktionäre der DGB-Gewerkschaften haben ihr Handwerk zu Zeiten mal stärker, mal schwächer, jeden-

falls aber steigender Kaufkraft der Arbeiterhaushalte gelernt. Fast alle vertreten die Politik der stückweisen Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen im Rahmen kapitalistischer Wirtschafts- und Herrschaftsverhältnisse. Obwohl nun schon das zweite Jahr hintereinander Kaufkraftverluste das Endergebnis gewerkschaftlicher Lohnbemühungen sind, halten viele diese Entwicklung für ein Zwischenspiel, dem bessere Zeiten folgen werden. Kaum anzunehmen, daß sie so niedrig und so lammfromm verhandelt und abgeschlossen hätten, wären sie sich über die äußerst langwierigen Folgen im klaren. Der Abschluß der IG Metall, sie ist die größte und erwiesenermaßen kampfkraftigste der DGB-Gewerkschaften, kann schon als ein Wendepunkt in der Entwicklung des DGB bezeichnet werden. Wenn die DGB-Gewerkschaften so weitermachen, wird das Vertrauen breiter Massen – nicht etwa in die führenden Funktionäre, das wäre so schlimm nicht –, sondern in die Möglichkeit gewerkschaftlichen Widerstandes erschüttert werden. Gleichzeitig mit der Verschlechterung des Lebensstandards könnte eine Verschlechterung der Widerstandskraft der Arbeiterbewegung eintreten, die gegenwärtig noch ungebrochen gut und wirklich mehr als 4,2% wert ist. Diesen Vorgang signalisieren schon heute die wachsenden Stimmanteile, die von den Unionspar-

teien bei Gelegenheit parlamentarischer Wahlen gewonnen werden.

Was war die Propaganda, die so viele Gewerkschaftsvertreter platt gewalzt hat? Der Rummel begann 1980, mitten im Wahljahr. Damals entdeckte Lambsdorff die japanische Gefahr. Die Propaganda, der ausländischen Konkurrenz durch beschleunigte Rationalisierung, durch Lohnverzicht und durch Intensivierung der Arbeitsintensität entgegenzutreten, fand vornehmlich bei höheren Angestellten Anklang, die F.D.P. schnitt außergewöhnlich gut bei den Bundestagswahlen ab. Das Geschäft höherer Angestellter ist das Leiten. Konkret ist ihr Job, mehr Arbeitsleistung aus dem tätigen Teil der Lohnabhängigen herauszuholen. Wie abscheulich ist doch diese Tätigkeit im Einzelnen, wie angenehm dagegen, sich als Vorkämpfer der Nation im Konkurrenzgefecht um Absatzmärkte zu betrachten und im betrieblichen Konflikt als bloßer Vollstrecker weltwirtschaftlicher Gesetzmäßigkeiten aufzutreten. Auf dieser soliden Personalbasis operiert seitdem die Bourgeoispropaganda, daß die Gewinnung eines Konkurrenzvorteiles gegenüber anderen Industrieländern notwendig sei und für die Arbeiter der einzige Weg, den Absturz ihrer Lebensumstände ins Bodenlose zu verhindern.

Insbesondere die Bereitschaft, Lohnzurückhaltung um der Verbesse-



„Schlichtung – aber mit Druck“, unter diesem Motto hatte die IGM zentral ab dem 2.3. zu Warnstreiks aufgerufen – über 120000 Beschäftigte in der Metallindustrie legten an vier Tagen kurzzeitig die Arbeit nieder. (Bild links: Versammlung vor dem Büro des Betriebsrates bei BBC in Mannheim) – Werner Figgen, Schlichter in NRW, gibt das Ergebnis 4,2% ab März und 120 DM für Februar bekannt. W. Figgen ist erfolgreicher SPD-Berufspolitiker seit 1947 und derzeit Oberbürgermeister in Hamm. Die IGM hatte ihn für den Vorsitz der Schlichtung benannt, er wurde durch das Los bestimmt.

rung der Konkurrenzposition der west-deutschen Kapitalisten auf dem Weltmarkt zu üben, ist nicht zum Geringsten die Ursache für die Verknappung der Mittel der Versicherungen gewesen. Der Grund für die später folgende brutalisierte Sparpolitik wurde gelegt. Der Gang der Spardinge scheint inzwischen dem Unionsdemagogen Geißler rechtzugeben, der nämlich hatte schon Mitte der 70er Jahre die „neue soziale Frage“ kreierte und jammert seither über den unchristlichen Umgang, den die Regierungen des Bundes, der Länder und auch die Gemeindeverwaltungen mit jenen treiben, die nicht in Arbeit stehen und folglich keine schlagkräftigen Verbände zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen bilden können. So stehen nun für den großen Teil der öffentlichen Meinung die Dinge ganz und gar auf dem Kopf. Hatten die Arbeitslosen jahrelang vorbildliche Solidarität geübt – denn sie waren und

sind als Streikbrecher nicht einsetzbar –, quakte ein großer Teil von Meinungsmachern (leider auch in der Gewerkschaftsbewegung), die Solidarität mit den Arbeitslosen gebiete Lohnzurückhaltung, gebiete also, deren vorbildlich solidarischen Verhalten nicht im Kampf gegen die Kapitalisten auszunutzen. Die Folge war, wie oben schon gesagt, eine Schlechterstellung der Arbeitslosen, die inzwischen viele vor der Gefahr der Arbeitslosigkeit in Panikstimmung versetzt.

Damit war der Boden bereitet für den dritten Meinungsfaktor, der zur beklagenswerten Niederlage dieser Lohnbewegung beigetragen hat. Die Arbeitsplätzepanik brach aus. Im Bestreben, Arbeitsplätze zu erhalten, lassen sich aber Gegensätze vereinbaren, die schier unglaublich sind. Welcher Kapitalist vermiede nicht gerne den Konkurs, welcher schließt schon sein Werk, wenn sich hohe Profite machen

lassen? Der Arbeiter hat's in der Hand, dem Kapital solches zu bescheren. Er braucht bloß Lohnverzicht zu üben und sich denkbar intensivsten Arbeitsbedingungen anzupassen. Für den Fall, daß er unter solchen Umständen früh kaputt ist – Tarifrente!, das macht die Arbeitsplätze für die nachrückenden Jüngeren noch sicherer. Der üble Vorschlag der IG Chemie, ältere Arbeiter durch Anlage eines per Lohnzurückhaltung aufzubauenden Fonds auf ein schmales Altenteil zu schieben, ist letztes Ergebnis dieser Arbeitsplätzepanik, deren Hauptursache die Verschlechterung der Leistungsgesetze für Arbeitslose ist.

Leider ist wahr, daß die blanke Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, der Lebensbedingungen, der Versicherungsleistungen, des ganzen Arbeiterlebens keineswegs nur die Tendenz zur Kritik kapitalistischen Wirtschaftens und kapitalistischer Herr-

Anschluß an die gewerbliche Wirtschaft? ÖTV-Vorsitzender bekräftigt: keine Verrechnung

Unmittelbar nach Bekanntwerden des Schlichtungsergebnisses von 4,2% in der Metallindustrie nimmt der Vorsitzende der ÖTV Heinz Kluncker Stellung zum Lohnkampf im öffentlichen Dienst: Er bekräftigte, alle gewerkschaftlichen Mittel einsetzen zu wollen, um die geplante 1%-Kürzung zu verhindern, die die Dienstherren jetzt statt auf die Zulagen auf den Lohnabschluß anrechnen wollen. Auch die Forderung nach sechs Wochen Urlaub für alle, die er hervorhob, sei kein Kompensationsobjekt für einen geringeren Abschluß. Für den öffentlichen Dienst müsse das gleiche materielle Ergebnis wie für die Kollegen in der gewerblichen Wirtschaft erreicht werden. Mehr konnte und wollte er wohl derzeit nicht zu dem Abschluß im Metallbereich sagen. Schon in der Eilnachricht Nr. 1/82 zum Lohnkampf vom 26. Februar hatte sich die ÖTV entsprechend der Lage festgelegt: „Die Gewerkschaft ÖTV wird nicht zulassen, daß sich die Arbeitseinkommen im öffentlichen Dienst im Verhältnis zu den Arbeitseinkommen

der gewerblichen Wirtschaft verschlechtern.“

Nach dem Metallabschluß werden die Fanfaren nun kräftig zum Angriff auf die Beschäftigten im öffentlichen Dienst geblasen: Übereinstimmend äußerten sich Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff und der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes Geiger in ihren Stellungnahmen zum Metallabschluß: Der Tarifabschluß im öffentlichen Dienst muß deutlich unter den 4,2% der Industrie bleiben. Deutlich weniger ist mindestens ein halbes Prozent, für die Urlaubsforderung hat Innenminister Baum schon eine „Berechnung“ von 0,8% angestellt, und die 1%-Kürzung soll mit durchschnittlich 0,7% zu Buche schlagen. Völlig korrekt ist daher, wenn Heinz Kluncker den Lohnkampf konzentriert auf 1. endgültiges Zurückschlagen der 1%-Kürzung, 2. eine Urlaubsverlängerung und 3. mindestens das Gleiche materiell wie im Metallbereich. Ohne Kampf wird das kaum zu erreichen sein.

Forderungen der ÖTV im Einzelnen:

1. Erhöhung der Löhne und Gehäl-

ter um 6,5% (der Ortszuschläge für die Angestellten und der Sozialzuschläge für die Arbeiter entsprechend). 2. Neuabschluß – mit Nachwirkung – der gekündigten Tarifverträge über Zulagen/Zuschläge. 3. Eigenständiges Tarifrecht für Ortszuschlag und Zulagen/Zuschläge ohne Bezug auf besoldungsrechtliche Vorschriften. 4. 6,5% für Praktikantinnen (Praktikanten), für Lernschwestern, -pfleger, für Schülerinnen und Schüler in der Krankenpflegehilfe. 5. Volle Grundvergütung ab dem 18. Lebensjahr (bisher lediglich 93,95% und 96% für Beschäftigte unter 20 bzw. 21 Jahren). 6. Für Auszubildende im 1. und 2. Jahr 70 DM mehr, im 3. und 4. Jahr 60 DM mehr. 7. Laufzeit: 12 Monate ab 1. März 1982. 8. Urlaub: 30 Tage Erholungsurlaub für alle unabhängig von Lebensalter und Vergütungsgruppe ab 1. Januar 1982. 9. Zusätzlich fordert die ÖTV, daß in den Lohnverhandlungen die Aufnahme von Tarifverhandlungen über einen Tarifvertrag zu Arbeitsplatz- und Einkommenssicherung vereinbart wird.

Quelle: ÖTV-Eilnachricht Nr. 1/82; Handelsblatt, Süddeutsche Zeitung und Bild vom 8.3.82

Ab 1977 beginnt die ÖTV die Urlaubsunterschiede zur Industrie auszugleichen, insbesondere in den unteren Lohngruppen und Altersklassen:

Lohngruppe BAT	bis 30 Jahre		bis 40 Jahre		ab 40 Jahre	
	1976	1981	1976	1981	1976	1981
VII – X	18	+ 6 = 24	22	+ 4 = 26	25	+ 3 = 28
IVb – VI	20	+ 4 = 24	23	+ 3 = 26	27	+ 2 = 29
Ib – IVa	22	+ 2 = 24	26	+ 1 = 27	28	+ 1 = 29
I, Ia	24	24	28	28	30	30

Stufenplan zur Urlaubsdauer von 30 Werktagen für alle in der Metallindustrie, Tarifbezirk der IGM Bayern:

Alter	76/77	'80	'81	'82
bis 18 J.	–	28	29	30
ab 18 J.	21	26	28	30
ab 25 J.	24	28	30	30
ab 30 J.	27	29	30	30

schaft hervorbringt, sondern genauso die Tendenz, bessere Zeiten durch Unterstützung der Bestrebung der Kapitalisten in der Konkurrenz gegen andere Werke und des nationalen Kapitals, in der Konkurrenz auf dem Weltmarkt zu triumphieren, herbeizuführen. Und das ist dann auch der trübe Hintergrund des unnötig schlechten Abschlusses, den die IG Metall tat und mit dem sie die Kampfsituation der anderen Gewerkschaften vorgeprägt hat. Der Abschluß hätte so nicht sein müssen, die Kapitalisten befinden sich in einem empfindlichen Exportboom, da kommt's auf prompte und pünktliche Lieferung an, sie hätten einen großen Streik nicht vertragen, sondern passen müssen. Man wird ferner sehen, daß für einen nicht unerheblichen Teil der Lohnabhängigen diese 4,2%-Marke gar nicht zutrifft, die Kapitalisten werden aus schieren Arbeitsmarktgründen für viele Arbeiten mehr zahlen müssen und zahlen.

Inzwischen begeistert sich der deutsche Bundestag über US-Vorbilder, d.h. über Abschlüsse, die um der Sicherheit der Arbeitsplätze willen direkte Lohnsenkungen zugeben, am Preschimmel scheint die Sonne, man bescheinigt den Beteiligten Vernunft. Innerhalb der IG Metall düstet aus Vorstandskreisen der Vorbehalt, die Beteiligung an den Warnstreiks wäre halt nicht ausreichend gewesen, währenddessen vergilben Gewerkschaftstagsbeschlüsse, die den Kampf um den Lebensstandard zur Pflicht machen, zu Makulatur, und in dem ganzen faulen Frieden hocken die Kapitalisten und rechnen sich aus, wie sie mit Hilfe der staatlichen Investitionszulage das Rationalisierungstempo noch weiter beschleunigen können.

Keine Hoffnung, daß aus Führungskreisen der Gewerkschaftsbewegung ein Impuls zur Änderung dieser Lage erfolgt, im Gegenteil ist zu erwarten, daß immer verdrehtere Ideen zur Verbesserung der Konkurrenzlage der westdeutschen Kapitalisten um sich greifen. Die interessante Frage für dies Jahr ist nun die folgende: Wenn die Kapitalisten mehr als diese 4,2% in der Praxis ausgeben, wird man dann zusehen, wie sie Management und leitende Angestellte einfetten oder sich dieser vorhandenen Mittel auf betrieblichen Wegen bemächtigen? Wenn die Inflationsrate nicht in Richtung der vorausgesetzten 4% Jahresdurchschnitt fällt, werden dann die Tarife halten? Wenn der Progressionszugriff der Steuer die inflationierten Löhne weiter schmälert, wird dann vor 1984 eine Steuerreform erzwungen werden? Der Mühe wert wäre das wohl.

Quellenhinweis: Plenarprotokoll des Dtsch. Bundestages 9/88 v. 4.3., insbesondere Reden Graf Lambsdorff, F.D.P., und Roth, SPD; zentrale und bezirkliche Metallnachrichten der IGM zur Lohnbewegung 1982

Das Schlichtungsergebnis in Kaufkraft 1980

	Metallarbeiter Ma- schinenbau BRD LG 1, Stkl. IV/1			Metallarbeiterin Elektro BRD LG 3, Stkl. I			Angestellter Ma- schinenbau BRD LG II, Stkl. III/2			
	Brutto	Netto	i. Kauf- kr. 1/80	Brutto	Netto	i. Kauf- kr. 1/80	Brutto	Netto	in Kauf- kr. 1/80	1/1980 = 100 ¹
1980										
Jan	2598	1707	1707	1719	1214	1214	3977	2797	2797	100,0
Febr	2598	1707	1688	1719	1214	1201	3977	2797	2767	101,1
März	2598	1707	1678	1719	1214	1194	3977	2797	2750	101,7
April	2767	1785	1745	1827	1282	1253	4228	2960	2893	102,3
Mai	2767	1785	1738	1827	1282	1248	4228	2960	2882	102,7
Juni	2767	1785	1728	1827	1282	1241	4228	2960	2865	103,3
Juli	3998	2334	2257	2691	1736	1679	6182	4205	4067	103,4
Aug	2797	1799	1738	1840	1290	1246	4250	2976	2875	103,5
Sept	3337	2040	1971	2223	1507	1465	5119	3558	3438	103,5
Okt	2784	1793	1729	1836	1287	1241	4242	2969	2863	103,7
Nov	4176	2696	2585	2754	1988	1906	6363	4557	4369	104,3
Dez	2784	1793	1709	1836	1287	1227	4242	2969	2830	104,9
(Nettojahreseinkommen in Kaufkraft 1/80)	Σ = 22273			Σ = 16106			Σ = 37396			
1981										
Jan	2728	1788	1690	1793	1254	1185	4235	2958	2796	105,8
Febr	2728	1788	1677	1793	1254	1176	4235	2958	2775	106,6
März	2728	1788	1666	1793	1254	1169	4235	2958	2757	107,3
April	2771	1809	1675	1840	1184	1289	4289	2992	2770	108,0
Mai	2862	1853	1709	1881	1310	1208	4443	3095	2855	108,4
Juni	3182	2002	1837	2201	1499	1375	4763	3326	3051	109,0
Juli	4126	2437	2228	2821	1821	1665	6451	4426	4046	109,4
Aug	2871	1857	1691	1923	1335	1216	4435	3090	2814	109,8
Sept	3499	2150	1951	2372	1593	1446	5443	3788	3437	110,2
Okt	2857	1851	1674	1919	1333	1205	4427	3084	2788	110,6
Nov	4286	2785	2504	2879	2058	1851	6641	4774	4293	111,2
Dez	2857	1851	1666	1919	1333	1200	4427	3084	2776	111,1
	Σ = 21968			Σ = 15885			Σ = 37158			
4,2% ab März 82, 120 DM für Februar 82										
1982										
Jan	2800	1827	1624	1874	1303	1158	4420	3058	2718	112,5
Febr	2800	1827	1620	1874	1303	1155	4420	3058	2711	112,8
März	3038	1940	1712	2073	1426	1259	4726	3255	2873	113,3
April	2918	1883	1652	1953	1352	1186	4606	3176	2786	114,0
Mai	2918	1883	1646	1953	1352	1182	4606	3176	2776	114,4
Juni	2918	1883	1637	1953	1352	1176	4606	3176	2762	115,0
Juli	4255	2482	2151	2901	1862	1614	6723	4551	3944	115,4
Aug	2947	1897	1640	1966	1361	1176	4629	3192	2759	115,7
Sept	3601	2190	1890	2434	1629	1406	5676	3898	3363	115,9
Okt	2947	1897	1630	1962	1358	1167	4620	3186	2737	116,4
Nov	4421	2837	2412	2943	2095	1782	6930	4914	4186	117,6
Dez	2947	1897	1604	1962	1358	1148	4620	3186	2693	118,3
	Σ = 21218			Σ = 15409			Σ = 36308			
Kaufkraftverlust										
80 auf 81:	-	305				-221			-238	
81 auf 82:	-	737				-466			-828	
80 auf 82:	-	1055				-697			-1088	

Berechnung der Bruttolöhne und Gehälter:

Die Bruttolöhne und Gehälter für 1980/81 sind den vierteljährlich erhobenen Daten der Effektivlohnstatistik entnommen, derzeit liegen diese Daten bis Juli 1981 vor. Die Julilöhne sind von uns um das Urlaubsgeld erhöht. Die Daten sind auf die anderen Quartalsmonate fortgeschrieben, soweit nicht durch Zahlung von Urlaubs- oder Weihnachtsgeld oder durch die Auszahlung der Lohnabschlüsse 1981 und 1982 sich Veränderungen ergaben: Die Bruttolöhne Mai 1981 sind um 4,9% erhöht, bezogen auf Januar 81; die Einmalzahlung von 2 x 160 DM für Februar/März 81 ist im Monat Juni angesetzt; das Urlaubsgeld (50% tarifliche Urlaubsvergütung für 30 Tage Jahresurlaub) wird für 20 Tage im Juli und für zehn Tage im September gezahlt. Die Bruttolöhne 82 sind ab März 82 um 4,2% erhöht bezogen auf Januar 82; angenommen wurde, daß die Einmalzahlung von 120 DM für Februar 82 im März 82 ausgezahlt wird. – Die Abzüge sind nach den jeweils gültigen Lohnsteuertabellen berechnet. – Der Preissteigerungsrate liegen bis Februar 82 die Daten der Bundesbankstatistik zugrunde; insgesamt liegt für 1982 die Annahme einer jahresdurchschnittlichen Inflationsrate von 6% zugrunde. (Zur Methode s.a. Pol. Ber. 1/82)

Todesstrafe gegen Gewerkschafter beantragt

Die Militärjunta in der Türkei will mit aller Kraft die Todesstrafe gegen die 52 führenden Mitglieder des verbotenen Gewerkschaftsbundes DISK durchsetzen. Ende Februar ließ sie 44 Rechtsanwälte und Journalisten, alle Mitglieder des Friedenskomitees der Türkei, festnehmen. Unter den Verhafteten befinden sich Anwälte der DISK-Angeklagten, unter anderem auch Apaydin, Vorsitzender der Istanbul Anwaltskammer und Verteidiger des DISK-Vorsitzenden Bastürk. Die Verhaftung erfolgte, kurz bevor der Staatsanwalt die Verlesung der Anklage beendet und für alle Angeklagten die Todesstrafe gefordert hatte. Apaydin erklärte, er sei an dem Tag verhaftet worden, an dem er die Zurückweisung der Klage und die Freilassung der Gefangenen beantragen wollte.

Der DGB hat gegen die Verhaftung des Anwalts beim Botschafter der Türkei in der BRD protestiert und die Freilassung aller Angeklagten verlangt. Die ILO (International Labour Organisation) kritisierte die Verfolgung von Gewerkschaftsmitgliedern in der Türkei und forderte, daß keine Todesurteile verhängt werden.

Mit Massenprozessen geht die Kriegerrechtsregierung gegen alle Organisationen vor, die gegen die Entrechtung und Unterdrückung Widerstand leisten. In Ankara sind in einem Prozess gegen 574 Mitglieder von Devrimci Yol, einer linken Organisation, 186 Todesurteile vom Staatsanwalt beantragt, in Adana gegen 126 von 168 Angeklagten. Für die übrigen Häftlinge forderte die Staatsanwaltschaft Gefängnisstrafen zwischen zwei und 28 Jahren. In Verfahren gegen

Organisationen der Kurden in der Türkei soll das Militärgericht über 100 Todesurteile verhängt haben. Die Militärkommandanten verschiedener Städte haben die Staatsanwaltschaft zu Ermittlungen gegen Mitglieder der Republikanischen Volkspartei, der Ecevit angehört, aufgefordert.

Alle Gefangenen griffen während der Prozesse die Folterungen in den Gefängnissen an; Amnesty International hat Kenntnis von 70 Gefangenen, die durch Folter ermordet wurden. Gegen die Folterungen fanden um den Jahreswechsel in mehreren Gefängnissen Hungerstreiks statt.

Die zuständigen Bundestagsausschüsse beraten in dieser Woche über die Freigabe von weiteren 460 Mio. DM Finanzhilfe für die Militärregierung, die Militärjunta hat erklärt, sie wolle keine Gelder, deren Vergabe an Bedingungen geknüpft sind, die das Kriegsrecht angreifen.

Festigung des konservativen Lagers

Mit 704000 Stimmen hat die CDU in Schleswig-Holstein bei den Kommunalwahlen die absolute Mehrheit von 50,1%. Die SPD erhielt 485000 gleich 34,6% der Stimmen. Die CDU konnte ihre Stimmen gegenüber den Kommunalwahlen 1978 halten und sich auf der Prozentseite durch geringe Wahlbeteiligung um 0,9% verbessern. Die SPD verlor 100000 Stimmen und erhielt 5,9% weniger als bei den letzten Kommunalwahlen. Die F.D.P. erhielt 6,8% und die verschiedenen grünen und alternativen Listen rund 6%. Die DKP erhielt im Wahlkreis Bramstedt 11,7% und zwei Abgeordnete in der Stadtvertretung. Insgesamt erhielt die DKP 3818 Stimmen (1978: 7433). Der südschleswigsche Wählerverband SSW erhielt 1,8% und konnte in Flensburg zwei Sitze mehr erreichen und hat jetzt elf. Nach den Kommunalwahlen ist die CDU in allen kreisfreien Städten die stärkste Partei. In den letzten Jahren hat sich das konservative Lager in Schleswig-Holstein deutlich gefestigt. Die CDU hat die Interessen der mittleren Betriebe im Wahlkampf hervorgehoben und behauptet, gehe es denen gut, komme dies

allen zugute. Die CDU kann mit einem festen Wählerkreis von 660000 Stimmen rechnen, die sie anlässlich des „schlechten“ Bundestagswahlergebnisses 1980 erhielt. Die SPD hat gegenüber den Bundestagswahlen 200000 Stimmen verloren. Konnte man beim Ergebnis der Landtagswahlen 1979, bei Prozentverlusten der CDU und Stimmengewinnen bei SPD und Grünen, den Eindruck gewinnen, daß die Reaktion an Boden verliert, so ist eine deutlich andere Entwicklung eingetreten. Reaktionäre Kräfte gewinnen an Boden. Die „Kieler Liste für Ausländerbegrenzung“ erhielt in Kiel 3,8% der Stimmen. In einigen Wahlkreisen bis zu 6%. Nur die SPD hatte vor der Wahl ein Verbot der neofaschistischen KLA erwogen. Die CDU stützt reaktionäre Umtriebe. In Kiel wurde sie zur stärksten Partei.

Ermittlungen des Bundesinnenministers

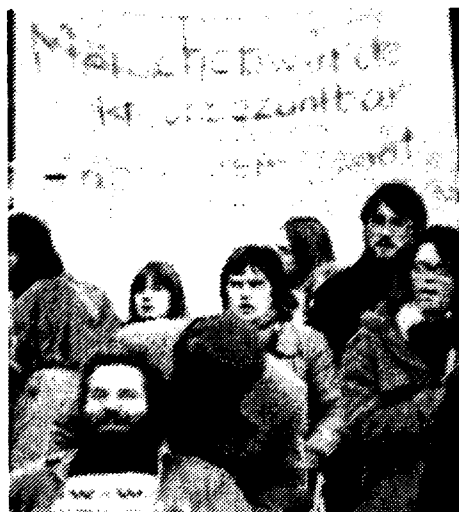
Den verleumderischen Behauptungen des „Spiegel“ über Zusammenarbeit von Kommunisten und Faschisten vom Dezember letzten Jahres ist jetzt von offizieller Seite widersprochen. Die „Neue Osnabrücker Zeitung“ berichtet am 24. Februar: „Nach überein-

stimmender Information des Bundes- und Landesinnenministeriums sind die Darstellungen des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“ über rechts- und linksextremistische Aktivitäten in Osnabrück unzutreffend.“ Der örtliche CDU-Vorsitzende hatte die beiden Ministerien aufgefordert, die Berichterstattung des „Spiegels“ zu prüfen, und angefragt, ob Gegenmaßnahmen getroffen werden. Bereits kurze Zeit später hatte die „Neue Osnabrücker Zeitung“ der Öffentlichkeit Indizien dafür bekannt gemacht, daß die Berichterstattung des „Spiegels“ nicht stichhaltig ist. „Der Spiegel“ reagierte nicht. Am 28. Januar verbot der Bundesinnenminister den VSBD, diejenige faschistische Organisation, die laut „Spiegel“ mit BWK und KPD zusammenarbeiten sollte. In der Verbotsverfügung wird der genannte „Spiegel“-Artikel als Quellenhinweis für faschistische Aktivitäten genannt. Der eigentliche Grund des „Spiegel“-Artikels bzw. dessen Intentionen bleiben ungenannt. Die „Neue Osnabrücker Zeitung“ berichtet, daß das Bundesinnenministerium „eingehende Ermittlungen“ durchgeführt haben soll. Durch den Artikel hatten sie einen Anlaß. Wo und wie sie ermittelt haben, ist uns nicht bekannt gemacht.

Die Bonner Staatsanwaltschaft hat ein Ermittlungsverfahren u.a. gegen die Minister Lambsdorff und Matthöfer, gegen den Vorstandschef der Dresdner Bank H. Friderichs, F.K. Flick und den Flick-Manager v. Brauchitsch eingeleitet. Vorgeworfen wird ihnen, daß der Flick-Konzern Steuergelder erhalten hat und als Gegenleistung Spendengelder in Millionenhöhe in verschiedene Parteikassen geflossen sind. Die konservative Presse versucht nun seit Wochen, Stimmung für den Sturz der sozial-liberalen Regierung zu machen. Der CDU-Ministerpräsident Vogel kommt zu Wort: „Wenn sich die Vorwürfe gegen so wichtige Minister als zutreffend herausstellen, dann scheint mir die Regierung im Mark getroffen.“ (Bild, 27.2.82) Das Handelsblatt läßt mit einem sinkenden Koalitionsschiff seine politischen Hoffnungen zum Ausdruck bringen. Da die konservativen Blätter gerade die Propagierung von Steuergeschenken an die Monopolkapitalisten in ihr Redaktionsstatut geschrieben haben, geht es ihnen darum, solche illegalen Bereicherungen zu vertuschen. Deshalb mußte auch der Inhalt der Affäre durch geeignete Beilagen verdeckt werden. Die konservative Presse wurde fündig: „Alarm bei Sicherheitsbehörden: Ermittlungsunterlagen beim Stasi“ (Bild, 28.2.82). Die FAZ erinnert: „Ein Vergleich mit der Affäre des Kanzlerspions Guillaume wäre sicherlich verfrüht. Doch ein wenig riecht es in Bonn wie im Frühling 1974. Damals mußte Bundeskanzler Brandt zurücktreten.“ Am 2.3.82 meldete sich dann F.J. Strauß in der Bildzeitung zu Wort und gibt der öffentlichen Diskussion eine etwas andere Richtung: „Ich habe den Eindruck, daß hier aus durchsichtigen Motiven angebliche Saubermänner im Westentaschenformat einen Generalangriff gegen die ganze Führungsschicht der Bundesrepublik unternehmen ... Der eigentliche Skandal liegt darin, daß sich der Bundeskanzler seit Monaten nicht um diesen unerhörten Vorgang kümmert.“ Nach dieser Einschätzung beendet die Bildzeitung am 4.3.82 vorerst ihre Berichterstattung mit dem Bild-Kommentar: „Die da in Bonn ... Die da in Bonn sind tausendmal besser als die da in Moskau und auf Kuba.“

Wie BDA&BDI wollen: Anwartschaft gekürzt, „Nettorente“, kein Erziehungsjahr

Mit zwei weitreichenden Gesetzentwürfen geht der Angriff auf die Sozialrenten weiter: Das Arbeitsministerium plant im Referentenentwurf für das Anpassungsgesetz 1983 Ausbildungsausfallzeiten statt bisher mit bis zu 100% des Durchschnittsverdienstes nur noch bis zu 75% zu bewerten. Damit werden erworbene Leistungsansprüche an die Rentenversicherung zum Spielball der finanzpolitischen Interessen der Kapitalistenklasse gemacht. Noch unverschämter ist die bereits von der Regierung am 1. März beschlossene Absicht, den Rentnern ab 1984 1% von ihrer Rente für die Krankenversicherung der Rentner abzuziehen. Damit wird die in der Regierungserklärung für 1985 bereits angekündigte Einführung der „Nettorente“ um ein Jahr vorverlegt. Der Grund: auch die Rentner sollen sich weiteres vom Mund absparen, um die Investitionszulagen und Subventionen für die Kapitalisten zu finanzieren. Denn im Jahre 1984 wird gleichzeitig der Bundeszuschuß an die Rentenversicherung um 1,2 bis 1,4 Mrd. DM gekürzt.



Demonstration vor der Hamburger Sozialbehörde gegen Pflegesatzkürzung

Mit dem gegenwärtigen Leistungsrecht verglichen, bedeuten beide Maßnahmen eine Rentenkürzung um etwa 4% bei Versicherten mit durchschnittlichem Verdienst. Wer z.B. gegenwärtig 40 Beitragsjahre zum Durchschnittsverdienst und 5 Ausbildungsjahre aufweisen kann, bekommt bis zu 1355,60 DM monatliche Rente. Die geplante Änderung der Bewertung der Ausbildungsjahre würde die Rente auf gegenwärtig 1317,90 DM kürzen. Die Verringerung des Zuschusses für die

Erstattung der Krankenversicherungskosten von 11,8% der Rente auf 10,8% wie nunmehr ab 1984 geplant, würde die Rente um ein weiteres Prozent abschmelzen.

Damit nicht genug, bereits in der Regierungserklärung ist die Absicht festgehalten, diesen „Abschmelzungsprozeß“ „bis zur Höhe des halben Krankenversicherungsbeitrages“ weiter zu treiben. Die Regierung hat sich somit nicht lange nötigen lassen, den von Arbeitgeberverbänden und CDU/CSU geforderten Weg der „Nettoanpassung“ der Renten zu beschreiten.

Indessen können diese Angriffe auf das Leistungsrecht in der Rentenversicherung bloß als ein Vorspiel betrachtet werden: Nach dem jüngsten Bericht der Rentenversicherungsträger über die Finanzsituation steht fest, daß nach 1986 bereits weniger als eine Monatsausgabe – die gegenwärtige gesetzliche „Mindestreserve“ – in den Kassen sein wird. Dabei wird von ihnen eine durchschnittliche jährliche Lohnsteigerung von 5%, eine Arbeitslosenzahl von 1,7 Mio. und nach 1982 eine Zunahme der Beschäftigung angenommen – Annahmen also, die noch als „optimistisch“ bezeichnet werden. Die Regierung teilte postwendend mit, daß damit die Reform der Hinterbliebenenversorgung ab 1985 „finanzierungsneutral“ erfolgen müsse. Insbesondere das von den Gewerkschaften geforderte und in der Regierungserklärung 1980 zugesicherte „Erziehungsjahr“ zur Hebung der Versichertenrenten der Frauen könne nunmehr bloß noch als „Zielvorstellung“ weiter fortgeschrieben werden.

Noch im Bundestagswahlkampf 1980 war immerhin die Rede davon, in den Rentenkassen eine Reserve für diese Reform zu bilden. Stattdessen wurde '81 der Bundeszuschuß an die Rentenversicherung um 3,5 Mrd. DM gekürzt. Seit Anfang dieses Jahres wurde weiter der Beitragssatz der Rentenversicherung um einen halben Prozentpunkt gesenkt, um diese Beiträge zur Bundesanstalt für Arbeit zu verlagern.

Seit Jahren weisen die Rentenversicherer auf nach 1985 rasch anwachsende Belastungen infolge Zunahme der Rentner gegenüber beitragszahlenden Versicherten hin. Bereits nach 1990 wären Beitragssätze von über 30% des Bruttolohns (gegenwärtig 18%) nötig, um die Renten finanzieren zu können. Jedoch die Situation, auf die sich die Regierung mit dieser Handhabung der

Rentenfinanzen eingelassen hat, deutet darauf hin, daß nicht erst die „strukturellen Belastungen“ das Problem werden. Es kündigt sich vielmehr an, daß bereits die Folgen der gegenwärtigen Wirtschaftssituation sich als Klippe erweisen können, die mit einer Monatsausgabe als „Reserve“ in der Rentenkasse nicht zu umschiffen ist. Denn die Rentenanpassung folgt der Lohnerhöhung um etwa 2–3 Jahre verzögert. So liegt die diesjährige Rentenanpassung um 5,76% deutlich zumindest über den bisher getätigten Lohnabschlüssen. Niemand wird erwarten, daß vielleicht zweistellige Lohnzuwachsrate im kommenden Jahr Ehrenberg als erfolgreichen Glücksspieler auftreten lassen.

Um so wichtiger wird die Gegenwehr gegen diese Politik der Plünderung und Ruinierung der Rentenversicherungen. Der der Gewerkschaft nahestehende Reichsbund der Kriegsoffer, Behinderten, Sozialrentner und Hinterbliebenen hat einen „Aufstand des Alters“ angekündigt. Der im letzten Jahr gegründete Seniorenschutzverband „Graue Panther“ ist inzwischen in verschiedenen Großstädten, u.a. in Hamburg und Westberlin, mit Aktionen hervorgetreten. Zu seinen Forderungen gehört eine gesetzliche Mindestrente in Höhe der niedrigsten Beamtenpension, z.Z. etwa 1250 DM.

Quellenhinweis: Deutsche Rentenversicherung, Heft 7, 1981; Der Arbeitgeber, Nr. 1/1982

Wohnungsbau CDU: Kleinere Wohnungen, keine Sonne ...

Nachdem jetzt verschiedene Maßnahmen unternommen werden, den mietgünstigen Wohnraum z.B. bei den gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften durch Anhebung der Zinsen u.a. abzuschaffen, gleichzeitig insbesondere den unteren Einkommensgruppen durch Reallohnsenkung und Kürzung von staatlich umverteilten Lohngeldern (Sozialleistungen) die Reproduktionsmittel gesenkt werden, sind diese Einkommensgruppen immer weniger in der Lage, sich eine normale Wohnung zu leisten. Die CDU will hier als Wohltäter erscheinen, indem sie eine Minderung des Wohnstandards vorschlägt (Wohnungsbauprogramm vom Bundesparteitag 81), weil sich damit nicht nur die Mietbelastung für den Mieter vermindern läßt, sondern auch die Kosten für den bürgerlichen Staat.

„Nach den neuen Richtlinien des Bausenators Berlin (West) für die Kostenreduzierung im Sozialen Wohnungsbau sollen die Kosten durch den Bau von kleineren Wohnungen, geringerem Einbaustandard, kleinerer Häuser ohne Aufzüge oder Aufzüge erst ab

6 Vollgeschossen und Verzicht auf Tiefgaragen erreicht werden. Dadurch ermäßigte sich die Kostenmiete von gegenwärtig etwa 23 DM/qm um etwa 3 DM/qm bei einer 80 qm großen Wohnung.“ (Wohnungsnot – was können die Gemeinden tun? J. Wolf) Weitere Maßnahmen sind: Ausbau der Dachgeschosse zu Wohnungen, Abschaffung von Kellerräumen, Einschränkung der Abstandsregeln und Belichtungsforderungen, Reduzierung der Schall- und Brandschutzanforderungen, Verringerung der Mindestgeschoßhöhen.

Allerdings sind diese Standardsenkungen zum großen Teil noch erst Absicht und außerhalb von Westberlin erst in Ansätzen beschlossen. Aber die Ausrichtung der öffentlichen Untersuchungen hat hiermit, ausgelöst durch die „neue Wohnungsnot“, eine gefährliche Richtung genommen. Ende der 70er Jahre zielte z.B. die Diskussion um die Wohnungsanforderungen

der Schichtarbeiter noch auf eine erhebliche Verbesserung des Wohnstandards (Modernisierung, Wohnumfeldverbesserung usw.), gerade weil die Reproduktionsanforderungen durch die verschärften Arbeitsintensivierungsmaßnahmen für die Lohnabhängigen gestiegen sind, insbesondere in den unteren Lohngruppen. Deshalb haben die Gewerkschaften immer auf bestimmte Mindeststandards gerade beim Sozialen Wohnungsbau geachtet. Andererseits gibt es verschiedene Möglichkeiten, auch bei hohem Mindeststandard zu günstigen Mieten zu kommen. „... die Rückkehr zur Kapitalsubvention bei der Finanzierung des sozialen Wohnungsbaus, die Duldungspflicht des Eigentümers bei der Mietermodernisierung, die Abschaffung der spekulativen Abschreibungsmöglichkeiten ...“ (Sanierung in Berlin)

Quellenhinweis: Bauwelt 36/81, Bundesblatt 8/10/11/12 1981, WSI-Mitteilungen 9/80, Tech. Best. für den Sozialen WB Nieders. (Nds.Mbl.2/79)

Kapitalkonzentration

„Pleiten wie noch nie“ — die Kapitalisten steigern den Druck auf den Lohnstandard

„Pleiten wie noch nie“ meldete am 2. März die Zeitung „Handelsblatt“. Im vergangenen Jahr hätten 8494 Kapitalisten Bankrott gemacht. Das seien fast 2200 Bankrotte mehr als 1980, mehr als doppelt so viel wie 1973 und insgesamt die höchste Zahl seit Kriegsende. „Und es sieht nicht so aus, als ob die Pleitewelle demnächst abebbt ... Für dieses Jahr rechnet der Geschäftsführer der Wirtschaftsauskunftei Creditreform, Dr. Helmut Rödl, mit 13000 Insolvenzen, darunter 9500 Firmen.“

Auch wenn alle Kapitalisten, mit Vorliebe sogar die großen Monopole, die wachsende Zahl der Pleiten als Vorwand für die Forderung nach weiteren Lohnsenkungen nehmen: Noch

immer sind es fast durchweg kleine Kapitalisten, die Bankrott machen. Von den 6242 Kapitalisten, die 1980 ein Konkursverfahren einleiten mußten, waren nach Angaben des Statistischen Bundesamtes 636, d.h. knapp über 10%, mit weniger als 10000 DM verschuldet. 27,4% hatten Schulden zwischen 10000 und 100000 DM, 30,5% zwischen 100000 und 500000 DM. Macht zusammen mehr als 70% aller Pleiten mit jeweils weniger als 500000 DM Schulden. Nur 28 Kapitalisten, weniger als 0,5% der bankrottgegangenen, hatten Schulden von mehr als 10 Mio. DM. Die meisten Zusammenbrüche gab es im Bereich „Dienstleistungen von Unternehmen und Freien Be-

rufen“ mit 1500 Pleiten, gefolgt vom Bauhauptgewerbe mit 1035 Bankrotten, dem Einzelhandel mit 844, dem Handwerk mit 745 und dem Großhandel mit 729 Firmenzusammenbrüchen. 5124 der 1980 pleitegegangenen Kapitalisten besaßen ihren Betrieb noch nicht einmal acht Jahre lang. Verglichen mit der Gesamtzahl aller Unternehmen machten die bankrottgegangenen noch nicht einmal ein Prozent der Firmen aus, der Anteil der Lohnabhängigen, die durch diese Bankrotte auf die Straße geworfen wurden, dürfte noch niedriger gelegen haben.

Die Erklärung der Kapitalisten und ihrer Ideologen für diese Zusammenbrüche ist immer dieselbe: Die Lohnkosten sind schuld. Das von BDI gesteuerte „Institut der Deutschen Wirtschaft“ meldete am 28.1.: „Unzureichende Erträge und niedrige Eigenkapitalpolster, sprich: hohe Verschuldung der Unternehmen, gefährden ... nicht nur die Unternehmenssubstanz, sondern wirken auch als Investitionsbremse. So ist es kein Zufall, daß dem Renditeverfall der letzten Jahre 1981 eine Pleitewelle in nie gekanntem Ausmaß folgte ... Der vom Sachverständigenrat empfohlene ‚beschäftigungspolitische Konsens‘ der Tarifpartner, der auf einem zeitweisen Stillhalten der Gewerkschaften bei den Löhnen beruht, bleibt der einzige erfolgversprechende Ausweg.“

Diese „Erklärung“ ist gleich doppelt betrügerisch. Erstens haben sämtliche Kapitalisten in den letzten Jahren nicht nur die Reallöhne aller Lohnabhängigen gesenkt – und dabei insbesondere die der Beschäftigten in den unteren Lohngruppen, von denen ein Teil von solchen kleinen Kapitalisten ausgebeutet wird – sondern auch die „Lohnkosten je Umsatzeinheit“ von 1978 bis Ende 1981 um 4% verringert. Zweitens nutzen die Finanzbourgeois gerade die Klemme, in der viele kleine Kapitalisten stecken, zu immer neuen Angriffen auf den Lohnstandard.

Die meisten der bankrottgegangenen kleinen Kapitalisten haben ihren Betrieb erst vor wenigen Jahren mit umfangreichen Krediten der Banken errichtet. Und auch der größte Teil der anderen kleinen Kapitalisten ist hoch bei den Banken verschuldet. Unter dem Druck der hohen Zinsen werden diese Kapitalisten jetzt angestachelt, immer unerträglichere und gemeinere Arbeitsbedingungen gegen ihre Lohnabhängigen durchzusetzen, immer weiter den Lohnstandard zu senken, um überhaupt noch die Zinsen an die Banken aufzubringen. Gelingt ihnen das nicht, dann gehen sie eben bankrott, die von ihnen ausgebeuteten Lohnabhängigen vermehren das Arbeitslosenheer. Gelingt ihnen dagegen die Durchsetzung eines weiter gedrückten Lohn-



standards, dann bieten sie den großen Monopolen einen willkommenen Vorwand, um ihrerseits den Druck auf ihre Belegschaften zu erhöhen.

Kaltlächelnd kalkulieren die Kapitalisten, daß die steigende Arbeitslosigkeit gerade diesen kleinen Firmen immer mehr Arbeitskräfte zutreibt, die zu fast jedem Lohn und zu den elendsten Arbeitsbedingungen bereit sind, sich ausbeuten zu lassen. Die Kapitalisten und ihre Ideologen haben für solche auf Kredit gebauten und zu unerträglichen Löhnen und Arbeitsbedingungen für die Lohnabhängigen um den Preis ihres Überlebens gezwungenen Kapitalisten das schöne Wort vom „risikofreudigen Pionierunternehmer“ erfunden. Diese „Neugründungen“ von Betrieben seien der glänzendste Beweis für die „ungebrochene Lebenskraft der Marktwirtschaft“, behaupten sie. Der Ertrag aus solchen „Geschäften“ soll freilich in die Kassen der Banken fließen und tut das auch. Bundesjustizminister Schmude kündigte Anfang Februar im „Handelsblatt“ an, den § 247 BGB „demnächst“ ändern zu wollen. Bisher erlaubte dieser Paragraph verschuldeten Kapitalisten, unter bestimmten Bedingungen Kredite, die mit mehr als 6% verzinst werden, frühzeitig zu kündigen. Schmude: „Die nähere Betrachtung zeigt, daß es hier um eine Vorschrift geht, die zu ihrer Zeit eine ganz andere Bedeutung hatte, als sie es heute hat.“ Bei Einführung dieses Paragraphen seien 6% jährlich ein hoher Zins gewesen. Heute dagegen seien 6% sehr niedrig und der „Schuldnerschutz“ deshalb ganz anders zu sehen. Nun „muß auch der Schutz der Gläubiger (sprich: der Banken, d. Red.) und derer, die ihnen wieder das Geld geben, gewährleistet werden.“ Auf deutsch: Die Hochzinspolitik der Finanzbourgeoisie soll gesetzlich abgesichert werden.

Das Ergebnis wird eine weitere Beschleunigung der Konzentration und Zentralisation von Kapital in den Händen der großen Monopole und der Finanzbourgeoisie sein. Anfang des Jahres meldete das Bundeskartellamt, 1980 seien ihm 635 anzeigepflichtige Fusionen gemeldet worden, gegenüber 602 im Jahr 1979 und 557 im Jahr 1978. Anzeigepflichtig sind Fusionen, durch die die Kapitalisten einen Marktanteil von 20% erzielen, mehr als 10000 Lohnabhängige ausbeuten oder mindestens 500 Mio. DM Umsatz erzielen. Sowieso konzentrierten die 20 größten Konzerne in der BRD bereits 1979 392,3 Mrd. DM Umsätze oder 28,1% des Bruttosozialprodukts auf sich. Auch die Profite dieser großen Kapitalisten fließen weiter reichlich. Alle Aktiengesellschaftlichen zusammen schütteten 1980 Dividenden von zusammen 7,753 Mrd. DM aus. Das

entsprach einem Ertrag auf ihr Aktienkapital von ca. 11%. In den Jahren 1969 bis 1980 flossen den Kapitalisten – ohne Banken und Versicherungen, über die uns keine Zahlen vorliegen – Dividenden von zusammen 68,644 Mrd. DM aus der Ausbeutung der Lohnabhängigen in die Tasche.

Quellenhinweis: Statistisches Bundesamt, Statische Jahrbücher der Jahre 1981 und 1977; Handelsblatt, div. Ausgaben; Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft Nr. 4/82; Stat. Bundesamt, Wirtschaft und Statistik, div. Ausgaben 1981; Drittes Hauptgutachten der Monopolkommission 1978/79, Bundestags-Drucksache 8/4404 vom 17.7.1980

Ausländer Interessierte Halbwahrheiten

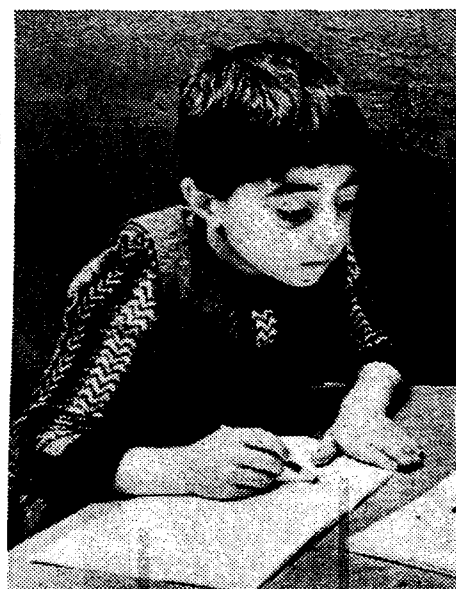
Eine „hohe Geburtenrate der Türken“ in der BRD meldete das „Handelsblatt“. Nun wäre dies kaum der Rede wert, wenn die angeblich „hohe Geburtenziffer“ „der Türken“ im Besonderen und „der Ausländer“ im Allgemeinen nicht den finstersten Kräften der Reaktion zu rassistischer Hetze diene – und wenn die Meldung tatsächlich die Realität wiedergäbe.

Nur wenn von den besonderen Bedingungen der in der BRD lebenden Ausländer abstrahiert wird, von der besonderen Altersstruktur, von Verzerrungen durch Ein- und Auswanderungen, trifft die Aussage von der „hohen Geburtenziffer“ – relativ – zu. Doch selbst dann fällt zunächst ins Auge, daß die Geburtenziffer der ausländischen Frauen nicht „hoch“, sondern niedriger ist, als zur Erhaltung der Bevölkerung notwendig. Um nämlich die Bevölkerungszahl konstant zu halten, müßten je 1000 Frauen 2200 Kinder bekommen; tatsächlich bekommen je 1000 ausländische Frauen 2005 Kinder, westdeutsche 1333 (Angaben 79).

Zweitens verdeckt diese auf die Geburtenhäufigkeit von *Frauen* bezogene Zahl die grausamen Umstände, die die herrschende Klasse den Lohnabhängigen fremder Nationalität aufzwingt. Da sie v.a. männliche Arbeitskraft importiert, ist ein hoher Prozentsatz der ausländischen Bevölkerung ledig, in der Altersklasse der 25-40jährigen fast ein Drittel gegenüber 18% der westdeutschen Männer und Frauen. Ein weiterer, vielleicht kaum geringerer Prozentsatz ist zwar verheiratet, faktisch jedoch ehelos, da die Ehegatten nicht in der BRD leben (können). – Bezogen auf *Männer und Frauen* und unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Altersstruktur wäre die Geburtenrate der ausländischen Bevölkerung in der BRD nicht mehr wie oben 50%, sondern nur um 19% höher als die der westdeutschen. Man kann sagen, die eine Hälfte der ausländischen Arbeiterbevölkerung gleicht die

unfreiwillige, brutal erzwungene Familienlosigkeit der anderen Hälfte durch größere Anzahl von Kindern aus.

Drittens: die Bourgeoisie ist nur an der Arbeitskraft der ausländischen Arbeiter interessiert. Sie hätte am liebsten das gänzlich ehe- und kinderlose Arbeitstier, das je nach Belieben importiert und wieder abgeschoben werden kann. Zu diesem Zweck feilt sie unablässig an der Ausländergesetzgebung. Daß die ausländische Arbeiterbevölkerung auf diese Unterdrückung, soweit sie überhaupt die Möglichkeit zur Familienbildung hat, mit Kinderreichtum antwortet, ist nicht verwunderlich: Deutet die vergleichsweise hohe Kinderzahl einzelner Familien doch an, daß diese sich nicht hin- und herschieben lassen, sondern in der Regel in der



BRD bleiben wollen. So verbirgt sich hinter der „hohen Geburtenrate“ vor allem die besondere Unterdrückung der ausländischen Arbeiterbevölkerung.

Quellenhinweis: Handelsblatt v. 26./27.2.; Stat. Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 1/81 und 2/81; ders., Statistisches Jahrbuch 1981

Studenten Urteil gegen VDS-Dachverband

Am 16.10.81 hat das Oberverwaltungsgericht Münster gegen die Studentenschaft Münster ein Urteil in 2. Instanz gefällt, das weitreichende Folgen für die Arbeit der Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS) hat. Die VDS ist ein Zusammenschluß gewählter Studentenausschüsse in der BRD. Zur Finanzierung der Arbeit der VDS führen die Studentenschaften Beiträge an die VDS ab. 1976 hatten nun einige rechte Studenten dagegen geklagt, daß

die Studentenschaft Münster diese Beiträge bezahlt. Ihre Argumentation: Die Studentenschaft sei eine Zwangskörperschaft mit Zwangsbeiträgen. Die VDS nehme allgemeinpolitisch und darüber hinaus links Stellung zu allen gesellschaftlichen Fragen. Diese Politik wollten die Kläger nicht mit ihren Beiträgen finanziert wissen.

Aufgrund dieser Klage entschied das Gericht: „Der beklagten Studentenschaft ... wird untersagt, Beiträge an die VDS abzuführen, oder die VDS anderweitig zu unterstützen. Ausgenommen hiervon sind Zuschüsse zur Förderung konkreter Einzelprojekte, die im Rahmen der Aufgaben nach §71 WissHG liegen und von der VDS ausschließlich hochschul- und studentenbezogen betrieben und begründet werden. Die Zuschüsse dürfen nur ausbezahlt werden, wenn durch Rechnung nachgewiesen wird, daß die Aufgaben sich auf die vorgenannten Projekte beziehen.“

Auf Grund dieses vollstreckbaren Urteiles haben die Rektoren der meisten Hochschulen in Hessen, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen die Auszahlung von Beiträgen an die VDS einstweilen blockiert. Dies können sie, weil sie kraft Gesetzes die Finanzaufsicht über die Studentenschaften haben. Gesetzliche Grundlage des Urteils sind die Hochschulgesetze der Länder, in denen die Rechte der Studentenschaften stark eingeschränkt wurden. Es ist danach insbesondere nicht zulässig, daß Studentenschaften zu allgemeinen politischen Fragen Stellung beziehen.

Besonders wichtig an dem Urteil ist, daß selbst die projektgebundene Unterstützung der VDS davon abhängig gemacht wird, daß alle Projekte ausschließlich studentenbezogen *begründet* werden. So ist es z.B. *nicht* erlaubt, die Forderung gegen BAFÖG-Kürzungen u.a. mit der Kritik am Militär- und Sozialhaushalt insgesamt zu verbinden, weil dies eine „allgemeinpolitische“ Begründung ist. Das Urteil und seine prompte Umsetzung ist offenbar auch eine Reaktion auf die von den VDS organisierten Aktionen wie die Demonstration in Bonn im Juni und die Streiks im Dezember 81, in denen zentral die Regierungspolitik insgesamt angegriffen wurde.

Auf der Mitgliederversammlung der VDS am 10.-13.3. steht nun die schwierige Diskussion darüber an, wie diesem Urteil zu begegnen ist. Es sollte klar sein, daß die jetzige VDS unabhängig von unterschiedlichen Vorstellungen über deren politische und organisatorische Zukunft auf jeden Fall gegen den jetzigen Angriff verteidigt werden muß. Leider benutzen aber Teile der Jusos die schwierige Lage, um ihrerseits eine Auflösung der VDS ins Gespräch zu bringen.

Grundwerte

SPD-Kommission entwickelt die Gleichberechtigung als Faß ohne Boden

Eine als Diskussionspapier bezeichnete Schrift veröffentlichte letzten Monat die „Kommission Grundwerte beim SPD-Parteivorstand“. Zum Zweck der seit zwei Jahren in Ausarbeitung befindlichen, 90 Schreibmaschinenseiten umfassenden Darlegung führte der Kommissionsvorsitzende Eppler im Pressedienst seiner Partei u.a. folgendes aus: Verschiedene Alternativgruppen sähen in der SPD-Kultur den eigentlichen Gegner. Innerhalb der SPD könnten viele in den alternativen Versuchen nur eine Bedrohung der SPD erkennen. Niemand in der Grundwer-

gieren könne noch wolle, wer damit gemeint sei, ist offen gelassen, aber auch Kräfte, mit denen die linke Volkspartei das Gespräch suchen müsse, und wer damit gemeint sei, wird umschrieben. Jene nämlich, die „unsere Gesellschaft auf ihre Weise freier, gerechter und solidarischer machen wollen“. Was man im einschlägigen Milieu eine ‚Ausgrenzung‘ nennt, hier ist's im feinsinnigsten Predigtstil unternommen. Nicht jene, die sich in dieser Gesellschaft fremd fühlen, weil sie deren Gesetzen unterworfen sind, sie aber nicht gemacht haben, sondern je-



tekommision glaube, es lasse sich alles, was seit 1972 aus der SPD ausgewandert oder neben ihr entstanden sei, bald wieder integrieren. Es gäbe Kräfte, die man nie integrieren könne und auch nicht wolle. Andererseits sei auch klar, daß die linke Volkspartei das Gespräch mit allen suchen müsse, die unsere Gesellschaft auf ihre Weise freier, gerechter und solidarischer machen wollten. Das Papier sei daher ein Angebot, man meine ein faires Angebot, nach innen und nach außen. So wie sein Zustandekommen ein Stück Integration gewesen sei, könne auch seine Diskussion in der Partei der Integration dienen. Soweit Eppler direkt zum Zweck der Übung.

Bereits aus diesen Äußerungen läßt sich die Absicht der Grundwertekommission erschließen, „die alternativen Versuche“ zu spalten und immerhin teilweise zu schlucken. Denn Eppler sieht zwar Kräfte, die man nicht inte-

ne, die diese Gesellschaft für die ihre, für „unsere Gesellschaft“ eben halten, aus welchen Gründen auch immer. Nicht jene, die aus dieser Gesellschaft eine freie, gerechte, solidarische machen wollen, was immer sie sich dabei im einzelnen denken, sondern jene, denen die Schranken dieser Gesellschaft unüberwindlich scheinen wie dem zweijährigen Kleinkind der Laufstall und die in diesen feststehenden Grenzen um etwas Freieres, Gerechteres, Solidarischeres zu ringen sich begnügen. Man mag diese Beurteilung von Epplers Pressedienstäußerung für spitzfindig halten, sie ist es nicht. Vielmehr mündet das Grundwerte-Diskussionspapier in ein Leitliniensystem, das selbst vom bloßen Nachdenken über eine gesellschaftliche Umwälzung ablenkt, gleichzeitig aber recht gut erlaubt, sich an den in dieser Gesellschaft tatsächlich auftretenden Unfreiheiten, Ungleichheiten, Ungerechtigkeiten kritisch zu erlaben. Nachdem dies seiten-

weise auch geschieht, kommt die Grundwertekommission zu folgendem, ausführlich zitiertem Ergebnis:

„Die Abstufung der individuellen Lebenschancen muß mit dem Anspruch gleicher Freiheit in Einklang stehen. Dies setzt voraus, daß

- Ungleichheiten der Lebenschancen enge Grenzen gezogen bleiben;
- die weniger Begünstigten selber ein Interesse an den als gerecht geltenden Ungleichheiten haben können, insofern sie – wie auch die darauf begründeten Hierarchien – funktional erforderlich sind, um ihnen, den weniger Begünstigten, selbst größere Freiheitschancen zu eröffnen;
- alle die gleichberechtigte Chance haben, nach Maßgabe ihrer Interessen an der Bestimmung des jeweiligen Verteilungsprinzips mitzuwirken.

Ins Positive gewendet ergeben sich daraus folgende Leitlinien zur Bestimmung der Maßstäbe für Differenzierungen, die den Grundsatz gleicher Lebenschancen sinnvoll mit einem sozial erfüllten Leistungsbegriff verbinden:

- Jeder soll in den Genuß des größten Maßes an Freiheiten kommen, das für alle möglich ist;
- Differenzierungen der Lebenslagen sind nur dann gerecht, wenn durch sie auch den am schlechtesten Gestellten größere Freiheitschancen erwachsen als ohne sie. Nur dann liegen sie im Interesse aller;
- diese Maßstäbe können nur gelten, wenn ihnen alle Betroffenen in gleichberechtigter Entscheidung zustimmen können.“

Wahrscheinlich hat sich nie eine menschliche Gesellschaft auch nur vorübergehend in einem Zustand befunden, der nach diesen Leitlinien nicht erhaltenswert und wohlbegründet gewesen wäre. Von unten nach oben gelesen ergibt sich nämlich:

1. Keineswegs ist von Belang, ob die Betroffenen in einer gleichberechtigten Entscheidung tatsächlich zustimmen. Wesentlich für die Gültigkeit dieser Maßstäbe ist, daß sie zustimmen *können*. Platt verstanden, wenn ihnen nicht gewaltsam verwehrt ist zuzustimmen, im Sinnzusammenhang, wenn sich objektiv ihr Interesse ergibt zuzustimmen;

2. weil und insoweit sich vermuten läßt, daß gerade aus dem Reichtum und der anwachsenden Fülle der Lebenschancen der Reichen sich immerhin gebesserte Lebenschancen für die Armen ergeben;

3. woraus sich mühelos das geringste Maß an Freiheiten, das in einer konkreten Gesellschaft für eine Personengruppe anzutreffen ist, als Genuß des größten Maßes an Freiheit, das für alle möglich ist, erschließen läßt.

Die Vorstellung von Gleichberechtigung, die sich aus diesen Leitlinien er-

gibt, ist für beliebige Despoten manierlich. Gleichberechtigt war der Ritter hiernach mit dem leibeigenen Bauern, den er zur Fronarbeit zwang und quälte, denn was der Bauer durfte, durfte der Ritter allemal, und mithin befand sich der Ritter zweifellos im Genuß „der größtmöglichen Freiheit, die für alle möglich war“. Nach dieser im besten Pharisäerstil vollbrachten Beweisführung über die Ungleichheit als wahre Form der Gleichheit kommt die Kommission alsbald zum Schluß:

„Nehmen wir den Dialog über Gleichheit und Leistung auf! Er wird viele der heute bestehenden Ungleichheiten ihrer fragwürdigen Legitimation entkleiden und häufig Macht zu Tage fördern, wo Markt vorgegeben wird.

Es gibt heute Bereiche, wo wir über unzumutbare Ungleichheiten leicht Übereinstimmung erzielen können:

- Das enorme Gefälle im Durchschnittseinkommen zwischen Facharbeitern und der Mehrheit der Freiberufler.
- Die enormen Einkommensunterschiede zwischen Klein- und Großbetrieben innerhalb der Landwirtschaft.
- Die weit überdurchschnittlichen Einkommen aus Kapitalbesitz ohne angemessene Teilhabe derer, durch deren Arbeit sie ermöglicht wurden.
- Die erheblichen Einkommensunterschiede durch ein überzogenes Anciennitätsprinzip.
- Die überbetonte Differenzierung der Gehaltsgruppen in Privatwirtschaft und Öffentlichem Dienst.
- Die erheblichen Differenzen zwischen angestellten und freiberuflich tätigen Akademikern.
- Die ständige Zunahme der Ungleichheit durch das System der proportionalen Lohn- und Gehaltserhöhungen.

Der Dialog kann für die verbleibenden Ungleichheiten einsichtige – und widerrufliche! – Gründe liefern und so sozialem Neid entgegenwirken.“

Mit dieser Liste läßt sich für manchen nach dem Prinzip Hoffnung leben. Bemerkenswert daran ist indessen der Hang zur Relativierung aller Standards. Nach diesem System ist der Hunger des einen bloß ein relatives Problem der Sättigung des anderen, „politisch“ gesehen ergibt sich dann das Problem des Neides der Hungrigen auf die Satten. Beachtlich an dieser Liste sodann die fleißige Aufmerksamkeit, mit der qualitativ sehr unterschiedliche Einkommen in einen Topf geworfen werden. Eine Kapitalrente in Höhe eines Facharbeiterlohnes ist zweifellos gleich hoch, aber dennoch was anderes als dieser Facharbeiterlohn, für das eine muß man schwitzen, in dem anderen läßt sich's wohl sein. Sodann sind die Ungleichheiten, über die sich „leicht Übereinstimmung er-

zielen läßt“, so ausgewählt, daß eine Kritik des materiellen Minimalstandards vermieden wird. Diesem Interesse fällt z.B. die Kritik der Frauenlöhne zum Opfer, aus der sich ergeben würde, daß für die meisten Frauen ein wirtschaftlich selbständiges Leben nur bei Verzicht auf Kinder möglich wäre. – Bestimmt ist von Vorteil, wenn nach diesem Grundwertepapier mit Sozialdemokraten die Erörterung verschiedener Fragen möglich ist. Zu hoffen ist aber, daß weder die „alternativen Versuche“ noch sonstwer sich in den relativierenden Gleichberechtigungstaumel hineinziehen lassen, der die Grundwertekommission beseelt und dessen Ursprung die blanke Spießbürgerfurcht „vor dem sozialen Neid“ ist und der konkrete Ansprüche der arbeitenden Klassen fürchtet.

Quellenhinweis: Die Arbeiterbewegung und der Wandel gesellschaftlichen Bewußtseins und Verhaltens, Kommission Grundwerte beim SPD-Parteivorstand, Jan. 82

VR Polen Imperialisten fürchten ums Ostgeschäft

Am 4. März sollte das Umschuldungsabkommen zwischen der VR Polen und den rd. 500 Gläubigerbanken westlicher imperialistischer Länder, das seit Dezember 1981 unterschriftsreif ist, endlich unterzeichnet werden. Obwohl absehbar war, daß die VR Polen die Bedingung, erst müßten die für 1981 fälligen Zinsen gezahlt werden, erfüllen würde, verbreiteten die westdeutschen Finanzkapitalisten, unsicher sei, ob überhaupt jemals unterschrieben werde. Zur Verhandlung stehen Schulden, die 1981 fällig waren, in Höhe von 2,4 Mrd. Dollar. Nach Auskunft des Schweizerischen Bankvereins waren Mitte Februar die ausstehenden



Zinsen bis auf einen Rest von 120 Mio. Dollar beglichen.

In seiner Rede vor der Vollversammlung des ZK der PVAP äußerte General Jaruzelski Kritik an den Methoden der westlichen „Hilfe“. Zwar habe der Westen bei der „Modernisierung der Industrie geholfen“, aber „gefordert wurden allzu hohe Zinsen für die Kredite“. Welche Sorte Käufe in Zukunft unterlassen werden sollen, ging aus seiner Kritik am Umgang der Regierung Gierk mit Devisen hervor. Sie habe überflüssige Lizenzen erworben, die nicht dazu hätten genutzt werden können, die Produktion aufgrund der importierten Technologie in Gang zu setzen. Neben unsinnigen Dingen wie Jagdmunition und Schnüren zum Gerbenbinden sei Maschinerie importiert worden, die im Land billiger hergestellt werden könne. Mit Absicht hob er hervor, daß im Bereich des Bergbaus von über 400 Lizenzen jede zehnte überflüssig bis schädlich gewesen sei.

Seit der Verhängung des Kriegsrechts ist die Kohleförderung in der VR Polen angestiegen. Im Januar und Februar lag sie höher als im selben Zeitraum 1981. Insofern die polnische Regierung diese Steigerung durch Militarisierung des Bergbaus und Abschaffung der freien Samstage erzwingen hat, haben die westlichen Imperialisten nichts gegen das Kriegsrecht, diente es doch dazu, Mittel zur Abzahlung der Zinsen freizusetzen. Daß die polnische Regierung aber weitergehen und die Importe stark beschränken könnte, versetzte sie in Unruhe und hat speziell die europäischen Kapitalisten von der NATO-Linie – keine weitere Wirtschaftshilfe vor Aufhebung des Kriegsrechts, Freilassung der Internierten und Gesprächen mit Kirche und Gewerkschaften – wieder abgebracht.

Jaruzelski kündigte zumindest die Absicht der Einschränkung an. Die fehlerhafte Kreditpolitik und der Lizenzimport hätten den Mythos genährt, der Wohlstand könne „durch Abkürzung“ aufgebaut werden. Darin liege auch eine Unterschätzung des polnischen wissenschaftlichen Potentials. Es sei möglich, die Leistungen der Ingenieurskader zu steigern, „damit auf vielen Gebieten die polnische Technologie sich schnell unabhängig machen kann von dem unbegründeten Import“.

Nach dem Besuch der polnische Regierung in der UdSSR hat sich auch der Glaube der europäischen Imperialisten an ihre eigene „Regenschirmtheorie“ gelockert, nach der die UdSSR in jedem Fall für die Verpflichtungen ihrer Verbündeten aufkommen würde. Wahr ist nur, daß die Bundesregierung als Schirm der westdeutschen Kapitalisten tätig geworden ist, wie aus der Antwort des Bundeswirtschaftsmini-

steriums auf eine kleine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion vom 19.2.82 hervorgeht: „Bei in 1981 nicht umgeschuldeten Forderungen – im wesentlichen Forderungen von Exporteuren – gibt es noch Zahlungsverzögerungen; nach Intervention der Bundesregierung sind die Zahlungen aber zum größten Teil geleistet worden.“ Nach Begleichung der Restschuld Ende März soll nun doch unterschrieben werden.

Quellenhinweise: Handelsblatt vom 17.2. bis 4.3.82; FAZ vom 1.3.82; Trybuna Ludu vom 25.2.82; Bundestagsdrucksache 9/1375

Niederlande Angriffe auf Löhne und Lohnfortzahlung

Eine Million Gulden Bußgeld soll die niederländische Metallarbeitergewerkschaft für jeden Tag zahlen, an dem sie ihre Mitglieder in den Werften RDM und Wilton Fijenoord zum Streik gegen die Kürzung der Lohnfortzahlung durch die Kapitalisten aufruft. Das entschied am 5.3. ein Gericht auf Antrag der RDM- und Fijenoord-Kapitalisten. Inzwischen haben ein Dutzend weiterer Metallkapitalisten gerichtliche Streikverbote gegen die Gewerkschaft beantragt bzw. bereits durchgesetzt.

Ob sich die Kapitalisten damit durchsetzen, wird sich spätestens am 12. März zeigen. Für diesen Tag hat der Gewerkschaftsbund FNV zu landesweiten Protesten gegen die Angriffe auf die Lohnfortzahlung aufgerufen. Die Drucker, Nahrungsmittelarbeiter, Bauarbeiter und Bankangestellten haben schon Streiks angekündigt. Seit dem 8.3. streiken in Rotterdam, Amsterdam und anderen Städten die Müllarbeiter.

Seit dem 6.1. liegt der Gesetzentwurf der Regierung gegen die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall vor (s. Pol.Ber.

3/82). Sein Inhalt: Die tariflich durchgesetzte zweitägige Lohnfortzahlung durch die Kapitalisten (danach zahlt die Krankenkasse 80% Krankengeld) soll auf fünf Tage ausgeweitet werden, dafür aber auf 80% des Nettolohns begrenzt werden.

Der Gewerkschaftsbund FNV hatte sofort entschiedenen Widerstand dagegen angekündigt. Am 12. und 13.2. eröffneten die Rotterdamer und Amsterdamer Hafenarbeiter mit eintägigen Warnstreiks eine Welle von Protestaktionen im ganzen Land. Unter ihrem Druck änderte die Regierung Ende Februar ihren Gesetzentwurf: Jetzt sollen die Versicherungsbeiträge um 0,2% erhöht werden. Außerdem will sie den Kapitalisten erlauben, bis zu 8% „Prämien“ von ihrer Lohnfortzahlung abzuziehen. Die Gewerkschaften könnten ja diesen Prämienabzug in den Tarifverhandlungen *anstelle einer Lohnerhöhung* wieder aufheben, verkündete die Regierung.

Die Gewerkschaften wiesen diese Unverschämtheit zurück. Seit Februar verhandeln die Drucker, seit 24.2. die Hafenarbeiter und seit 2.3. die Metallarbeiter mit den Kapitalisten über einen neuen Tarif. Ihre Forderungen: volle Beibehaltung der Lohnfortzahlung *und* Lohnerhöhung entsprechend der Inflationsrate, zusätzlich 1 bis 2% Lohnerhöhung für untere Lohngruppen. Die Antwort der Kapitalisten: „Viel zu teuer“.

Die Regierung versucht jetzt, den Kapitalisten bei der geplanten Lohnsenkung propagandistisch beizustehen. Premierminister van Agt verkündete, in den nächsten Jahren müßten die Realeinkommen um bis zu 25% gesenkt werden, anders sei an eine Beseitigung der Arbeitslosigkeit (zur Zeit 450 000, fast 12%) nicht zu denken. Zusätzlich kündigte er für den Fall, daß die Tariflöhne um mehr als 6,5% erhöht würden, einen gesetzlichen Lohnstopp an.

Quellenhinweis: De Volkskrant, div. Ausgaben; Handelsblatt, div. Ausgaben.



Die 2500 Arbeiter der Wilton Fijenoord-Werft beteiligten sich schon Anfang Februar an den Streiks gegen die Kürzung der Lohnfortzahlung (Bild).

NATO

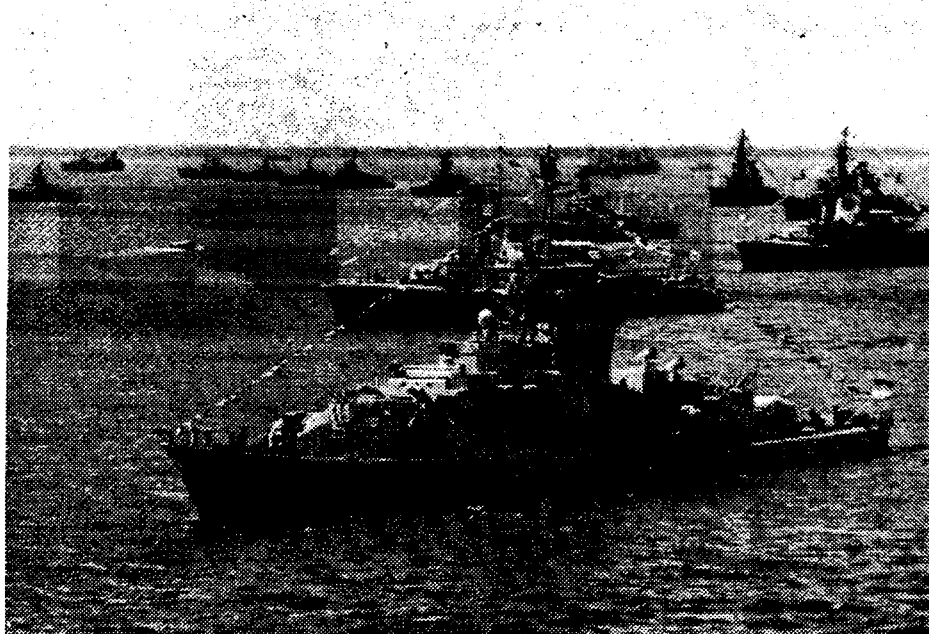
Gipfelkonferenz am 10. Juni in Bonn BRD — Raus aus der NATO! Was denn sonst?

Vom 8. bis 18. März beteiligt sich die Bundesrepublik mit der Fregatte „Augsburg“ unter dem Kommando des Fregattenkapitäns Gerner an dem NATO-Seemanöver „Sichere Durchfahrt“ im Golf von Mexiko. Das Manöver übt nach NATO-Angaben die Sicherung der Seeverbindungen gegen eine mögliche Bedrohung durch Kuba oder die Sowjetunion. Da Kuba außerhalb des NATO-Vertragsgebietes liegt, wendet das Verteidigungsministerium ein, daß das Manöver sich im Vertragsgebiet „nördlich des Wendekreises des Krebses“ bewegen wird. Die Botschaft der Republik Kuba in der BRD teilt mit, daß ihre Regierung das NATO-Manöver öffentlich als „Provokation“ bezeichnet hat. Kuba ist nicht Mitglied des Warschauer Paktes und ein Land der Dritten Welt.

Die zunehmende Beteiligung von Verbänden der Bundeswehr an NATO-Übungen außerhalb des Befehlsbereichs „Gesamt-Europa“ kommt nicht von ungefähr. Seit Jahren bemüht sich die BRD um einen größeren Einsatz der Bundesmarine im NATO-Bündnis. Das Weißbuch der Bundesregierung umschreibt das Operationsgebiet der Marine 1975/76 wie folgt: „Operationsgebiet der Marine sind Ostsee, Ostseezugänge und Nordsee.“ Das Weißbuch 1979 urteilt anders und spricht davon, daß diese Gebiete „in erster Linie“ das Operationsgebiet der Marine sind. Es gibt also noch andere Operationsgebiete. Dem Drängen der Bundeswehr auf Erweiterung der Operationsgebiete ist die Ministertagung des Verteidigungs-Planungsausschusses der NATO auf ihrer Konferenz im Mai 1981 sogar noch weitgehender nachgekommen, indem eine Beschränkung der NATO-Operationsgebiete offen in Frage gestellt worden ist. Die USA verfolgten bereits unter Präsident Carter die gleichen Interessen. Viele werden sich noch an die Seeblockade der USA gegen den Iran erinnern. Diese Operation und die spätere Intervention fanden außerhalb des Operationsgebietes der NATO statt. Eine Beteiligung von anderen Staaten an der Seeblockade ist erörtert worden. Eine Beteiligung von Schiffen der BRD war politisch zu dem damaligen Zeitpunkt nicht möglich gewesen, obwohl zur gleichen Zeit vier Kriegsschiffe der Bundesmarine unter Führung des Raketenzerstörers „Lütjens“ und des Flottenzerstörers „Bayern“ zu einer „Übungsfahrt“ in das Spannungsge-

biet, den Indischen Ozean, aufbrachen. Die Anrainerstaaten protestierten gegen die BRD-Kriegsschiffe, von denen zwei Schiffe im Mittelmeer kollidierten und die internationale Seegewässer gefährdeten.

Eine Erweiterung des NATO-Operationsgebietes und die faktische Außerkraftsetzung des Artikels 6 des Nordatlantikvertrages sollen, so der NATO-Beschluß vom Mai 1981, mit jeweiligen „nationalen Entscheidungen“ begrün-



Fregatte „Augsburg“ bei einer NATO-Flottenparade

det werden. „Dislozierungen“ (Verlegungen, Verschiebungen, d. Red.) sollen aber *nach* Konsultationen mit den NATO-Befehlshabern entschieden werden (vergl. Kasten S. 17). Somit ist die Argumentation mit den „nationalen Entscheidungen“ formal, die tatsächliche Ausweitung der Operationsgebiete über die Festlegungen des Nordatlantikvertrages hinaus das Ergebnis.

Wohl kaum wird eine solche Änderung auf der diesjährigen Frühjahrstagung der NATO zur Sprache kommen. Der in diesem Frühjahr und Herbst zusammentretende Nordatlantikrat und die damit verbundenen Tagungen der Nuklearen Planungsgruppe, des Verteidigungsplanungsausschusses und der Euro-Gruppe in der NATO bereiten diesmal auch eine Konferenz der Regierungschefs der NATO für den 10. Juni in Bonn vor. Die Bundesregierung hatte um den Konferenzort Bonn gebeten, damit Präsident Reagan, neben

Gesprächen in Rom, Paris und London, auch der BRD einen Besuch abstatten kann.

Die NATO-Tagungen und das Treffen der NATO-Regierungschefs laufen in der Öffentlichkeit teilweise unter der Bezeichnung „Reagan-Besuch“. Dies trifft die Sache aber nur ungenau. Zwar ist Reagan Präsident der USA, der Hauptmacht im NATO-Bündnis; nur wird man sich mit den Zielen des ganzen NATO-Bündnisses und vor allem mit der Politik der BRD auseinander-

zusetzen müssen, um die reaktionären und imperialistischen Ziele des Militärbündnisses während der stattfindenden Tagung beweisen zu können. Und die sind nicht gerade gering.

Die Zusammenarbeit und das Bündnis der USA und der BRD in der NATO haben sich nicht nur bezogen auf die inneren Verhältnisse in der BRD stabilisiert. In der Außenpolitik ist der Beitrag der BRD nicht unbedeutend und wächst beständig. Ohne die BRD beim Namen zu nennen, würdigte die Ministertagung des Nordatlantikrates im Mai 1981 die imperialistische Politik der BRD im NATO-Bündnis:

„Angesichts der fortschreitenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die besonders die weniger fortgeschrittenen Mitglieder haben, stellten die Minister fest, daß weitere Hilfe erforderlich ist, um der Türkei zur Überwindung ihrer ersten wirtschaftlichen Probleme zu helfen, und daß diese Frage binnen kurzem in der OECD er-

„Deutschland“, Deutscheuropa und die deutsch-amerikanische „Freundschaft“

A. Hitler – Reichskanzler; Februar/ April 1945:

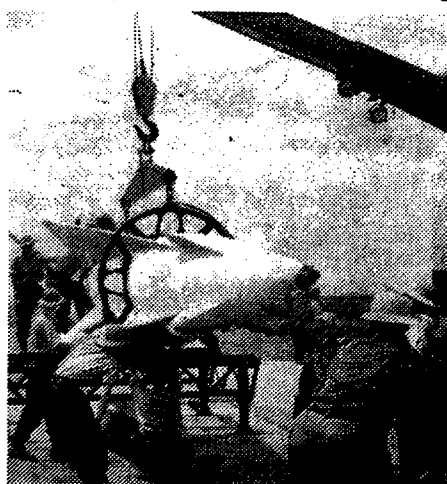
„Die Realität von heute, die das Gesicht der Welt verändert hat, das ist die Existenz zweier Kolosse, der Vereinigten Staaten von Amerika und der Sowjetunion ... Die Realität der Gegenwart hätte Churchill zwingen müssen, der Einigung Europas zuzustimmen, um das politische Gleichgewicht der Welt des 20. Jahrhunderts zu sichern ... Ein Frieden im Frühjahr 1941 war die letzte Gelegenheit, die Amerikaner aus den europäischen Angelegenheiten herauszuhalten.

Unter der Führung des Reiches wäre Europa bald ein einiger Block geworden ... England aller Sorgen in Europa enthoben, konnte sich ganz seinem Weltreich widmen. Das Reich, schließlich, konnte sich ohne die Gefahr des Zweifrontenkrieges in seine eigentliche Lebensaufgabe stürzen und die Sendung des Nationalsozialismus und meines Lebens erfüllen: Die Vernichtung des Bolschewismus und damit gleichzeitig die Sicherung des für die Zukunft unseres Volkes unentbehrlichen Lebensraumes im Osten ... Wir sollten Europa eine auf Europa anwendbare Monroe-Doktrin („Nichteinmischungs“-Lösung des US-Imperialismus gegen die alten europäischen Großmächte: „Amerika den Amerikanern!“/Red.) verkünden: „Europa den Europäern!“ ... Die Angelegenheit der Amerikaner sind nicht unsere Sache, und es würde mich völlig kalt lassen, was immer mit ihnen geschieht, wenn nicht ihre Haltung sich unmittelbar auf unser Schicksal und auf dasjenige Europas auswirkte ... Wir wandten uns mutig und entschlossen der Zukunft zu, der Errichtung einer kontinentalen Großraumpolitik ... Das neue Europa kann nur auf Ruinen aufgebaut werden. Ich meine ... auf den geistigen Trümmern des Eigennutzes, der Engstirnigkeit, der überlebten Eigenstaatlichkeit und der chauvinistischen Kirchturmpolitik.

Europa muß zum Nutzen aller und auch auf Kosten aller errichtet werden ... Nach einer Niederlage des Reiches wird es ... nur noch zwei Mächte in der Welt geben, die einander ebenbürtig gegenüberstehen können: die Vereinigten Staaten und Sowjetrußland. Durch die Gesetze der Geschichte und der geographischen ... müssen beide Mächte die Feinde eines unabhängigen Europas sein ...“(1).

K. Adenauer – Bundeskanzler; 23.8. 1950/7.2.1952:

„... (Die) Vereinigten Staaten von Nordamerika ... sind das wirtschaftlich stärkste Land; ... und das Schicksal hat den Vereinigten Staaten von Nordamerika in dieser Periode der Geschichte der Menschheit eine Rolle zugeteilt, wie sie vielleicht früher einmal das Reich der Römer in gewissen Perioden gehabt hat. Daß daneben die westeuropäischen Staaten nicht untätig



1960: Raketenbataillon der Bundeswehr bei der Übung in den USA

sein dürfen ..., ist selbstverständlich ... Wir sind aus dem Zeitalter heraus, in dem eines der verhältnismäßig kleinen westeuropäischen Völker glauben dürfte, daß es für sich allein bestehen könne. Wenn uns in diesem Verteidigungssystem eine Rolle zugeteilt wird, dann werden wir die Sache prüfen und werden unter gewissen Voraussetzungen bereit sein, unsere Aufgabe zu erfüllen. Ich sage: unter gewissen Voraussetzungen.“

„Wir wollen nicht nur für jetzt den Frieden für uns und für Europa retten, sondern wir wollen dafür sorgen, daß auch nach 10 und 20 Jahren, wenn die Welt vielleicht wieder anders aussieht und wenn auch die europäischen Staaten wieder zu stärkeren Staaten geworden sind, ein Krieg in Europa (d.h. zwischen den westeuropäischen Staaten/Red.) ... ein für allemal unmöglich gemacht wird. Das ist ... eines der Hauptziele, die wir bei unserer Politik verfolgen müssen, ein Ziel, das wir über die augenblickliche Spannung hinaus nicht aus den Augen verlieren dürfen ... Darum betrachte ich ... die Schaffung einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft („Es ist für mich gar kein Zweifel daran möglich, daß wir ... eines Tages auch Mitglied des Atlantikpaktes werden ...“) ne-

ben der Schaffung des Schumannplans (EWG-Vorläufer/Red.) als ein ganz wesentliches Element einer dauernden Befriedung Europas. Ich bitte Sie nochmals auf das allerdringlichste, dieses große Fernziel ... nicht außer acht zu lassen. Jede Geburt vollzieht sich unter Wehen, und auch die Geburt des neuen Europas wird Wehen und krisenhafte Entscheidungen mit sich bringen. Aber wenn etwas nötig ist und wenn wir eine Lehre ziehen sollen aus all dem, was sich seit 1914 ereignet hat, dann ist es das, daß jeder, der guten Willens ist, alles, was in seiner Kraft steht, einsetzen muß, damit wir zu einer Vereinigung Europas kommen ...“(2).

Prof. W. G. Grewe – Verhandlungsführer der Bundesregierung hinsichtlich der Ablösung des Besatzungsregimes; 1960:

„Auf alliierter Seite konnte man sich für die deutsche Forderung, die Truppenstationierung auf rein vertragliche Grundlage zu stellen, zunächst nur schwer erwärmen ... Der amerikanische Außenminister Dulles fand daraufhin die einigende Formel, die im wesentlichen aus der Abwandlung eines deutschen Vorentwurfs für den Artikel 4 (des ‚Deutschlandvertrags‘/Red.) und aus der Annahme des deutschen Entwurfs für einen besonderen Vertrag über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland bestand ...“(3).

Generalbericht des Bundestags-Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten hinsichtlich der Ablösung des Besatzungsregimes; 15.2.1955:

„... Die Einleitungsformel des Protokolls (vom 23.10.1954 über die Beendigung des Besatzungsregimes in der BRD/Red.) führt die vier vertragschließenden Staaten (USA, GB, F und BRD/Red.) in der international üblichen Reihenfolge auf. Sie stellt damit die Gleichberechtigung der Vertragsschließenden klar. Auch der Deutschlandvertrag, der Truppenvertrag (über die Rechte und Pflichten der ausländischen Truppen in der BRD/Red.) ... weisen diese Formel auf, während früher einleitend überall gesagt worden war, daß die Bundesrepublik Deutschland einerseits und die drei westlichen Mächte andererseits die Verträge schließen. Mit der Gleichberechtigung entfällt auch die blockbildende Gegenüberstellung ... Die Rechtsgrundlage für den Aufenthalt ausländischer Truppen ist nach Inkrafttreten der Abmachungen über den deutschen Verteidigungsbeitrag keine hoheitliche (der Siegermächte des 2. Weltkriegs bzw. Besatzungsmächte/Red.) mehr, sondern eine vertragliche ... (Damit) ist also jede hoheitliche Legitimation für

eine Truppenstationierung innerhalb des Bundesgebietes erloschen. Die Rechte der drei Mächte ergeben sich aus der im Deutschlandvertrag und dem ... Aufenthaltsvertrag freiwillig übernommenen Verpflichtung der Bundesrepublik“ (4).

F.J. Strauß – CSU-Vorsitzender; 1952 – 1975 (5):

„Das Deutsche Reich hat den 1. Weltkrieg, wenn auch mit erheblichen Gebietsverlusten, überstanden. Es ist im Zweiten Weltkrieg durch deutsche Schuld zerbrochen. Das deutsche Volk steht wieder im härtesten Kampf um seine Selbstbehauptung und um seine Selbstbestimmung. Adenauer hat durch geschickte Ausnutzung der Situation, durch Nachgiebigkeit, Elastizität, Zähigkeit ... erreicht, daß den ehemaligen Kriegsgegnern Deutschlands sozusagen zwei Drittel des Sieges über unser Volk wieder allmählich entwunden wurde ...“ (8.10.1966).

„Eine politische (westeuropäische/Red.) Union soll zu einer Deutschlanderklärung verpflichtet werden, aus der hervorgeht, daß die Gemeinschaft den deutschen Anspruch auf Wiedervereinigung mitträgt und zu dessen praktischer Verwirklichung die Überwindung der europäischen Teilung als ihr Ziel proklamiert. Das verstehen wir unter ‚Europäisierung der Deutschlandfrage‘ ...“ (Landesparteitag, Nürnberg 1965)

„Auf die Dauer kann es kein Deutschland geben, das wirtschaftlich ein Riese und politisch ein Zwerg ist. Deshalb braucht die deutsche Politik einen europäischen Rahmen“ (1966).

„Aus dem in 17 Staaten aufgespaltenen Resteuropa zwischen dem bolschewistischen Koloß und der Weltmacht Amerika muß ein in Freiheit und Gleichberechtigung geeintes Europa entstehen ...“ (7.2.1952)

„Europa braucht nur seine materiellen und geistigen Mittel zusammenzufassen, um neben Amerika als gleichrangiger Partner zu bestehen“ (1966).

„Die Europäer haben alle Voraussetzungen, im Konzert der Neuordnung der Kräfte der Welt den ihnen zukommenden Rang einzunehmen ...“ (1975)

(1) Hitlers politisches Testament – Die Bormann-Diktate vom Februar und April 1945, Hamburg 1981; S.42ff.

(2) Mitschrift des Archivs des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Stenographische Berichte der Verhandlungen des Deutschen Bundestags; 7.2.1952

(3) W. G. Grewe: Deutsche Außenpolitik der Nachkriegszeit, Stuttgart 1960; S.84

(4) Drucksachen zu den Verhandlungen des Deutschen Bundestags; Nr. 1200 – 1954/55; S.3ff.

(5) Aus: E. Esner: Das europäische Konzept von F.J. Strauß – Die gesamteuropäischen Ordnungsvorstellungen der CSU, Meisenheim 1975;

sowie: F.J. Strauß Deutschland – Deine Zukunft (erweiterte Buchfassung einer Serie in der ‚Bild am Sonntag‘ – Frühjahr 1975; Stuttgart 1975, S.72)

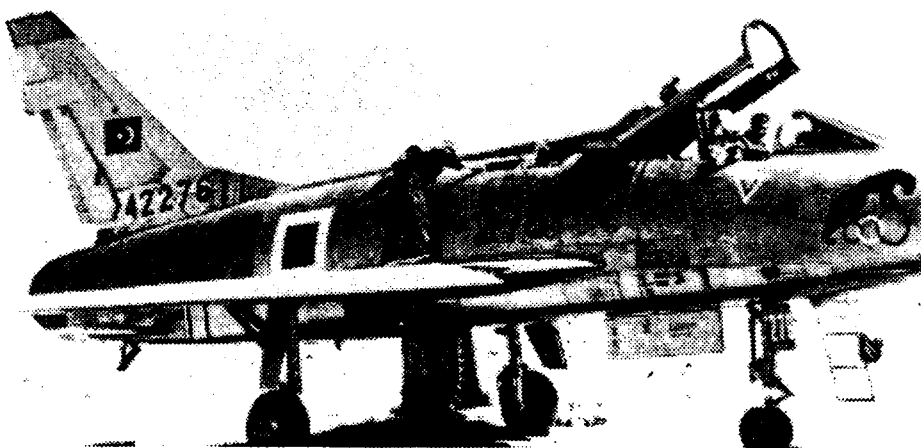
örtert werden soll. Sie äußern ihre Befriedigung über die allgemeine Verbesserung der Wirtschaftslage in Portugal im vergangenen Jahr, stellten aber auch hier die Notwendigkeit weiteren Beistands fest. Sie begrüßten den Beitritt Griechenlands zur Europäischen Gemeinschaft und gaben der Erwartung Ausdruck, daß dieser dessen Verbindung mit den Mitgliedsländern verstärken und auf längere Sicht zu einer stetigen Besserung der griechischen Wirtschaft führen werde.“

Für alle angesprochenen Vorfälle ist die BRD hauptverantwortlich und hat sie betrieben. Sprachen die Kommuniqués der NATO-Ministertagung 1978 von möglichen ungleichen Entwicklungen mit dem Warschauer Pakt, brachte Bundeskanzler Schmidt 1977, noch zu Zeiten Carters, die Nachrüstungsdebatte in Gang und leistete dem starken Bündnispartner USA nicht nur Schützenhilfe. Seit 1980 wurden die Kommuniqués über die Ministertagungen des Nordatlantikrates inhaltsloser und mehr und mehr zur Propaganda des „Kalten Kriegs“ benutzt. Dies sollte auch seine Auswirkungen auf die inneren Verhältnisse in der BRD haben. Denn die BRD ist wichtigstes strategisches Gebiet für die „Vorwärtsverteidigung“. Die inneren Verhältnisse der

HNS). Zu den 240000 bisher stationierten Soldaten können etwa weitere 100000 Soldaten binnen zehn Tagen in die Bundesrepublik geschafft werden. Die nötigen Gerätschaften beaufsichtigen Einheiten der Bundeswehr, die im Krisen- und Kriegsfall „in einer ungefähren (geschätzten) Stärke von 90000 Mann einschließlich der hierfür erforderlichen Führungs-, Versorgungs- und Ausbildungsorganisation mobilisiert werden“. Die BRD muß für die laufende Wartung und Unterhaltung der Gerätschaften ständig 2342 Mann einsetzen. Davon sind 1207 Soldaten, 598 Zivilisten und 537 zu Wehrübungen einberufene Wehrpflichtige. Folgende Unterstützung ist vertraglich durch die BRD zugesichert:

„– Sicherung von Einrichtungen der US-Luftwaffe; – Unterstützung von US-Luftwaffenteilen auf gemeinsamen Einsatzflugplätzen; – Fluginstandsetzung; – Sicherung von US-Heereseinrichtungen; – Transport, Umschlag und Nachschubleistungen; – Abtransport von Verwundeten; – Übernahme von Kriegsgefangenen; – Dekontamination (Entseuchung, d. Red.) von Personal und Material“.

Die USA übernehmen die Materialinvestitionskosten und die BRD die Personal- und persönlichen Ausrü-



Die Türkei ist für die NATO ein unverzichtbarer Verbündeter. Erhebliches Rüstungsmaterial hat die NATO stationiert. Bild: Eine F-100 durch „Rüstungshilfe“

BRD sind für die Stabilität der NATO von großer Bedeutung. Der Beitrag der BRD-Regierung zum NATO-Doppelbeschluß, der eine Stationierung der Mittelstreckenraketen ermöglichen soll, ist ein wesentlicher Beitrag, die Lohnabhängigen in der BRD zu spalten, eine Welle von chauvinistischer Propaganda gegen den Osten zu ermöglichen und damit die ideologischen Grundlagen für die Stationierung der Mittelstreckenraketen zu schaffen.

Darüber hinaus schließen die BRD und die USA in den nächsten Tagen ein Abkommen über die weitere Stationierung von amerikanischen Soldaten in der BRD (Host Nation Support,

stungskosten. Die Bundesregierung rechnet mit insgesamt zusätzlichen 550 Mio. DM laufende Kosten im Jahr. 1983 würden erstmals 50 Mio. DM entstehen. In Verbindung mit der Stationierung der Mittelstreckenraketen, die zu einer deutlichen Überlegenheit der NATO führt, wird mit einer solchen Krisen- und Kriegarmee eine Stoßtruppe aufgestellt, die genauso gut für den Angriff eingesetzt werden kann wie für die Verteidigung. Dieses neue Unterstützungsabkommen ist im gegenseitigen Interesse der BRD und der USA und ermöglicht einen optimalen Einsatz der beiden imperialistischen Armeen, für das stehende Berufsheer in

Luftwaffenbasen, Depots, Übungsplätze — Bundeswehrstützpunkte im Ausland

„Eine Kuh, die Milch geben soll, muß Futter haben.“ So 1960 Franz-Josef Strauß, damals Bundesverteidigungsminister. Mit der „Kuh“ war die Bundeswehr gemeint, mit der „Milch“ ihr Beitrag zum westlichen Bündnis. Als „Futter“ wollten die gefräßigen Herren aus Bonn damals konkret – Stützpunkte in Spanien. Strauß hatte eine Delegation nach Madrid geschickt, um die Möglichkeiten für „Nachschubbasen“ zu sondieren. Das Vorhaben scheiterte u.a. am Einspruch anderer NATO-Mitglieder. Anderswo waren die westdeutschen Imperialisten auf ihrer Jagd nach Stützpunkten erfolgreicher. Heute hat die Bundeswehr in mindestens zehn weiteren NATO-Ländern Einheiten oder Dienststellen stationiert: in Portugal, Griechenland, Italien, Frankreich, Belgien, den Niederlanden, Dänemark, Großbritannien, Kanada und den USA. Rechtsgrundlagen sind das NATO-Truppenstatut und – meist zwischen 1960 und 1963 abgeschlossene – zweiseitige Verträge mit den „Gastländern“.



Depotnetz für die Bundeswehr (aus: Weißbuch 1973/74, S. 198)

In *Beja*/Portugal hat die Luftwaffe nach 1963 für 200 Mio. DM einen Stützpunkt errichten lassen, u.W. die einzige Basis, die exklusiv für die Bundeswehr gebaut wurde und die nicht Bestandteil eines größeren NATO-Komplexes ist. Auf dem Stützpunkt, der für 1600 Mann ausgelegt ist, sind heute 150 Bundeswehrsoldaten fest stationiert, hauptsächlich zur Pilotenausbildung. Seit 1975 „darf“ auch eine Staffel der portugiesischen Luftwaffe (80 Mann) den Flugplatz mitbenutzen. Eine rein optische Korrektur: die portugiesi-

sche Staffel umfaßt keine Kampfflugzeuge.

1960 ist die BRD einem kanadisch-italienischen Vertrag über die Nutzung des Luftwaffenstützpunktes *Decimomannu* auf Sardinien beigetreten. Auf dieser NATO-Basis wird u.a. der Abwurf scharfer Bomben geübt. Seit Jahren kämpfen die sardischen Bauern und Hirten dagegen, daß immer mehr Acker- und Weideland zerbombt und produktiver Nahrung entzogen wird. Auf *Kreta*/Griechenland übt die Bundeswehr – wie auch andere NATO-Armeen – das Schießen mit scharfen Hawk-Luftabwehrraketen. In *Frankreich, Belgien, den Niederlanden, Großbritannien, Dänemark, Norwegen* unterhält die Bundeswehr zahlreiche Nachschubdepots, die aber – größtenteils – mit einheimischem Personal besetzt sind. Mit *Großbritannien* und *Frankreich* gibt es außerdem Verträge über die Nutzung von Truppenübungsplätzen, in den *Niederlanden* ist seit 1963 ein Luftwaffenausbildungsregiment stationiert.

1974 hat die BRD mit Kanada einen zehnjährigen Vertrag über die Benutzung des Truppenübungsplatzes *Shilo* im Bundesstaat *Manitoba* geschlossen. Vorher war das Gelände für 800 Mio. DM ausgebaut worden. Jährlich üben dort jetzt 5400 Panzer- und Artilleriesoldaten der Bundeswehr in geschlossenen Formationen und mit scharfer Munition. Schließlich hat die BRD – im Rahmen des Devisenausgleichs für die US-Truppen in der BRD – seit Mitte der 60er Jahre die Pilotenausbildung für Düsenflugzeuge in die *USA* verlegt. In *Fort Bliss, Texas*, unterhält die Luftwaffe ihre Raketenschule.

Mit den Luftwaffenbasen im Mittelmeerraum und den Nachschubdepots in den Nachbarländern haben sich die BRD-Imperialisten ziemlich sichere rückwärtige Verbindungen geschaffen; auf eigene Faust, denn die Logistik ist in der NATO nicht integriert. Im Ausland kann die Bundeswehr in Maßstäben üben, die in der BRD geographisch nicht möglich oder politisch nicht durchsetzbar wären. Zugleich können die Stützpunkte als Brückenköpfe für Interventionen z.B. in den „unsicheren Mittelmeerländern“, aber auch als Basis für Konterrevolution in Westdeutschland selbst dienen.

Quellenhinweis: Verteidigung im Bündnis, München 1975, S. 310 – 418 (Zeittafel); Archiv der Gegenwart, 1960 ff; Reinfried/Walitschek, Die Bundeswehr, eine Gesamtdarstellung, Bd. 9, S. 133 ff; Informationen für die Truppe 4/76, S. 74 ff.

den USA wie auch für die schnell zu mobilisierenden Reserveeinheiten der BRD im eigenen Land. Die Frage der politischen Verantwortung ist klar geregelt: „Für Zwecke dieses Abkommens stellen die Vertragsparteien gemeinsam fest, wann eine Krise oder ein Krieg besteht. Die Bereitstellung derartiger Kräfte ist Gegenstand von Konsultationen zwischen den Vertragsparteien und der NATO, die gemäß Artikel 3 und 5 des Nordatlantikvertrages vom 4. April 1949 geführt werden.“ (Artikel 1) Der Artikel 4 des Abkom-

5. AIR FORCE



US-Truppen werden eingeflogen

mens beschreibt dann die Arbeit des Gemeinsamen Ausschusses.

Dieses Abkommen macht die alliierten Vorbehaltsrechte und den Aufenthaltsvertrag nicht zur Voraussetzung, sondern ordnet sie in die allgemein bestehenden „Verpflichtungen“ ein. Dies bedeutet eine deutliche Ausweitung des Einflusses der BRD im NATO-Bündnis. Die BRD und die USA können *eigene* Krisenentscheidungen fassen. In diesem Zusammenhang steht auch eine kontroverse Diskussion über die rechtliche Seite der Stationierung der Mittelstreckenraketen, zu der die Novemberausgabe der Zeitschrift „Europäische Wehrkunde“ feststellt:

„Daraus ist der Schluß zu ziehen, daß die ehemaligen Siegermächte aus dem Stationierungsvorbehalt vorläufig keine besonderen Rechte hinsichtlich des Aufenthaltes selber und seiner Ausgestaltung – Lagerung von Neutronenwaffen z.B. – herleiten können. Dies könnte aber bei einer Änderung der Lage in Deutschland möglich sein; z.B. wenn die Interessen der Bundesregierung und die der Westmächte nicht mehr gleichrangig sind. Dann müßten aber die Verträge geändert werden.“

Die Bundesregierung betreibt aber nicht nur die Stationierung der Mittelstreckenraketen und weiterer Truppen der USA, sondern sie beabsichtigt

auch die Stationierung weiterer chemischer Waffen, die ausdrücklich nur im Einvernehmen mit der BRD durch NATO-Verbände eingesetzt und gelagert werden dürfen. In der Fragestunde des Deutschen Bundestages stellte der fraktionslose Abgeordnete Hansen die Anfrage:

„Trifft es zu, daß Kongreß und Senat der Vereinigten Staaten von Amerika die Ausgabe von 20 Millionen Dollar für eine neue Binärgasfabrik in Pine Bluff, Arkansas, als erste Tranche für ein Vier-bis Sechs-Milliarden-Dollar-Projekt zur Herstellung neuer chemischer Waffen genehmigt haben, die ausschließlich auf dem ‚potentiellen europäischen Schlachtfeld‘ (Senator Hartfield, gleichlautend Senator Hard) gelagert werden sollen?“

Der Staatsminister Dr. Corterier bestätigte die Anfrage Hansens weitgehend. Hansen enthüllte, daß die USA in „diesen Tagen“ eine Entscheidung über die Produktion von einer Million Artilleriegranaten 203 mm und 155

mm mit Nervengas treffen, die auf dem Boden der BRD stationiert werden sollen. Der Staatsminister Corterier antwortete: „Diese Information liegt mir nicht vor.“ Was auch immer das heißen sollte, stellte der Staatsminister nach mehrmaligem Nachfragen Hansens fest:

„Wenn es ein Ersuchen der amerikanischen Regierung, solche Waffen hier zu lagern, geben sollte, werden wir uns damit befassen. Diese Waffen können hier nicht ohne unsere Zustimmung gelagert werden. Wir werden zu gegebener Zeit diese Frage prüfen, aber nicht in diesem Stadium auf Grund von Informationen, die uns in dieser Form nicht zugegangen sind.“ Diese Argumentation ist frech, denn seit 1969 lagern in Rheinland-Pfalz chemische Waffen für die US-Streitkräfte. Dazu sagte die Bundesregierung bisher, damit habe sie nichts zu tun. Anfang Dezember letzten Jahres hat der Bundestag einstimmig kontrollierte Abrüstung der biologischen, chemischen und ato-

maren Waffen gefordert. Jetzt erklärt Staatsminister Dr. Corterier, daß man dann mit den USA sprechen werde, wenn sie an die BRD herantreten. Welch ein Hohn.

Am 10. Juni tagt der NATO-Gipfel in Bonn. In dieser Situation kann nicht das Hauptproblem sein, ob in Bonn eine zentrale Demonstration stattfindet oder dezentrale Aktionen, an denen sich die Gewerkschaften sicher besser beteiligen können. Das Hauptproblem wird – vor allem nach den Erfahrungen vom 10.10. – darin bestehen, Forderungen zur Grundlage der Aktionen zu machen, die sich gegen die NATO wenden und auf den Austritt der BRD aus der NATO zielen.

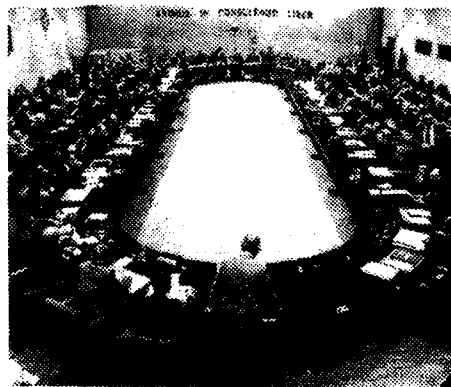
Quellenhinweis: Europa Archiv, Dokumente 1979 und 1980; Europa Archiv 2 und 13/1981; Bulletin der Bundesregierung vom 16.12.81 und 13.01.82; Völkerrecht, Dokumente Band I, Pahl-Rugenstein-Verlag, Köln 1973; Europäische Wehrkunde 11/1981; Reinfried, Walitschek, Die Bundeswehr, eine Gesamtdarstellung, Regensburg 1978; Österreichische Militärzeitschrift 1/1981; Host Nation Support (HNS), Abkommen Bonn 1982; FAZ 16.2.82; KVZ, Ausgabe Nord vom 24.4.80; Politische Berichte 1 und 5/80 und 26/82; Stenographische Berichte des Bundestages 14.1.82

NATO-Operationsgebiete: Künftig „weltweite“ Verfolgung „lebenswichtiger Interessen“

Die im folgenden abgedruckten Punkte 5 und 6 stammen aus dem Kommuniqué der „Ministertagung des Verteidigungs-Planungsausschusses“ der NATO vom 12. und 13.5.81. Ihr nüchterner Kern: Die Beschränkung der NATO auf Gebiete nördlich des Wendekreises des Krebses wird aufgehoben zugunsten weltumfassender „lebenswichtiger Interessen des Westens“, bei deren Verfolgung sich die NATO-Mitgliedsstaaten künftig gegenseitig unterstützen wollen. Das Kommuniqué ist einstimmig verabschiedet worden, also mit der Stimme der BRD. Die Flottenmanöver von NATO-Seestreitkräften mit Beteiligung südamerikanischer Flotten im letzten Jahr im Nord- und Südatlantik sind ein Ergebnis dieses Beschlusses, die geplante Entsendung von westeuropäischen Truppen auf den Sinai ein weiteres. Auch an direkten Interventionsvorbereitungen außerhalb des NATO-Gebietes sind NATO-Organe und damit auch die BRD inzwischen beteiligt. Bereits am 14. Oktober vergangenen Jahres berieten „Lateinamerika-Fachleute“ der NATO über die Lage in El Salvador.

„5. Obgleich die von den Bündnispartnern außerhalb des NATO-Gebiets verfolgte Politik eine nationale Entscheidung darstellt, haben die Verbündeten anerkannt, daß Situationen außerhalb der Grenzen der

NATO ... die lebenswichtigen Interessen des Westens bedrohen und daher Auswirkungen auf die Sicherheit der Mitglieder des Bündnisses haben können. Die Minister erkannten an, daß die Mitgliedsstaaten, wenn sie solche Politiken zum Schutz ihrer lebenswichtigen Interessen in Erwägung ziehen, bereit sein sollten, sich uneingeschränkt an den Konsultationen innerhalb des Bündnisses zu beteiligen, um die Mitgliedsregierungen der NATO in die Lage zu versetzen, ihre Beurteilungen der Bedrohung und deren Auswirkungen zu teilen und so weit wie möglich zu koordinieren und gemeinsame Ziele festzusetzen. Es ist von besonde-



Die Sondersitzung der Außen- und Verteidigungsminister der NATO am 12.12.79, auf der der Beschluß über die Stationierung der Mittelstreckenraketen gefaßt wurde. Für die BRD anwesend: Genscher, Apel

rer Bedeutung, daß derartige Konsultationen dann stattfinden, wenn diejenigen Mitgliedsstaaten, die dazu in der Lage sind, eine Dislozierung von Streitkräften außerhalb des NATO-Gebiets ins Auge fassen ... Die Auswirkungen solcher Dislozierungen auf die Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit des Bündnisses sollten gemeinsam in den zuständigen NATO-Gremien geprüft werden. Die Minister erkannten auch an, daß die in solchen Konsultationen identifizierten gemeinsamen Ziele es erforderlich machen können, daß Mitglieder des Bündnisses Dislozierungen außerhalb des NATO-Gebietes zur Förderung der lebenswichtigen Interessen aller erleichtern.

6. Die Vereinigten Staaten und andere Bündnispartner haben auf Herausforderungen, die sich aus Situationen außerhalb des NATO-Gebietes ergeben, bereits reagiert. Künftige Dislozierung des Schnellen Eingreifverbandes der Vereinigten Staaten zur Abschreckung von Aggressionen und als Reaktion auf Hilfersuchen anderer Staaten könnten zu Veränderungen in der Verfügbarkeit von Kampf- und Kampfunterstützungsverbänden führen, die zur Zeit die Verstärkung für die NATO vorgesehen sind ... Diese Situation kann der Notwendigkeit, daß alle Bündnispartner die zur Verteidigung und Abschreckung im NATO-Gebiet erforderlichen Streitkräfte auf dem entsprechenden Niveau und Stand halten, nur weiter verstärken.“

Quellenhinweis: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4.12.81, S. 6; Verlag für internationale Politik, Europa-Archiv Nr. 13, 1981

Schornsteinfeger streikbereit

Ihre Streikbereitschaft demonstrierten am 26.2. 500 Schornsteinfegergesellen auf einer Protestkundgebung in Düsseldorf. Die Schornsteinfegergesellen fordern mehr Urlaub, höheres Weihnachts- und Kleidergeld. Der Verband der Schornsteinmeister hat seit Monaten die Verhandlungen über einen neuen Manteltarif verschleppt und sich geweigert, eine Schlichtungsinstanz zu akzeptieren. Im Zentralverband Deutscher Schornsteinfegergesellen sind 5500 Gesellen organisiert. Die Gesellen demonstrierten in ihrer Arbeitskleidung. Auf Transparenten verlangten sie „zeitgerechte Sozialleistung“.

Demonstration gegen Teststrecke Boxberg

Am 19./20.3. findet in Stuttgart die erste zentrale Demonstration der Bundschuhgenossenschaft statt. „Mit dem Argument der Arbeitsplatzbeschaffung soll uns in Boxberg die gigantische, landfressende Autostrecke der Daimler-Benz AG verkauft werden.“ Abfahrt des Traktorenzuges ist am 19.3. um 10 Uhr in Boxberg-Schwabhausen. Über

In Köln demonstrierten am 4. Februar 2000 Beschäftigte im Sozial- und Kindergartenbereich zum Rathaus, um gegen Stellenkürzungen und Gebührenerhöhungen, vor allem in Kindergarten- und Hortbereich, zu protestieren. So müssen für einen Hortplatz jetzt 82 DM statt bisher 24 DM gezahlt werden. Den Aufruf, der sich auch gegen die Kürzungsbeschlüsse von Bundes- und Landesregierung richtete, hatte der DGB unterstützt. Die Demonstranten forderten: Rücknahme der Beitragserhöhungen und Stellenstreichungen, Einstellung aller Erzieher.

Heilbronn (Theresienwiese 13.30 Uhr), Lauffen, Bietigheim geht es nach Ludwigsburg (17.30 Uhr) und dort um 9.00 Uhr weiter zum Schloßplatz. Redner der Kundgebung um 11 Uhr sind Herbert Hettlinger vom Bundschuh-Vorstand und Daimler-Benz-Betriebsrat Willi Hoss. „Die Verfilzung der CDU-Landesregierung mit dem Großkapital ist Gegenstand einer parlamentarischen Anfrage der Grünen. In der bevorstehenden Landtagsdebatte zur Daimler-Benz-Teststrecke müssen nun auch SPD und FDP offenlegen, auf welcher Seite sie stehen.“



Aktionen gegen KOMM-Prozesse

Nürnberg. Anlässlich des Jahrestags der Massenverhaftung im Nürnberger Jugendzentrum KOMM haben Ermittlungsausschuß und „Bürgerinitiative 5. März“ gemeinsam mit anderen Organisationen am 5. März eine Demonstration mit 1200 Teilnehmern durchgeführt. Auf einer Pressekonferenz mit Rechtsanwälten aus den Prozessen kündigte die Bürgerinitiative eine bundesweite Unterschriftensammlung für die Forderungen an: „Unverzügliche Einstellung aller Strafverfahren – Vernichtung aller erkennungsdienstlichen Unterlagen – völlige Rehabilitation aller – kein Abbau demokratischer Grundrechte – Hände weg vom Demorecht“. In Würzburg und Schweinfurt führte die Volksfront Informationsstände und Unterschriftensammlungen gegen die Prozesse durch. Auf einer Veranstaltung der Volksfront in Schweinfurt wurde ein gemeinsames Vorgehen verschiedener Organisationen gegen die KOMM-Prozesse beraten.

„Dankesbrief“ an den Landesvater

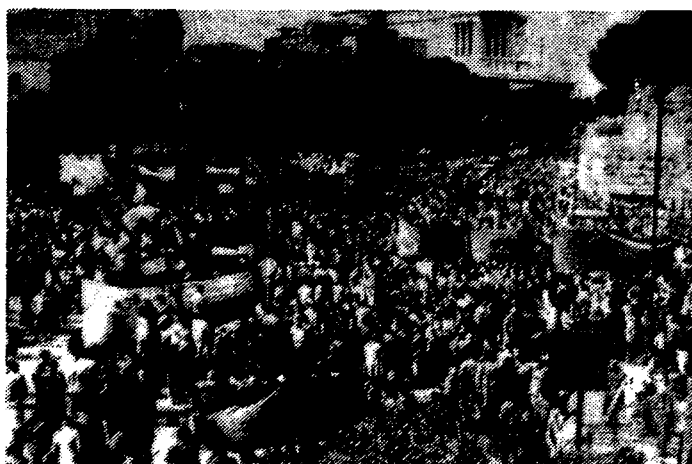
Ulm. „Sie haben sich nur die Wirtschaftlichkeitszahlen des Thomson-Brandt-Managements angeschaut und postwendend zu eigen gemacht, nicht aber die von der Belegschaft vorgetragenen wirtschaftlichen Fakten einer Würdigung unterzogen“, schreiben die Frauen der Solidaritätsgruppe „Frauen für Videocolor“ in einem Brief an Ministerpräsident Späth und versichern ihr Verständnis dafür, „daß Sie (Späth) weit Besseres zu tun haben, als sich intensiv um die Erhaltung von Arbeits-

plätzen im fernen Ulm zu kümmern. Schließlich sind Chinareisen ja auch weit wichtiger.“

Weiter heißt es: „Natürlich war es für Sie einfacher, wohl auch billiger, den Arbeitern und Angestellten von Videocolor ihre Bereitschaft zum Kampf um den Erhalt der Arbeitsplätze mit ein paar Millionen mehr über den Sozialplan abzukaufen. Das ist wahre Fürsorge eines Landesvaters! Besonders stark spüren diese Fürsorge unsere ausländischen Kolleginnen und Kollegen. Nachdem sie durchschnittlich 15 Jahre ... die mieseste Arbeit verrichten durften, sollen sie nun ohne Zukunftsperspektiven in ihre Heimat zurück. Dafür haben Sie als Landesvater ausreichend Sorge getragen.“

Warnstreiks im KFZ-Handwerk

Essen. Trotz zum Teil massiver Drohungen der Kapitalisten folgten mehrere tausend Beschäftigte des Kfz-Handwerks Nordrhein-Westfalen dem Aufruf der IG Metall zu Warnstreiks am 3.3. In mehreren Städten, wie in Essen und Oberhausen, fanden Kundgebungen statt. Die IG Metall fordert eine Lohnerhöhung von 6,7%, für Auszubildende 30 DM mehr. Doch trotz der Demonstration von Kampfbereitschaft auch in diesem Bereich boten die Kapitalisten in der fünften Verhandlungsrunde – ebenfalls am 3.3. – mit 4,0% erneut weniger, als in Rheinland-Pfalz bereits abgeschlossen wurde. Der Abschluß dort beträgt 4,4%. Die IGM verwahrt sich in ihrer Propaganda dagegen, daß die Kapitalisten NRW zum „Billiglohn-Ländle“ machen.



Montedison, der größte Chemiekonzern Italiens, hat Ende Februar 1800 Arbeitern von drei Werken die Kündigung geschickt. In Priolo/Sizilien wurden weitere 450 Arbeiter auf Kurzarbeit gesetzt. Noch im Februar 1981 hatte der Konzern Gewerkschaften und Regierung zugesagt, nicht zu entlassen; fast 1 Mrd. DM aus der Steuer hat er unter dieser Voraussetzung kassiert. Jetzt will das kürzlich – mit Mitteln der staatlichen Banken – „privatisierte“ Monopol unrentable Petrochemiewerke stilllegen oder teuer an den staatlichen Ölkonzern ENI abstoßen. In mehreren Gegenden Süditaliens ist die Petrochemie der wichtigste Industriezweig. Gegen die Entlassungen streikten am 24.2. die 20000 Lohnabhängigen der Petrochemie, am 6.3. alle Chemiearbeiter. Über 60000 demonstrierten in Rom. Die Gewerkschaften fordern Rücknahme der Entlassungen und von der Regierung Aufstellung eines Entwicklungsplanes für die Chemieindustrie.

MAN AG

An CNC-Maschinen: Schicht und Mehrmaschinenbedienung

München. In der mechanischen Fertigung des LKW-Werks der MAN in München ist inzwischen die Ersetzung des Werkzeugmaschinenparks durch CNC-Maschinen weitgehend abgeschlossen. Bei den Produktionsvorgängen, die gleichbleibend verlaufen wie z.B. die Bearbeitung von Achsen – Drehen, Fräsen, Bohren – wurden riesige Bearbeitungszentren installiert, die mehrere Bearbeitungsgänge einschließlich der dazwischenliegenden Transporte integrieren. Aber auch dort, wo verschiedene Einzelteile in mittleren und kleinen Serien gefertigt werden, wurden die zum Teil bis zu zwanzig Jahre alten Dreh-, Fräsmaschinen u.ä. durch programmierbare Werkzeugmaschinen ersetzt.

Bei Einführung dieser CNC-Maschinerie gab es bislang vor allem Auseinandersetzungen um die Lohnhöhe. Die Vorgabezeiten waren so, daß eine höhere Akkordabrechnung als 85 Minuten nicht möglich war. An herkömmlichen Werkzeugmaschinen kann der Dreher durch „Gefühl“, das heißt individuelle Geschicklichkeit und Erfahrung, die eigentliche Bearbeitungszeit selbst stark beeinflussen, indem er z.B. die Schnittgeschwindigkeit bis an die technisch gerade noch mögliche Grenze erhöht. An den CNC-Maschinen ist die Bearbeitungsgeschwindigkeit in Abhängigkeit vom Werkzeug und Werkstoff vorprogrammiert. Zeit kann der Dreher daher nur einsparen beim Einrichten der Maschine, d.h. bei Werkzeugwechsel und Materialnachschub.

Der Betriebsrat hatte deshalb für die Beschäftigten an den CNC-Maschinen gefordert, statt Akkord- eine Form der Prämienentlohnung einzuführen. Er stützte sich dabei auf den Manteltarifvertrag, der Akkordentlohnung bei einer Leistungsbegrenzung nach oben ausschließt. Die MAN AG lehnte diese Forderung aus „grundsätzlichen Erwägungen“ ab; als Kompromiß zeichnet sich jetzt ab, daß die Akkordsätze so angehoben werden, daß eine Abrechnung von 90 Minuten möglich wird.

Darüber hinaus mußte sich der Betriebsrat damit befassen, daß eine Reihe von Drehern und Fräsern mit Einführung der neuen Maschinen überflüssig gemacht wurde. Arbeiter, die gekündigt hatten, wurden nicht ersetzt, andere sind an Montagebänder versetzt worden. Im MAN-Werk Augsburg, wo im vergangenen Jahr im Druckmaschinenbau 22 CNC-Anlagen beschafft wurden, setzte die Betriebs-

leitung mit der Begründung, „diese Maschinen der neuen Generation einer optimalen Nutzung zuzuführen“, Zweischichtbetrieb durch.

Die Änderungen bei Arbeitsinhalt und Arbeitspensum an diesen neuen Anlagen stellen der Belegschaft und dem Betriebsrat neue Aufgaben, um einen ruinösen Verschleiß der Arbeitskraft zu verhindern. Die Kapitalisten sagen: „Die hochentwickelte CNC-Werkzeugmaschine hat wegen ihrer hohen Anschaffungskosten im Vergleich zur herkömmlichen Werkzeugmaschine einen wesentlich höheren Stundensatz“ (MAN-Werkszeitung 11/81). Und sie fordern deshalb eine Verkürzung der Stillstandszeiten dieser Anlagen. Die Maschinen stehen zum einen während des Werkzeugwechsels und des Einrichtens, zum anderen während der Erststückkontrolle, die vor allem an den Bearbeitungszentren, wo mehrere Arbeitsvorgänge ablaufen, längere Zeit beanspruchen kann.

Die Rüstzeiten an den Maschinen selbst werden verkürzt, indem in gesonderten Abteilungen die Werkzeuge voreingestellt werden und die Steuerprogramme, Vorrichtungen usw. auf Abruf an die vorgesehene Maschine gebracht werden. Im Werk Augsburg wurden mehrere elektronische Werkzeug-Voreinstellgeräte installiert. Schnittwinkel z.B. und andere Werkzeugdaten werden an diesen Maschinen elektronisch vermessen, auf einem Protokoll ausgedruckt und können dann bei der Programmierung der CNC-Maschine ohne längere Einstell- und Meßvorgänge sofort eingegeben werden. Die Werkszeitung schrieb da-



Voreinstellung von Werkzeugen für CNC-Maschinen im Werk Augsburg.

zu: „... erhöht die Produktivität der CNC-Werkzeugmaschinen bei der Fertigung von kleinen und mittleren Losgrößen erheblich“ – es wird nämlich auch bei kleinen Stückzahlen Mehrmaschinenbedienung möglich. Der Arbeitsinhalt des Drehers hat sich verringert und zugleich ist das Arbeitstempo erhöht. Vor allem die nervliche Belastung wächst. Auch verschiedene Nebentätigkeiten, die bislang oft von den Drehern selbst erledigt wurden wie z.B. Nachschleifen der Werkzeuge oder nur der Gang zur Werkzeugausgabe, entfallen. Die Tätigkeit in der Voreinstellung ist zum Teil angelernte.

Zur Verkürzung der Stillstandszeiten der Bearbeitungsmaschinen während der Erststückkontrolle wurde bei MAN-ROLAND in Augsburg im vergangenen Jahr eine 3-Koordinaten-Werkstattmeßmaschine, die ebenfalls CNC-gesteuert ist, in Betrieb genommen. Der Meßablauf läßt sich anhand der Werkstückzeichnung am Schreibfisch programmieren und speichern. Das Werkzeug wird dann rechnergesteuert vermessen. Zusätzlich steht ein sogenanntes Lernprogramm zur Verfügung, bei dem während der manuellen Vermessung des ersten Werkstückes nebenbei programmiert wird. Bei späteren Messungen des gleichen Teils besteht dann die Möglichkeit, dieses Programm abzurufen und die Teile CNC-gesteuert zu vermessen. Zugleich entfällt das Schreiben der Meßprotokolle; sie werden vom Rechner mit eventueller Zeichnung gleich ausgedruckt. Bei weiterer Entwicklung besteht auch hier die Möglichkeit für die Kapitalisten, komplizierte Facharbeitertätigkeit durch angelernte Arbeit zu ersetzen.

Justizministerium Ba-Wü Eyrichs Antwort zum Amnestieantrag

Justizminister Eyrich (CDU) hat im Einvernehmen mit dem Ministerium für Wissenschaft und Kunst Baden-Württemberg zum Antrag der GRÜNEN „Amnestie im Bereich der Heidelberger Justiz“ ein Antwortschreiben an den Landtagspräsidenten verfaßt. Die Abgeordneten der GRÜNEN stellten Ende November den Amnestieantrag, der sich wie folgt gliedert: a) Amnestie für sämtliche rechtskräftig abgeschlossenen Strafverfahren gegen Studenten der Uni Heidelberg (450 Strafverfahren gegen 135 Studenten) einschließlich der Verurteilung von RA Härdle und b) Einstellung der strafrechtlichen Verfolgung bei noch nicht abgeschlossenen Verfahren. Der angekündigte „Generalamnestieantrag“ der SPD steht immer noch aus.

Dominant an der ganzen Ablehnungsbegründung ist aber die fehlende rechtliche Möglichkeit, die aber nicht so sehr aus dem Grund herrührt, daß die Landesregierung nicht zuständig sei, sondern wegen „allgemeinen rechtspolitischen Aspekten“: „Von der Möglichkeit zum Erlaß von Amnestiegesetzen ist in der BRD mit Recht bisher nur sparsam Gebrauch gemacht worden, weil die gleichförmige und nachhaltige Durchsetzung des Straf-

Der Antrag der GRÜNEN ist in den Ausschuß vertagt worden, die Unterschriftensammlung der ASten für den Amnestieantrag soll bei der Behandlung im Ausschuß übergeben werden.

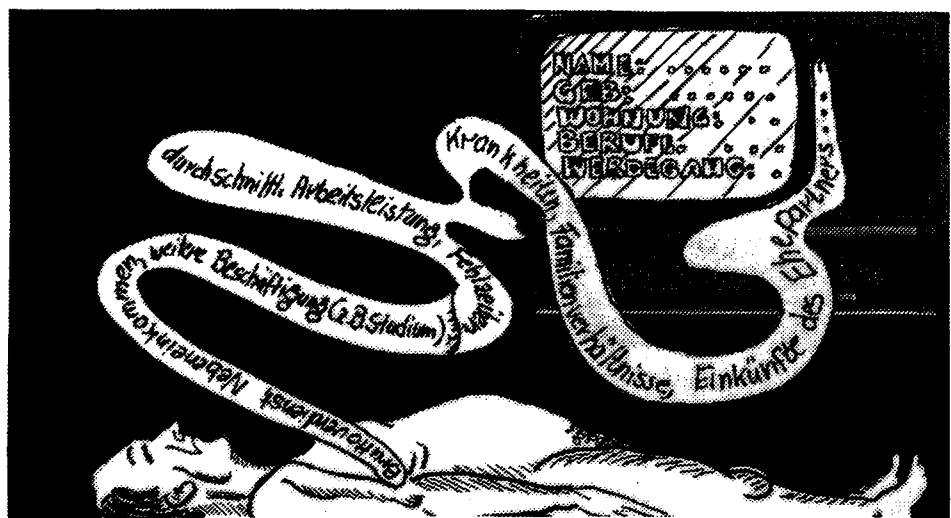
Kilian, Professor an der Universität Hannover, stellt in einer Untersuchung „Personalinformationssysteme in deutschen Großunternehmen“ die Ziele fest, die mit den Systemen u.a. verfolgt werden: Rationalisierung des Arbeitsablaufs im Personalbereich, Verbesserung der Entscheidungsbasis (Aktualität, schnellere Verfügbarkeit, Umfassenheit), Verbesserung der Personalbedarfsplanung und -beschaffung, des Personaleinsatzes und der -„freisetzung“, Entlastung von Routinearbeiten und entsprechender Personalabbau.

Die Ziele, die der Kanzler der Universität Bielefeld mit der Einführung des PVS II verfolgt, scheinen gänzlich andere zu sein. Da war die geradezu alberne Rede von leichter Erzielung des Telefonverzeichnisses oder der Wählerverzeichnisse, woran die Personalräte doch wohl auch ein Interesse hätten. Und überhaupt wisse er ja noch gar nicht, welche Aufgaben die Verwaltung mit dem PVS erledigen solle und werde. An eine Ausweitung zu einem Personalinformationssystem sei überhaupt nicht gedacht. Gleichwohl konnte der Kanzler nicht verhin-

„Die Hochschulverwaltung und das Rektorat sollen das geplante Personalverwaltungssystem (HIS PVS) nicht einführen und sämtliche Vorbereitungen zur Einführung einstellen! Die Personalvertretungen sollen die schutzwürdigen Interessen der an der Uni Beschäftigten umfassend wahrnehmen und das PVS ablehnen!“ Das beschlossen ca. 400 nichtwissenschaftliche und wissenschaftliche Beschäftigte der Universität Bielefeld auf einer gemeinsamen Personalversammlung am 15.2. Wogegen wehren sich die Beschäftigten und wie kam es zu der schroffen Ablehnung des PVS?

Perspektive angesichts der auch in den nächsten Jahren beabsichtigten Stellenstreichungen im öffentlichen Dienst. Wozu die Verwaltung derzeit mehrere Wochen braucht — etwa zur Erfassung sämtlicher Fehlzeiten innerhalb eines Jahres, wie von der nordrhein-westfälischen Landesregierung zum Zwecke der Personalbedarfsberechnung angeordnet —, schafft sie mit dem PVS in Windeseile.

In diesem System können bis zu 300 Einzeldaten pro Beschäftigtem gespeichert werden. Wem das für die Arbeit



PVS-Zukunft – der gläserne Angestellte

dern, daß sein Personaldezernent in einer offensichtlich schwachen Stunde laut über die Möglichkeit der Ausweitung nachdachte. Der Kanzler weiter: Man müsse zunächst einmal die ca. 100 zu speichernden Daten festlegen, über die er die Personalräte voraussichtlich Ende März eingehend informieren wolle. Ende April will er dann eine Veranstaltung mit allen Beschäftigten der Universität zwecks Einzeldatendiskussion einberufen. Deswegen sei es absolut nicht nötig, vorher eine Personalversammlung durchzuführen, wohlwissend, daß er sie nicht verhindern kann. So zogen es die Personalräte dann auch vor, die von ihnen vertretenen Beschäftigten frühzeitig und umfassend über das PVS und seine Anwendungsmöglichkeiten zu informieren. Die ÖTV-Betriebsgruppe wird die Veranstaltung des Kanzlers würdig mit einigen Flugschriften über Personalverwaltungs- und -informationssysteme vorbereiten.

Tarifikampf Banken TG I streichen und früher ins Endgehalt

Die Tarifverhandlungen zwischen den Gewerkschaften HBV und DAG auf der einen, den Privaten Banken und der Tarifgemeinschaft Öffentlicher Banken auf der anderen Seite sind am 5. März ohne Ergebnis verlaufen. Die DAG fordert 6,0%, die HBV 6,5%. Darüber hinaus enthält die HBV-Forderung mit der Streichung der Tarifgruppe I und der Verkürzung der Berufsjahrestaffel in den Tarifgruppen II-V zwei wichtige Haltepunkte, deren Durchsetzung ca. 22% der in den unteren Tarifgruppen Beschäftigten dieses und/oder nächstes Jahr eine Ge-

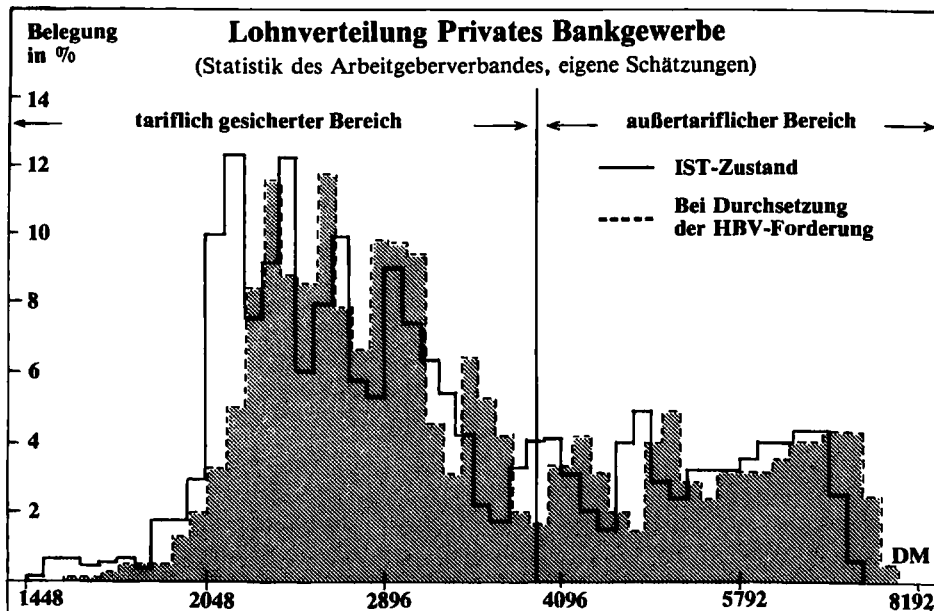
haltssteigerung über der Inflationsrate bringen könnte.

Die Nützlichkeit dieser Forderungen für die Einheit der gesamten Bankbelegschaften ersieht man aus nebenstehendem Schaubild, dem Zahlen über 190000 Beschäftigte der Privatbanken zugrundeliegen. Die breit geklüftete Verteilung der Beschäftigten würde in den unteren Lohnklassen kräftig nach oben hin zusammengeschoben.

Gleichzeitig ist ein weiteres langfristiges tarifpolitisches Problem der Gewerkschaft HBV im Bankbereich erkennbar. Der Anteil der Angestellten oberhalb des tariflich gesicherten Gehaltsbereiches bewegt sich auf die 30 Prozent hin. Neueinstellungen vor allem im EDV-Bereich für geplante Rationalisierungen lassen diesen Bereich vorerst noch weiterwachsen. Ohne Durchsetzung von ein oder zwei Tarifgruppen über der bisherigen Gehaltskala sind diese Teile nicht für gewerkschaftliche Organisation zu gewinnen.

Die sonstigen Forderungen der HBV – Einstieg ins Urlaubsgeld, tarifliche Absicherung betrieblicher Sonderzahlungen, 6 Wochen Urlaub für alle Bankangestellten, zwei Jahre vorgezogene Pensionierung, mehr Freischichten in Schicht- und Nacharbeit – werden im „Volumen“ von der Tarifkommission mit 1% beziffert. Die HBV-Gewerkschafter (Organisationsgrad ca. 16%) haben letztes Jahr bewiesen, daß sie zu Warnstreiks insbesondere in technischen Bereichen fähig sind. Warum sollten die Operator keine Freischichten durchsetzen?

Die HBV-Tarifkommission sieht sich durch den letztes Jahr gescheiterten Versuch, die Mitgliedschaft zu einer Revision des einseitigen 4,8%-Abschlusses der DAG zu mobilisieren, unter einem „Abschlußzwang“. Wichtige tarifpolitische Ziele sollten dafür aber nicht geopfert werden.



Siemens AG Der arbeitsmarkt- politische Beitrag

München. Der Siemens-Konzern wütet mit seinen Rationalisierungs- und Schließungsplänen nicht nur in den Stammwerken, sondern verstärkt in den ländlichen Gegenden. Zug um Zug wird die Planziffer von 20000 Entlassungen im Geschäftsjahr 1981/82 weiter erhöht. Jüngste Entscheidung des Vorstands der Siemens AG: Bis 1983 soll schrittweise die Duroplast-Fertigung im fränkischen Redwitz stillgelegt werden. Davon sind nach Angaben der Siemens AG zunächst 300 Beschäftigte betroffen. In diesem Arbeitsamtsbezirk liegt die Arbeitslosenquote bei über 13%. Der Konzern hatte zunächst zugesagt, die Entlassungen durch Ausweitung der Fertigung im Bereich Thermoplaste im Nachbarwerk Rodach zu „kompensieren“. „Bei realistischer Einschätzung der derzeitigen wirtschaftlichen Lage ist dies nicht mehr möglich“, erklärt die Siemens AG. Der erste Bevollmächtigte der IG Metall: „Erst hat Siemens Grenzlandhilfe in Millionenhöhe kassiert und ließ sich als Arbeitsplatzbeschaffer feiern. Nun geht die Auftragslage zurück und der betroffene Werksteil wird umgehend und ohne menschliche Rücksichtnahme geschlossen.“

Kaum war bekannt, daß die Planzahl der „Freisetzungen“ im Münchner Bauelementewerk von 700 auf 800 erhöht wurde (über 12%), wird schon vage und unbestimmt über die Schließung der Werke Regensburg und Neustadt/Kelheim geredet.

Die Siemens-Kapitalisten haben zum Jahreswechsel unter Umgehung des Betriebsrates den Bereich Solarfertigung von Regensburg nach München verlagert. Seit 1970 haben die Siemens-Kapitalisten durch Produktionsverlagerungen ins Ausland bereits 2000 Arbeitsplätze vernichtet. Der Betriebsrat befürchtet eine völlige Schließung des Werkes und die Entlassung der restlichen 2170 Beschäftigten. Im Siemenswerk Neustadt sind seit November 1981 60 Beschäftigte entlassen worden. Die Schließung steht trotz Dementis der Werksleitung inzwischen fest. Dadurch würde die Arbeitslosenquote von 10 auf 14% ansteigen. Die meisten Beschäftigten sind Frauen in den unteren Lohngruppen. Betriebsrat und IG Metall haben gegen diese Pläne in Neuburg 10000 Unterschriften gesammelt. Die für beide Werke zuständige IG Metall Regensburg bereitet derzeit Großaktionen zum Erhalt der Arbeitsplätze vor.

Neofaschistische Hetze und staatliche Angriffe gegen Ausländer

Schleswig-Holstein. Am 27.2.82 fand in Kiel eine Demonstration gegen die Ausländerfeindlichkeit statt, an der ca. 1000 Personen teilnahmen, überwiegend Deutsche. Die Demonstration, die von einer Aktionseinheit aus über dreißig Organisationen unterstützt wurde, richtete sich besonders gegen die neofaschistische „Kieler Liste für Ausländerbegrenzung“ (KLA), die zu den Kommunalwahlen kandidiert, sowie gegen die gegenwärtigen staatlichen Maßnahmen gegen Ausländer und Asylbewerber. Konkrete Forderungen waren u.a.:

- Uneingeschränkter Nachzug von Ehegatten und Kindern von Ausländern!
- Aufhebung der Studienbeschränkungen für Ausländer!
- Freie politische Betätigung von Ausländern in der Bundesrepublik!
- Keine weitere Aushöhlung des Asylrechts! Aufhebung des Arbeitsverbotes für Asylbewerber! Keine Sammellager und Zwangsarbeit für Asylbewerber!

Die „Kieler Liste für Ausländerbegrenzung“ geht davon aus, daß die Deutschen aufgrund des verlorenen Weltkrieges ein Volk ohne Raum seien, das sich vor Überfremdung schützen

in Anspruch nehmen dürfen. In den Schulen soll eine Apartheitspolitik betrieben werden durch die Einrichtung von nach Nationalitäten getrennten Klassen – die Kosten soll die jeweilige Ausländergruppe oder der Heimatstaat tragen.

Alle Asylbewerber sollen in Lager gesteckt werden, sie sollen kein Geld, sondern nur Naturalien erhalten. Scheinheilig wird dieses Programm „jedem seine Heimat“ noch damit begründet, daß so „die Entwurzelung fremder Völkerschaften“ zum Nutzen der Ausländer verhindert werde.

Gegenüber diesen Neonazis grenzen sich die staatstragenden Parteien im Wahlkampf lautstark ab. RCDS und „Studenten für das Grundgesetz“ verteilten Flugblätter gegen die „KLA“. In einer Entschließung verurteilte der schleswig-holsteinische Landtag die wachsende Ausländerfeindlichkeit und grenzte sich von den schulpolitischen Vorstellungen der „KLA“ ab.

In diesem Zusammenhang mußte sich der Landtag auch dafür aussprechen, daß Hilfen zum Nachholen von Schulabschlüssen für Ausländer zu fördern sind. Eine Initiative der SPD fordert schließlich das Verbot der

Wohnungen der Stadt nicht an Ausländer

Stuttgart. Die Ministerpräsidenten der Länder berieten am 4. März über einen Vorschlag der Landesregierung Baden-Württembergs zur Ausländerpolitik, der vorsieht, daß nur noch Kinder bis 14 Jahre zu ihren Eltern in die BRD ziehen dürfen, und dies vom Nachweis einer bestimmten Mindestgröße des Familienwohnraums abhängig macht. Im Oktober 1981 hatte OB Rommel erklärt, er teile die Bedenken des DGB gegen diesen kurz zuvor beschlossenen Vorstoß der Landesregierung, aber eine Einschränkung des Ausländerzuzugs sei notwendig.

Wie diese Einschränkung aussehen soll, hat vor kurzem der Stuttgarter Wirtschaftsbürgermeister Buch gegenüber dem Wohnungsausschuß dargelegt: An Ausländer, die keine Arbeitserlaubnis haben, arbeitslos oder von Arbeitslosigkeit bedroht (!) sind oder die ihre Familien nach Inkrafttreten des Anwerbestopps nach Stuttgart geholt haben (d.h. nach dem 1.1.1980), sollen künftig keine städtischen Wohnungen mehr vermietet werden. „Damit soll vor allem der Zuzug der erwachsenen Kinder im Rahmen der Gesetze gebremst werden,“ erklärte Buch.

Nach einer Schätzung der Projektgruppe „Ausländer-Bericht“ der Stadt Stuttgart lebten 1976 75% der Ausländer in privaten Wohnungen, die mit 1,2 Personen pro Raum deutlich überdurchschnittlich belegt sind. Die von Bürgermeister Buch beabsichtigten Maßnahmen würden einen großen Teil der restlichen 25% betreffen, weil die Arbeitslosigkeit unter den Ausländern mit 5% über dem Durchschnitt von 3,5% in Stuttgart liegt. Gerade die Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger sind wegen ihres noch niedrigeren Einkommens als sonst bei Ausländern auf Sozialhilfewohnungen angewiesen.

Eine weitere Entwicklung, die Rommel, Buch und die Landesregierung wohl im Auge haben, ist die rückläufige Erwerbstätigkeit bei jungen Ausländern: Während 1970 noch 88% der 15–20jährigen arbeiteten, sind es 1980 nur 54%, was auch mit längeren Ausbildungszeiten zusammenhängt.

Der Wohnungsausschuß wollte das Papier in dieser Form nicht akzeptieren, jedoch ist man sich in der Stadtverwaltung einig, daß etwas passieren müsse, um den Ausländerzuzug zu bremsen.



müsse. Die Ausländer müssen als Sündenböcke für alle Übel der kapitalistischen Gesellschaft herhalten. Die „KLA“ fordert u.a.: Ausländer dürfen sich nur kurzfristig als Einzelpersonen zum Arbeiten hier aufhalten, Familiennachzug muß ausgeschlossen sein. Die Ausländer sollen zwar Steuern und Sozialversicherungsbeiträge zahlen, aber keinerlei Sozialleistungen

„KLA“, nachdem die SPD jedoch im Wahlausschuß die Kandidatur der „KLA“ nicht verhindern wollte.

Gruppen wie die „KLA“ dienen gleichzeitig als Vorwand für weitere Verschärfungen der Ausländerpolitik. So forderte Bundesinnenminister Baum in der Bundestagsdebatte am 4.2.82 die Verabschiedung verschärfter Ausländergesetze, um so „der neu auf-

keimenden Ausländerfeindlichkeit“ zu begegnen. Insgesamt wird versucht, davon abzulenken, daß das Programm der „KLA“ nur die Speerspitze der staatlichen Angriffe gegen die Ausländer darstellt.

In den letzten Monaten haben erhebliche Verschärfungen gegen Ausländer in Schleswig-Holstein stattgefunden. Als eines der ersten Bundesländer verabschiedete die Landesregierung Erlasse gegen den Familiennachzug von Ausländern. Der Verabschiedung entsprechender geplanter Bundesgesetze sollen so die Weichen gestellt werden.

In Kiel wurde jetzt für Asylbewerber Zwangsarbeit eingeführt. Für sechs bis acht Stunden tägliche körperliche Arbeit erhalten Asylbewerber monatlich 83 DM neben der Sozialhilfe sowie einen Warengutschein über 100 DM. Bei Arbeitsverweigerung wird noch die karge Sozialhilfe gekürzt. Begründet wird diese Maßnahme damit, daß aufgrund des zweijährigen Arbeitsverbotes die Asylbewerber dem Staat auf der Tasche liegen und ohne Beschäftigung ver lumpen. Ferner wird darauf verwiesen, daß es ja auch deutsche Arbeiter gäbe, die Niedrigstlöhne erhalten.

In Kiel sind Asylantenwohnheime eingerichtet worden. Ein polizeilich geräumtes ehemals besetztes Haus wurde mit Asylbewerbern aufgefüllt, für die nur Bettstellen zur Verfügung stehen. In diesen Wohnheimen soll Gemeinschaftsverpflegung – deutsches Essen – eingeführt werden.

Bereits jetzt werden in mehreren Lagern Schleswig-Holsteins den Asylbewerbern nur Naturalien und 45 DM Taschengeld monatlich gegeben. Die Möglichkeit, anwaltliche Hilfe für das Asylverfahren in Anspruch zu nehmen, entfällt damit ebenso wie jegliche Bewegungsfreiheit der Asylbewerber. Weitere Lager sind in der Planung, so z.B. im Kreis Steinburg das ehemalige Landesjugendheim Oelixdorf. Es ist mit Mauern und Stacheldraht umzäunt.

Neu ist ebenfalls die Einführung von Lebensmittelgutscheinen für Asylbewerber. Der Zwang, damit einzukaufen, kommt der Einführung des Judensterkes gleich. Durch das umständliche Gutscheinsystem – es werden sechs Gutscheine zu je 30 DM ausgegeben, die auch nicht alle Geschäfte akzeptieren – erhöhen sich die Reproduktionskosten der Asylbewerber erheblich; die Freizügigkeit ist eingeschränkt.

In Kiel leisten die ghanaischen Asylbewerber praktischen Widerstand: eine Woche haben sie geschlossen die

Zwangsarbeit bestreikt. Die Einführung der Gemeinschaftsverpflegung konnte zunächst mit der Drohung eines Hungerstreiks zurückgekömpft werden.

Da die staatliche Ausländerpolitik bundesweit bekämpft werden muß, haben Anfang des Jahres verschiedene Initiativen zur Herstellung einer bundesweiten Koordinierung in diesen Fragen stattgefunden. Im Juni soll voraussichtlich ein Bundeskongreß aller in der Ausländerpolitik tätigen Initiativen stattfinden, später eventuell eine bundesweite Demonstration.

Westberlin CDU-Senat läßt Asylanten zwangsarbeiten

Westberlin. 200 Asylanten erhielten Ende Februar einen Brief des Senats mit der Aufforderung zum Granulatfgeeinsatz ab dem 1. März: „Nach § 19 des Bundessozialhilfegesetzes sollen für Hilfesuchende, die keine Arbeit finden können, Arbeitsgelegenheiten geschaffen werden ...“ Den rund 100 Asylanten, die dieser Aufforderung nicht nachkamen, streicht der CDU-Senat das monatliche Taschengeld von 45 bzw. 50 DM, wenn er ihnen nicht gar mit Ausweisung droht, weil sie sich rechtswidrig verhalten haben. Wieviele nach dem 1.3. außer den 200 zusätzlich Briefe bekamen, ist nicht bekannt. Sicher ist, daß weitere 350 Asylanten demnächst für Reinigungsarbeiten in U-Bahnhöfen, Parks und Gärten verpflichtet werden.

Die Asylanten sind auf Sozialhilfe angewiesen, denn sie haben ein 2jähriges Arbeitsverbot in Westberlin. Ihr Leben ist schlecht. Meist sind sie in Wohnheimen untergebracht, 300 bis 500 Mann hoch z.T.; Sammelager mit Platz für 1000 werden eingerichtet. Dort wird ihnen meist das Essen zuge teilt, sie haben keinen Einfluß auf Art und Menge.

45 DM Taschengeld, Gutscheine im Werte von 190 DM erhalten diejenigen mit Heimunterbringung. Das reicht nicht für das Nötigste, Rechtsanwaltskosten für das Asylverfahren, daran ist gar nicht zu denken. Sie haben oft keine warme Kleidung, kein festes Schuhzeug. So müssen die Arbeitsverpflichteten jetzt draußen arbeiten, Anfang März, und es regnet.

Tonnenweise ließ der Senat das schwarze Granulat anstelle von Salz auf die Straßen werfen. Alle Straßen und Gehwege waren verdreckt, wer von draußen in die Wohnung kam, die Schuhe nicht gleich auszog, hinterließ überall schwarze Abdrücke. Den ganzen Winter hat sich Springer in der



„Bild“-Propaganda: Granulat macht Stadtreiniger krank – Asylanten müssen Granulat fegen.

„Bild-Zeitung“ als Fürsprecher der Autofahrer aufgespielt, die in der Tat Reinigungs- und Verdreckungsschwierigkeiten mit ihren Autos hatten. Dann endlich, am 20.2., Bildschlagzeile 14,5 cm hoch: „Nächste Woche: Asylanten sollen Granulat fegen.“

Weil die Asylanten Sozialhilfeempfänger sind, soll das laut CDU Zwangsarbeit rechtfertigen. Warum wird nicht das Arbeitsverbot aufgehoben? Zudem ist dies der erste Schritt, alle Sozialhilfeempfänger – und das sind ohne Ausländer ca. 70 auf 1000 Einwohner – zwangsarbeiten zu lassen. Das Bezirksamt Wedding hat bekanntgegeben, daß es seit Jahresbeginn auch Westberliner Sozialhilfeempfänger zwangsverpflichtet.

Münchner Zeitungsverlag 300 Entlassungen geplant

München. 300 Entlassungen will der neue Besitzer des Münchner Zeitungsverlages, Dr. Ippen, bis Ende März durchsetzen. Erst zum 1. Februar war der Besitzwechsel (Springer war vorher mit 24,9% beteiligt) vollzogen worden. Schon während der Verkaufsverhandlungen war gerüchteweise von 300 Entlassungen die Rede gewesen, in seiner Antrittsrede hatte Ippen noch demen tiert. Aber nicht nur ein rundes Viertel der 1300 Beschäftigten sollen ent lassen werden, gleichzeitig greift Ippen zahlreiche bestehende Betriebsvereinbarungen an, z.B. über garantierte Urlaubszeiten im Jahr, die Frühstückspause, die begonnene Fotosatzausbildung. Facharbeiter sollen künftig auch Fachhilfstätigkeiten durchführen, was

Abbau von Zulagen bedeutet. Den Betriebsrat bezeichnete er als „Fessel“ für die Entwicklung des Betriebs und macht ihn verantwortlich für die roten Zahlen. Mit seinem umfassenden Angriff auf die Belegschaft will Ippen „bis zum Sommer in die Gewinnzone“ kommen.

Schon wurde auf der Betriebsversammlung des Süddeutschen Verlages verkündet, „die Veränderungen auf dem Münchner Zeitungsmarkt werden nicht ohne Auswirkungen auf unsere Häuser bleiben“. Eine konzertierte Rationalisierungsaktion der großen Münchner Zeitungshäuser wird vermutet, insbesondere, weil der Süddeutsche Verlag ein Druckzentrum plant, dessen Kapazitäten wohl weit größer als nur der eigene Bedarf sein werden.

Der Vertrauensleute-Körper des MZV hat eine Unterschriftensammlung gegen die Entlassungspläne gemacht, rund 400 Kollegen haben binnen eines Tages unterschrieben. Der Betriebsrat steht auf dem Standpunkt, daß über Entlassungen nicht verhandelt wird und hat auch den bisher vorliegenden 17 Fällen seine Zustimmung verweigert. Dr. Ippen hingegen macht Druck, um zur Betriebsversammlung am 9.3. schon möglichst weitgehende Festlegungen zu erreichen. Der Landesvorstand der IG Druck, der Deutsche Journalisten-Verband und die DJU haben sich in Erklärungen gegen die Entlassungsabsichten Ippens gewandt. Angehörige der Beschäftigten mit ihren Kindern haben bereits eine Flugblattaktion vor dem Betrieb durchgeführt.

Der Ortsvorstand der IG Druck und Papier hat beschlossen, eine Unterschriftensammlung in den örtlichen Betrieben sowie am Donnerstag, den 11. März, eine Protestversammlung am DGB-Haus mit anschließender Demonstration zum Münchner Zeitungsverlag durchzuführen.

Truppenübungsplatz Kampf gegen Platzerweiterung

Ulm. 1976 begann die Bundeswehr ein Verfahren zur 8. Erweiterung des 328 ha großen Truppenübungsplatzes bei Ulm um weitere 750 ha, eingeschlossen eine 15 m breite Panzerstraße mit sechs Anfahrten durch ein Naturschutzgebiet. Ziel: den Standort zum süddeutschen Panzerausbildungszentrum zu machen.

Durch den geschlossenen Widerstand von Bauern, Aktionsgemeinschaften, Naturschützern, Ortschaftsräten usw. hat die Bundeswehr ihre Raumansprüche auf 300 ha (1977) und dann auf 100 ha reduziert.

Auch dies bedeutete noch einen ungeheuren Lärm durch Panzer und Tiefflieger für vier angrenzende Dörfer – schon heute wird 300 m von einem Kindergarten und einer Schule entfernt geübt –, für das nahegelegene Krankenhaus und die Uni Ulm. 1980 hatte das Verteidigungsministerium erklärt, es sei keine Erhebung bekannt, aus der die Notwendigkeit von Lärmschutzmaßnahmen abzuleiten seien.

Vor allem aber würde fruchtbarstes von dem sowieso schon knappen Ackerland zerstört mit der Folge von Hofruinierungen. Von den 50 dort ansässigen Haupterwerbsbetrieben müßten 22 ein Drittel ihrer bebaubaren Fläche abgeben.

Der Druck der Bevölkerung zwang den Ulmer Gemeinderat im April 80 zu einer einstimmigen Resolution für eine Ablehnung der Erweiterungspläne, notfalls sollten rechtliche Maßnahmen ergriffen werden. Auch Staatssekretär Ludwig und CDU-MdB Werner zeigten sich auf der Seite der Bauern. Es war Wahlkampfzeit.

Die Bundeswehr drängt immer massiver auf ihren Kriegsübungsplatz. Vor einigen Wochen trat nun die CDU mit Alternativlösungen an die Öffentlichkeit. Am 17.2.82, dem Tag der Anhörung, demonstrierten ca. 50 Bauern vor dem Regierungspräsidium Tübingen und überreichten einen Protestbrief. Am 1. März empfahl MdB Werner vor den Mitgliedern des Bauernverbands Ulm, Realitäten anzuerkennen und Verhandlungen über Grundstücksentschädigungen einzuleiten. Am 3. März verabschiedete der Bauausschuß Ulm einen Kompromißvorschlag über einen Erweiterungsort an das Regierungspräsidium, der den Lärm „gerechter“ verteile, den besten Boden kostet und sich durch den grandiosen Vorteil auszeichnet, daß Panzerlärm dem schon existierenden Autobahnlärm „zugeordnet werden kann“.



Bauern demonstrieren bei einer Kundgebung von Verteidigungsminister Apel in Neu-Ulm während den Bundestagswahlen 1980.

Betriebsschließungen Lohnverzicht zur Firmenrettung?

Hannover. Mitte Januar 1982 hat die 450köpfige Belegschaft der Stahlbau-firma Louis Eilers Stahlbau GbmH & Co. auf Vorschlag ihres Betriebsrates auf einer Betriebsversammlung für die Dauer dieses Jahres auf die bevorstehende Lohnerhöhung verzichtet. Das Geld sollte den Kapitalisten in geeigneter Form zur Verfügung gestellt werden. Die Betriebsführung hatte zuvor eine Landesbürgschaft in Höhe von fünf Mio. DM zur Überwindung der bestehenden Zahlungsschwierigkeiten beantragt.

Der Betriebsrat hat, beraten von der IG Metall, am 5.3.82 – nachdem über den Bürgschaftsantrag noch nicht entschieden wurde und die Arbeiter erst jetzt den halben Januar- und den Februar-Lohn erhalten werden – erklärt, daß das Angebot der Belegschaft zunächst vom Tisch ist. Am 3.3. wurde beim Amtsgericht der Vergleich beantragt. Betriebsrat und IG Metall haben Lohn-Abtretungsverträge vorbereitet, die noch niemand unterzeichnet hat.

Letzteres ist neu. §4 Absatz 4 des Tarifvertragsgesetzes schließt nämlich den „Verzicht auf entstandene tarifliche Rechte“ durch einzelne Beschäftigte als unzulässig aus. Vertragspartner der Kapitalisten ist im Tarifrecht die Gewerkschaft und nicht der einzelne Arbeiter oder Angestellte.

Diese erkämpfte gesetzliche Schutzklausel für den einzelnen Arbeiter wurde in Niedersachsen z.B. Ende 1978 bei den Luther-Werken GmbH & Co. in Braunschweig durchbrochen. Damals hatte die Betriebsführung in Unterschriftenlisten von den 650 Arbeitern Verzichtserklärungen auf die Lohnerhöhung 1979 verlangt. Unter dem Druck, sonst überhaupt keinen Lohn mehr zu bekommen, unterschrieben viele Arbeiter und Angestellte. Der Betriebsrat stellte die Rechtswidrigkeit fest und warnte: „Lohn- und Gehaltsverzicht hat noch nie einen Arbeitsplatz gerettet.“ Die niedersächsische CDU-Landesregierung lohnte den Verzicht der Belegschaft und übernahm eine Bankbürgschaft von fünf Mio. DM für einen Kredit der Norddeutschen Landesbank. „Frau Minister Breuel betonte, erheblichen Einfluß auf diese positive Entscheidung habe der Beschluß der Belegschaftsversammlung gehabt, auf die vereinbarte Tarifierhöhung 1979 zu verzichten.“ (Presseerklärung der Staatskanzlei). Ein halbes Jahr später meldete Luther Konkurs an, die Lohnzahlungen wurden eingestellt und die Belegschaft arbeitslos.

Einflußnahme auf die Gestaltung eines Energieversorgungskonzeptes

Seit seiner Gründung im Oktober 1980 hat sich das Mannheimer Komitee gegen die Fahrpreis- und Gebührenerhöhungen die Erarbeitung von Ansätzen für ein „arbeitnehmer-orientiertes Versorgungskonzept“ zum Ziel gesetzt. In der Kritik der bestehenden Versorgungspolitik der Mannheimer Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft (MVV) hat es die Anforderungen der großen Industriebetriebe an die Mannheimer Energieversorgung und ihre Auswirkungen offengelegt. Die Debatte darüber läuft in den Gewerkschaften auch mit Hilfe einer jetzt erschienenen Informationsbroschüre des Komitees. Erstmals befaßte sich am 2. März eine DGB-Kreisdelegiertenkonferenz mit der Gebührenpolitik der MVV, jedoch ohne zu einer einheitlichen Auffassung zu gelangen. Vor der nächsten Tarifierhöhung der MVV (1.11.82) soll eine erneute Konferenz stattfinden, Notwendigkeit und Möglichkeit gewerkschaftlichen Widerstandes beraten werden.

Mehrmals haben auch Stadträte im Mannheimer Gemeinderat Forderungen des Komitees unterstützt: Walter Ebert (DKP) und Andreas Ahrens (GRÜNE) haben die geplanten Tarifierhöhungen jeweils abgelehnt. Die FDP-Stadträtin Nikitopoulos hat sich nicht in der Lage gesehen, aufgrund der vorhandenen Informationen zu entscheiden, einzelne SPD-Abgeordnete haben sich teilweise enthalten, einzelne SPD-Ortsvereine haben Aktionen des Komitees zumindest teilweise

unterstützt. Wir führten mit dem DKP-Stadtrat Walter Ebert ein Gespräch.

Was waren die Gründe, daß Du bisher jede Energie- und Nahverkehrs-Tarifierhöhung abgelehnt hast und im Gemeinderat dazu Anträge stelltest?

Wasser, Energie, Wärme, Nahverkehr usw. sind Grundvoraussetzungen für die Existenz modernen Lebens. Sie sind Lebensrecht. Und deshalb kann die Preisfestsetzung – genau wie übrigens bei Mieten und dem-Gesundheitsschutz – nicht dem kapitalistischen Profitprinzip, sondern muß dem Gemeinwohlprinzip unterworfen sein. Es ist eine kapitalistische Perversion, für den gesamten Dienstleistungsbereich, das Prinzip der Kostendeckung zu praktizieren oder wenigstens zur obersten Richtschnur des Handelns zu machen. Das in Ablehnungsanträgen immer wieder deutlich zu machen, war auch der Hauptgrund meiner stetigen Ablehnung von Tarif- und Gebührenerhöhungen. Es kommt aber noch hinzu, daß ich zustimmend zu Preisentwicklungen Kenntnis nehmen soll, über deren Entstehung ich nicht den geringsten Einblick im Sinne einer Kontrolle habe. Der ganze Gemeinderat ist dann eben ein Feigenblatt für Vorstand und Aufsichtsrat der MVV.

Bekanntlich beschließt der Mannheimer Gemeinderat seit 1974 nicht mehr über die Tarife der MVV. Wieso hast Du mehrmals beantragt, die Beschlußfassung darüber wieder vom MVV-

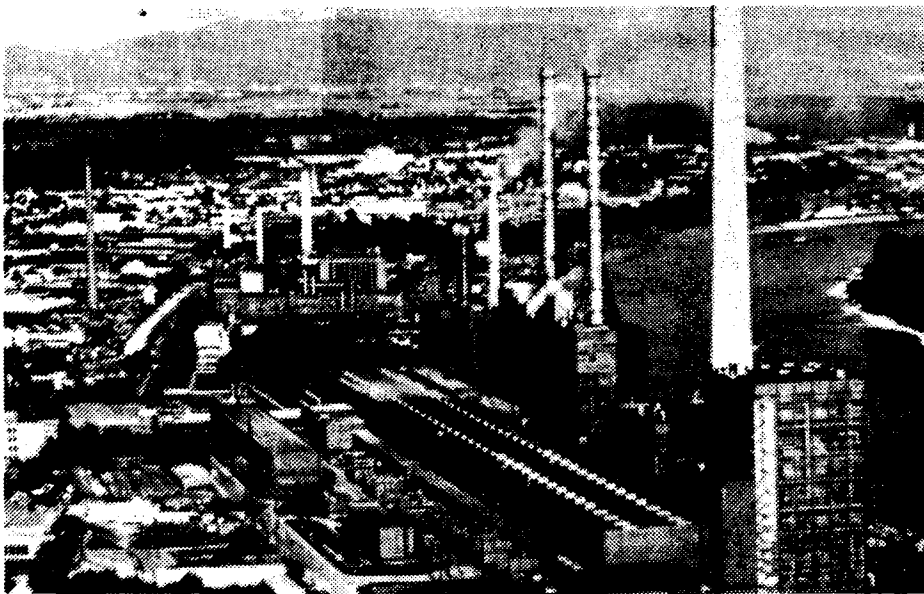
Aufsichtsrat in den Gemeinderat zurückzuholen?

Der Mannheimer Gemeinderat beschließt über den Haushalt die wesentlichsten Vorgänge im Bereich der MVV (Abführung der Konzessionsabgabe, Verlustabtragung, Grundkapital, Kapitalaufstockung, hier Bürgerschaftsgarantie für Kredite z.B.). Dazu kommt, daß der „Arbeitgeberanteil“ im Aufsichtsrat samt Aufsichtsratsvorsitzendem (Oberbürgermeister) – also die Mehrheit – vom Gemeinderat gewählt werden. Es wäre bei dieser Sachlage ganz normal, daß der Gemeinderat auch über die Gebühren und Tarife entscheiden würde, denn sie sind ja wesentlicher Teil der Gewinn- oder/und Verlustrechnung.

Die Gegenargumente sind dementsprechend sehr schwach. Angeblich soll durch die Rückholung der Entscheidung über Tarife und Gebühren in den Gemeinderat die Mitbestimmung der Arbeitnehmer eingeschränkt oder sogar aufgehoben werden. Die Hauptursache für die Ablehnung ist die gleiche wie die, die meiner Forderung nach Wiederfestlegung der Tarife im Gemeinderat zugrunde liegt. Ich will, daß über Tarife und Gebühren öffentlich beraten und beschlossen wird. Das u.a. ist im Gemeinderat gegeben. Die Gegner – von SPD bis zu den Freien Demokraten und CDU – wollen weiter in der Geheimsphäre des Aufsichtsrates die Tarifpolitik gestalten, um politische Bewegungen dagegen zu erschweren. Preiserhöhungen, die von einem öffentlich tagenden und beschließenden politischen Gremium festgelegt werden sollen, sind in jedem Fall schwerer durchzusetzen wie Preiserhöhungen, die aus schwer überprüfbaren und weitgehend anonymen Körperschaften heraus getroffen werden.

Die Energieversorgungskonzepte der örtlichen Energieversorgungsunternehmen werden weitgehend von den örtlichen Kapitalisten diktiert. Welche Möglichkeiten siehst Du für die Gewerkschaften, hierauf Einfluß zu nehmen und Ansätze für Konzepte im Interesse der Arbeiter und Angestellten durchzusetzen? Welche Aufgaben siehst Du dabei für Dich als Gemeinderat der DKP?

Der gewerkschaftliche Einfluß beginnt bei dem „imperativen Mandat“ der gewerkschaftlichen Vertreter im Aufsichtsrat. Sie müssen Weisungen der Mitglieder erhalten und Rechenschaft ablegen. Ihre Aufgabe besteht



Ca. 214000 Menschen sind in Mannheim beschäftigt, 48000 in Industriebetrieben mit mehr als 1000 Beschäftigten, vorwiegend Metall- und Chemiebetrieben. Die Anforderungen dieser Industriekapitale an die örtliche öffentliche Energieversorgung sind gewaltig.

darin, genau wie in anderen Vertretungsgremien die Interessen der Arbeitnehmer zu vertreten. Das kann aber nicht der Fall sein, wenn sie den laufenden Preiserhöhungen zustimmen. Es muß in den Gewerkschaften der Gedanke vertieft werden, daß Unternehmen von der Art der MVV gesellschaftlicher Kontrolle unterliegen müssen im Sinne GG-Paragraph 14 und 15.

Hier im Gemeinderat den Kräften ein Sprechrohr zu sein, die solche Konzeptionen anstreben, das ist für mein Selbstverständnis wichtig. Daraus entsteht ein Wechselverhältnis des parlamentarischen und des außerparlamentarischen Kampfes. Außerdem müssen die Befürworter der gegenwärtigen Regelung immer wieder gezwungen werden, öffentlich ihre Politik auf dem Gebiet der Dienstleistungen zu vertreten. Auch das ist über den Gemeinderat zu einem großen Teil möglich.

Welche Forderungen an ein solches Konzept im Interesse der lohnabhängigen Bevölkerung würdest Du in den Mittelpunkt stellen?

Im Mittelpunkt müßte erst einmal unter weitgehendster Ausklammerung technischer Fragen das Problem der öffentlichen Kontrolle stehen. Und zwar nicht in der zum Teil korrupten Form der Gemeinnützigkeit à la Neue Heimat – auch die MVV ist ja „gemeinnützig“, sondern im Sinne einer Kontrolle öffentlich verantwortlicher und gewählter Gremien. Dazu gehört auch die Offenlegung der wirklichen Kosten und die Diskussion über alle wesentlichen Geschäftsvorgänge.

Inwiefern ist die Versorgungspolitik in den Kommunen abhängig von Eingriffen und Richtlinien, z.B. vom Bund, und welche Möglichkeiten siehst Du, hiergegen von seiten der Kommunen anzugehen?

Die Abhängigkeit ist mannigfaltig. Die Bundesregierung muß die Gemein-

den finanziell so ausstatten, daß sie in der Lage sind, ihre Aufgaben bezüglich der Gestaltung sozialer Tarife in der Versorgung mit Energie und Wasser sowie im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) gerecht zu werden. Dazu gehört auch, daß z.B. der ÖPNV von der Mineralölsteuer befreit wird, daß Werke wie die MVV grundsätzlich von der Mehrwertsteuer befreit sind, und daß Städten und Gemeinden ein Verzicht auf Konzessionsabgaben und Gewerbesteuer der Dienstleistungsbetriebe ermöglicht wird. Ohne diese grundlegenden Reformen ist es nicht möglich, soziale Tarife und Preise bei Wasser, Energie und im ÖPNV zu erreichen. Deshalb muß jede außer- und innerparlamentarische Aktion in irgendeiner Form in diese Richtung münden.

Sicher ist das aus heutiger Sicht eine langfristige Aufgabe. Denn letztlich bedeutete dies eine grundlegende Wende in der heutigen Regierungspolitik.

Die Mannheimer Industriekonzerne diktieren das Versorgungskonzept

„Somit sind die Verteilungskosten für die Großkunden gegenüber den Tarifkunden wesentlich niedriger; demzufolge auch die rein technischen Durchschnittskosten“, verteidigt die Mannheimer Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft (MVV) Billig-Energie für „Großkunden“.

Struktur der Gasabgabe der MVV
Von der MVV erhielten 1980/81 an Gas (Mio. kWh):

BASF	5589	42%
Papierwerk PWA	896	7%
Tarifkunden MA	424	3%

Der Durchschnittserlös betrug bei diesen Kunden (Pf/kWh):

BASF	2,99
PWA	3,21
Tarifkunden MA	7,98

Die MVV-Tochter Rheinag (RHE) bezieht Gas und liefert es an die BASF, an andere Städte („Fernversorgung“) und an die MVV-Tochter Stadtwerke Mannheim (SMA). Diese wiederum beliefert Sondervertrags- und Tarifkunden in Mannheim. Die Wirkung dieser Konstruktion ist deutlich:

Durchschnittserlöse 1976/77 (Pf/kWh)

RHE-Bezugskosten	1,68
RHE-Durchschnittserlös	1,77
RHE von BASF	1,60
RHE von SMA	1,95
SMA von SV-Kunden MA	2,25
SMA von Tarifkunden MA	6,57
SMA von Papierfabr. PWA ...	1,79

Die Investitionspolitik der MVV

Die gewaltigen Energie-Ansprüche der örtlichen Industriebetriebe zwingen die MVV zu Groß-Investitionen: Ein 110-Kilo-Volt-Ring wurde zur Versorgung der Großbetriebe um ganz Mannheim gelegt; ein Gas-Hochdrucknetz wurde erstellt, das die Haushalte nicht brauchen, aber bezahlen. 100 Mio. DM etwa kostet eine große Fernwärme-Schiene, die vom Großkraftwerk Mannheim (GKM) in den Mannheimer Norden zu

Daimler Benz, BBC, Bopp und Reuther und zu US-Kasernen führt. Über 500 Mio. DM kostet der Ausbau des GKM mit einem Block 7 ca. 90% der Wärmekapazität dieses Blockes, ca. die Hälfte seiner Wärmekapazität und die Hälfte der genannten Wärme-Schiene sind bereits fest für die vier genannten „Großabnehmer“ verplant.

Dabei war der neue GKM-Block nur mit dem Argument der „Umweltentlastung durch Fernwärmeausbau“ durchgesetzt worden.

Zum Beispiel Daimler Benz: Ab Herbst 1982 legt er sein eigenes Kraftwerk still und wird von der SMA vollversorgt. 122 MW Wärme und 90 MW Strom muß sie ihm dann vorhalten. Würde er mit den dadurch notwendigen Systemkosten belastet, so müßte Daimler Benz an die MVV zahlen:

- 12 Mio. DM für seinen Anteil an der Wärmeschiene,
- 13 Mio. DM für eine neue GKM-Wärmезentrale,
- 10 Mio. DM für eine 110-KV-Versorgungsleitung zum Benz,
- 10 Mio. DM für seinen Fernwärme-Anschluß.

Summe: Rund 45 Mio. DM, wovon Benz nichts bezahlt. Stattdessen erhält er zusätzlich zwei Mio. DM in bar geschenkt – All das wird auf die Tarifkunden überwälzt.

Quellenhinweis: Informationsbroschüre des Komitees gegen Fahrpreis- und Gebührenerhöhung: „Das Energie-Versorgungskonzept der MVV – eine Kritik“. zu beziehen über: B. Feuling, Max-Josef-Str. 31, 68 MA. Preis: 2 DM.



Seit der Fortschreibung des Energieprogramms (Ende 1977) sind alle Kommunen zur Erstellung örtlicher/regionaler Energieversorgungskonzepte aufgefordert. Diese Konzepte sind Kernstück der Raum- und Entwicklungsplanung sowie der entscheidende Hebel konkreter Energiepolitik. In der Fachpresse ist Hauptstreitpunkt, ob die Entscheidungskompetenz bei den kommunalen Vertretungskörperschaften oder bei den Versorgungsunternehmen (EVU) liegen soll. Die Einflußnahme der Gewerkschaften auf die Erstellung der Konzepte ist notwendig, weil hierdurch Qualität und Preise der Haushaltsversorgung auf Jahrzehnte festgeschrieben werden.

Arbeitsprogramm „Örtliche und regionale Energieversorgungskonzepte“ vom 25.10.1980 der Bundesministerien Bau und Forschung/Technologie

„Für den örtlichen Ausbau der leitungsgebundenen Energien werden die Gemeinden aufgefordert, Versorgungskonzepte zu entwickeln, um ein sinnvolles Zusammenwirken von Strom, Gas, der Nutzung des wirtschaftlichen Fernwärmepotentials auf der Basis von Kraft-Wärme-Kopplung und der industriellen Abwärme zu unterstützen. Dabei sollte auch den Möglichkeiten der Energierückgewinnung Rechnung getragen werden ...

Örtliche und regionale Energieversorgungskonzepte sollen eine der Siedlungsstruktur, der Stadtentwicklung und der Stadterneuerung optimal angepaßte Wärmeversorgung durch ein entsprechendes Zusammenwirken aller Energieversorgungsformen ermögli-

chen. Dabei sollen der gezielte Ausbau der Fernwärmeversorgung, der regionale Gasausbau, die Nutzung industrieller Abwärme, der Einsatz von dezentralen Blockheizkraftwerken und Wärmepumpen sowie die Möglichkeiten alternativer Energien im Vordergrund stehen ...

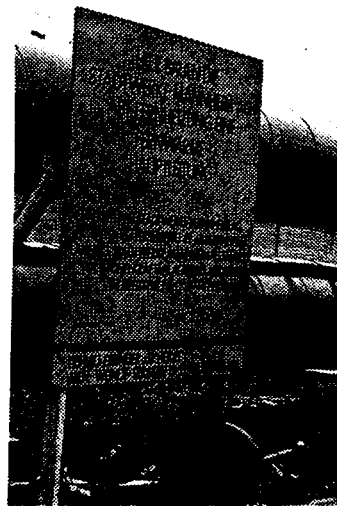
Ein kommunales Konzept für die Wärmeversorgung ist Teil des in §1 Absatz 5 des Bundesbaugesetzes angesprochenen gemeindlichen Entwicklungsplanes (etwa Fachplan Wärmeenergie) ...

Verband kommunaler Unternehmen/Deutscher Städtetag, 5.2.1980

„Das örtliche Versorgungskonzept gehört als Fachplanung (Teilentwicklungsplanung) zu der in der politischen Verantwortung der kommunalen Vertretungskörperschaft liegenden Gesamtentwicklungsplanung der Gemeinde.“

Im Gegensatz dazu betonen die Fachverbände für leitungs-

gebundene Energien (Gas/Wasser: BGW, Strom: VDEW, Fernwärme: AGFW) in einer Stellungnahme vom 28.3.1980, daß hinsichtlich „der Zusammenarbeit der Entscheidungsträger“ „die Träger der leitungsgebundenen Energieversorgung zunächst innerhalb der Fachbereiche, sei es in Querverbundunternehmen oder durch Abstimmung und Kooperation der Spartenunternehmen im örtlichen, regionalen und überregionalen Bereich Versorgungsangebote entwickeln (müssen). Hierbei werden sich ... unterschiedliche Konzeptionen ergeben. Diese können bei besonderen Voraussetzungen zu einer Begrenzung der freien Wahl der Verbraucher führen.“



satzexpansion: Förderung rationaler Energieverwendung z.B. Wärmedämmung als Unternehmensziele der MVV und der Stadt Mannheim! Statt Überwälzung der überhöhten Kosten des Fernwärmekonzepts der MVV auf die Arbeitnehmerhaushalte: Belastung der Großkunden mit den Kosten der durch sie verursachten Erzeugungs- und Verteilungskapazitäten!

○ Keine Erhebung von Konzessionsabgabe und Gewerbesteuer von der MVV! Energie zu Selbstkosten der MVV! Keine Lösung der Finanzprobleme der Kommune durch zusätzliche Belastung der Haushalte! Finanzautonomie der Kommunen! Belastung der Konzerne! Erhöhung der Gewerbesteuer-Hebesätze!

○ Keine Verschlechterung der Versorgungs- und Verkehrsleistungen der MVV! Gegen „Aufwandsminderungen“ zu Lasten der MVV-Beschäftigten durch Rationalisierung, Stellenabbau und Lohnkürzungen bzw. Umsetzungen!

Gewerkschaften zur Versorgungspolitik

IG-Chemie-Gewerkschaftstag 1980 „Großverbraucher dürfen nicht länger durch besonders niedrige Tarife zusätzlich zur Energieverschwendung ermuntert werden. Eine Neuordnung des Tarifsystems der Gas- und Stromerzeugung ist daher dringend notwendig ...“

HBV-Gewerkschaftstag 1980

„Da Energie für Unternehmensleitungen eine Ware wie jede andere ist, versuchen diese, möglichst viel zu produzieren und zu verkaufen. Der Grundsatz der Gewinnmaximierung steht somit im Energiebereich einer vernünftigen Planung entgegen ...

Da die Energieerzeugungsunternehmen allein aufgrund marktwirtschaftlicher Überlegung investieren ... bedeutet demokratische Kontrolle auch die umfassende Information über alle geplanten Vorhaben und die Offenlegung aller Pläne und Unterlagen zur Prüfung, ob die Bauvorhaben volkswirtschaftlich von Nutzen sind ...“

ÖTV-Energie- und Wasserversorgung, Informationen 1981

„... Überbetriebliche Mitbestimmung müsse der Bedeutung der Energiewirtschaft Rechnung tragen und strukturorientiert ansetzen. Energiebeiräte als Element der überbetrieblichen Mitbestimmung, wie sie in Rheinland-Pfalz und Bayern bereits vorhanden seien, wären hierzu der richtige Weg. Besonders wichtig sei die Einrichtung eines Energiebeirates auf der Bundesebene ...“

DGB-Grundsatzprogramm 1981

„Soziale Kosten, die durch private Wirtschaftstätigkeit entstehen, sind nach dem Verursacherprinzip dem Unternehmen anzulasten.“

„Finanzhilfen für Unternehmen sind verstärkt durch ein Umlageverfahren von der Wirtschaft selbst aufzubringen ...“

IGM-Gewerkschaftstag 1980

„Der 13. ordentliche Gewerkschaftstag erneuert und unterstreicht die Auffassung der IG Metall, daß das Ziel der Überführung von markt- und wirtschaftsbeherrschenden Unternehmen in Gemeineigentum gerade für den Bereich der Energiegewinnung, -erzeugung und -versorgung besondere Bedeutung hat. ...“

Forderungen an ein alternatives Energie-Versorgungskonzept – Komitee gegen Fahrpreis- und Gebührenerhöhung –

○ Für ein arbeitnehmerorientiertes Versorgungskonzept, das sich die billigstmögliche und sichere Versorgung insbesondere der Arbeitnehmerhaushalte mit Energie, Wasser und Verkehr zum Ziel setzt.

○ Offenlegung der Wirtschaftspläne der MVV mit allen internen Daten! Beschlußfassung über Tarife, Wirtschaftspläne, Sondervertragspreise sowie das Energie- und Verkehrs-Versorgungskonzept durch den Gemeinderat nach öffentlichem Anhörungsverfahren! Einführung von Energie- und Wasserwirtschaftsräten unter maßgeblicher Beteiligung der Gewerkschaften gemäß den Forderungen der ÖTV! Öffentliche Kontrolle über alle wichtigen Investitionsentscheidungen auf dem Gebiet der Energie-, Wasser- und Verkehrsversorgung!

○ Keine weiteren Tarifierhöhungen! Veröffentlichung aller

Sondervertragspreise! Offenlegung der MVV-Kostenrechnungen! Auffangen aller Bezugspreis-Steigerungen der MVV durch Preiserhöhungen bei den Sondervertragskunden! Abschaffung der Sonderpreise! Wenn „Gleichpreisigkeit“, dann zwischen Haushalten und Industrie!

○ Einzug der privaten Grundwasserrechte der Industrie und Übertragung auf die MVV! Verwendung von Grundwasser nur als Trinkwasser! Durchsetzung des Anschluß- und Benutzungszwanges an die Trinkwasserversorgung der SMA gegenüber allen Industriekunden!

○ Änderung des Fernwärmeausbaukonzeptes! Statt der „forcierten“ und überzentralisierten Ausbaukonzeption: billigstmögliche, z.B. dezentrale, Energieversorgung der Haushalte! Statt „forcierter“ Ab-

F: Reaktion treibt Bauern gegen Arbeiter

„Wir haben heute in einem Flugblatt erklärt, warum wir eine 16%ige Erhöhung der Erzeugerpreise fordern, warum es nötig ist, den Düngemittel- und Landmaschinenkonzernen, die uns für ihre Profite ausplündern, an die Kehle zu gehen. Es ist sehr positiv aufgenommen worden.“ Der Sekretär des MODEF, des Verbandes französischer Klein- und Nebenerwerbsbauern, wußte in seinem Bericht an den 6. Kongreß des Verbandes Ende Februar einige Beispiele zu geben für die Sympathie, mit der viele Lohnabhängige gerechte Aktionen der Bauern begleiteten. Nur wenige Tage später vertrieben ca. 300 Milchbauern der Region Haute Loire 140 Arbeiter einer Käsekooperative aus der Fabrik, die sie zur Durchsetzung der 39-Stundenwoche besetzt hatten. Die Bauern fürchteten, ihre Milch werde verderben, und erklärten, daß sie oft 50 Stunden für weniger als den Mindestlohn arbeiteten und den Aufbau der Kooperative bezahlt hätten. Mobilisiert hatte sie der Direktor der Fabrik. Einkommenseinbußen von bis zu 30% in den letzten sieben Jahren und

Dem. Kampuchea: Drei-Punkte-Einigung

Das Demokratische Kampuchea, vertreten durch Ministerpräsident Khieu Samphan (Bildmitte mit Journalisten), und Prinz Sihanouk haben sich am 21.2.82 in Peking auf drei Punkte geeinigt: „1. Wenn wir eines Tages eine Dreierkoalition gebildet haben, müssen wir ein politisches Minimalprogramm haben; 2. wird die Regierung der Dreierkoalition eines Tages gebildet, müssen wir klar machen, daß unsere Regierung ihren Rechtsstatus im Rahmen des Demokratischen Kampuchea hat, das Vollmitglied der Vereinten Nationen ist; 3. die drei



Parteien, repräsentiert durch Khieu Samphan, Sihanouk und Son Sann, werden volle Autonomie, Freiheit der Ideologie und Weltanschauung haben. Aber wenn wir eine Drei-

erregierung bilden, werden sie gemeinsame Regeln, Rechte und Pflichten haben, um kooperieren und einheitlich auftreten zu können.“ Son Sann, der Führer der dritten Kraft, war zu Gesprächen eingeladen worden, nahm aber nicht daran teil. – Diese Dreierübereinkunft ist ein Fortschritt gegenüber früheren Versuchen, unter dem Schlagwort „lockere Koalition“ dem Demokratischen Kampuchea und den kampucheanischen Kommunisten politische Bedingungen zu diktieren, ohne daß sich die anderen Parteien auf konkrete gemeinsame Kampfschritte gegen den vietnamesischen Aggressor festlegen. (nach Xinhua, 22.2.82)

Preistreiberei der Konzerne sind die Ansatzpunkte für die Spaltertaktik der Reaktion. Die ausbleibende Wende in der Agrarpolitik der Linksregierung begünstigt deren Erfolg.

Englische Hafenarbeiter beenden Streik

Nach 15 Wochen beendeten 500 Hafenarbeiter im nordenglischen Middlesbrough am 28.2. ihren Streik. Die Hafenbehörde hatte ihnen bei einer

Inflationsrate von 12% nur 6% Lohnerrhöhung angeboten und daran noch die Bedingung geknüpft, durch Unterzeichnung eines „Produktivitätsabkommens“ die Akkordarbeit auszudehnen. Nach dreieinhalb Monaten Streik mußte die Behörde jetzt die Forderung nach dem Produktivitätsabkommen zurücknehmen, erhöhte aber ihr Angebot nicht. Mit 400 zu 50 Stimmen beschloß eine Streikversammlung die Annahme des Angebots.

Zinnpreise um 18% gesenkt

Nachdem Malaysia, der größte Zinnproduzent, und andere Länder der Dritten Welt durch knappe Verkäufe für ein stetiges Ansteigen des Weltzinnpreises bis auf 9000 Pfund die Tonne gesorgt hatten, konnten die imperialistischen Verbraucherländer Ende Februar in wenigen Tagen eine Preissenkung von beinahe 2000 Pfund – etwa 18% – durchsetzen. Die USA verkauften zu diesem Zweck große Mengen aus ihren strategischen Reserven. Die westdeutschen Konzerne Preussag und Metallgesellschaft senkten einseitig ihre Zinnpreise. Die nach dem Internationalen Zinnabkommen von 1957 arbeitende Vorratsstelle, die bei Preisverfall zur Stabilisierung aufkaufen soll, konnte die Preissenkung nicht verhindern. Das Zinnabkommen läuft im Juni aus. Malaysia tritt jetzt für eine Vereinigung der zinnproduzierenden Länder der Dritten Welt ein.

Japan: ‚Frühjahrsoffensive‘ der Gewerkschaften

200000 Arbeiter beteiligten sich am 28. Februar in Tokio an einer Kundgebung, zu der die vier größten Gewerkschaftsbünde gemeinsam aufgerufen hatten (Bild links). In 16 Provinzstädten führten die Gewerkschaften am selben Tag gemeinsame Aktionen durch, in 20 weiteren Städten gab es Kundgebungen der einzelnen Gewerkschaftsbünde.

Mit dem Kampftag leiteten die Gewerkschaften die diesjährige „Frühjahrsoffensive“ ein. In Japan werden Tarife in der Regel nur für je einen Betrieb geschlossen, auch die meisten Einzelgewerkschaften organisieren nur Arbeiter eines Unternehmens. Die abgestimmten Streiks und Demonstrationen der „Frühjahrsoffensive“ sollen die Kampfkraft

der ganzen Klasse für Durchsetzung der Tarifforderungen zusammenfassen. Die Gewerkschaften fordern dieses Jahr Lohnerhöhungen um 9% (bei einer Inflation von gut 4%). 1981 konnten sie durchschnittlich 7,7% (bei damals rund 7% Inflation) durchsetzen. Der Durchschnittslohn liegt bei 200000 Yen (2000 DM). Der größte Gewerkschaftsbund Sohyo (sozialistisch) hat Kapitalisten und öffentlichen Dienstherrn eine Frist bis zum 30. März für Angebote gesetzt. Für April werden Streiks vorbereitet.

Der Reallohn ist in den letzten beiden Jahren wegen der Lohnsteuerplünderung gefallen. Seit 1977 ist der Grundfreibetrag nicht mehr erhöht worden. Bleibt er weiter unverändert, würde – so haben die Gewerkschaften errechnet – das Lohnsteueraufkommen bis 1984 um 12 bis 13 Billionen Yen (120 bis 130 Mrd. DM) steigen. Eine Hauptforderung der diesjährigen „Frühjahrsoffensive“ sind daher Steuersenkungen um 1 Billion Yen für die Lohnabhängigen.

Zimbabwe: Zwei gute Nachrichten

Das ZK der ZAPU hat beschlossen, mit drei Mitgliedern in der Regierung zu bleiben. ZAPU-Führer Nkomo hatte, nachdem er wegen der Waffenfunde auf seinen Farmen aus dem Kabinett entlassen worden war, den Übergang in die Opposition angekündigt. Die Entscheidung stärkt das unabhängige Zimbabwe, ebenso der Austritt von sieben weißen Abgeordneten aus Smiths „Republikanischer Front“.





Demonstration des AFL-CIO im Bundesstaat Georgia am 16.1.82. 2000 forderten „Arbeitsplätze und Gerechtigkeit“

US-Haushalt

AFL-CIO fordert: keine weiteren Kürzungen bei den Sozialprogrammen

Eine grundlegende Änderung der Wirtschafts- und Haushaltspolitik der Reagan-Regierung hat der Exekutivrat des amerikanischen Gewerkschaftsbundes AFL-CIO gefordert. Erneute Kürzungen von 41 Mrd. \$, im wesentlichen bei den Sozialprogrammen, verlangte die Reagan-Regierung Anfang Februar in dem Haushaltsvorschlag für das Haushaltsjahr 1983, das ab Oktober 1982 beginnt. Die Kürzungen im laufenden Haushaltsjahr betragen 33 Mrd. Dollar. Der AFL-CIO greift den Haushaltsvorschlag als „schwerwiegenden Anschlag auf die Werktätigen und die „Armen“ an. Nachdem schon im letzten Jahr die Zuschüsse an die Arbeitslosenversicherung um 3,5 Mrd. Dollar gekürzt worden waren, so daß 1000 Arbeitsbüros geschlossen wurden, sollen jetzt die Beschäftigungs- und Weiterbildungsprogramme, die in diesem Jahr 4,6 Mrd. Dollar erhalten, auf 2,4 Mrd. reduziert werden. Die offizielle Arbeitslosenrate beträgt 8,5%, 9,3 Millionen im Januar. Die Arbeitslosigkeit bei den Jugendlichen ist auf über 21% gestiegen im Durchschnitt, bei den schwarzen Jugendlichen auf über 40%.

Bei den Familien mit niedrigem Einkommen will die Regierung die Unterstützung drastisch weiter kürzen. 2,3 Mrd. Dollar sollen erneut bei den Gutscheinen für Lebensmittel gestrichen werden. Die Hilfe für Familien mit abhängigen Kindern will Reagan um zusätzliche 1,1 Mrd. Dollar kürzen. Weitere Kürzungen um 1,6 Mrd. Dollar will Reagan bei den Bundeszuschüssen für die Grund- und Berufsschulen vornehmen.

Der AFL-CIO fordert ein Antirezessions- und Arbeitsplatzbeschaffungsprogramm. Er verlangt außerdem: keine weiteren Kürzungen im Haushalt! Der Kongreß soll stattdessen die Änderung der Steuergesetze, mit denen er den Reichen und dem Großkapital bis 1986 750 Mrd. Dollar Steuergeschenke zuschanzt und u.a. den Höchstsatz der Einkommensteuer von 70% auf 50% senkte, rückgängig machen. Die Steuererleichterungen für die Werktätigen, mit denen die Reagan-Regierung die Steuergeschenke für die Reichen verhüllen wollte, fordert der AFL-CIO dagegen beizubehalten. Die Steuererleichterungen sollen 1982 und 1983 auf 700 Dollar im Jahr pro Familie beschränkt werden. Bezieher von Jahreseinkommen bis 40000 Dollar würden damit nicht schlechter gestellt. Der Jahresdurchschnittslohn des amerikanischen Industriearbeiters betrug 1981 etwa 16000 Dollar, ein Automobilarbeiter verdiente etwa 25000 Dollar im Jahr.

In Bezug auf den Militärhaushalt, für den Reagan eine Erhöhung von 33 Mrd. Dollar plant, verlangt der AFL-CIO, daß jede zusätzliche Ausgabe nur durch einen progressiv steigenden Steuerzuschlag auf Einkommen und Profite finanziert wird. Zum ersten Mal in seiner Geschichte hat der AFL-CIO für die Untersuchung der Rüstungsausgaben eine Kommission eingesetzt.

Der AFL-CIO fordert vom Kongreß, ein „Programm für neue Arbeitsplätze“ aufzustellen und dafür 23 Mrd. Dollar zu bewilligen, u.a. für Investitionen in Straßen, Nahverkehr. 4 Mrd. Dollar davon soll der Bund an die Arbeitslosenversicherung zahlen,

um diejenigen, die länger als 26 Wochen arbeitslos sind, zu schützen. Jeden Monat verlieren 600000 Arbeitslose nach diesem Zeitraum die Berechtigung auf Unterstützung. Im letzten Jahr hatte die Reagan-Regierung die Bedingungen, unter denen Arbeitslosengeld über die ersten 26 Wochen hinaus gezahlt wird, derart verschärft, u.a. Aufnahmebereitschaft von Arbeiten zum Mindestlohn, daß nur noch eine Handvoll Arbeitsloser weiter Unterstützung bekommt.

Gegen die Haushaltskürzungen der Reagan-Regierung, insbesondere bei den Arbeitslosengeldern, hatte der AFL-CIO im Januar in mehreren Bundesstaaten Kundgebungen und Demonstrationen durchgeführt. Im Bundesstaat Washington demonstrierten 15000, in dem Staat beträgt die Arbeitslosigkeit 14%. In Minnesota und Georgia forderten die Demonstranten Verbesserungen der Arbeitslosenunterstützung. In den Reden wurden die Demonstrationen z.T. nur als bloßer Teil der Wahlkampagne für die nächsten Wahlen dargestellt. Das würde einen Rückfall hinter den Stand bedeuten, den die Gewerkschaftsbewegung mit der machtvollen Demonstration im letzten Herbst in Washington erreicht hatte. Denn jahrzehntelang war es üblich gewesen, allein darauf zu setzen, Abgeordnete der bürgerliche Parteien zu bearbeiten. Mit den Demonstrationen im Januar sind die Gewerkschaften weiter auf dem Weg gegangen, die Forderungen der Arbeiterbewegung mit ihren eigenen Mitteln zu vertreten.

AFL-CIO News, Nr. 2-7, 1982; Wall Street Journal, 16.2.82

Italien

Strafverfolgung wegen Fehlzeiten und Streiks

In den meisten Bereichen des öffentlichen Dienstes herrscht seit Jahreswechsel tarifloser Zustand, und noch immer fehlt für einen Teil der letzten – dreijährigen – Tarife die gesetzliche Inkraftsetzung. Die Dienstherren bereiten die Tarifikämpfe auf ihre Weise vor. Seit Mitte Januar hat ein römischer Richter 22 Bedienstete verhaften lassen, gegen über 300 laufen Ermittlungsverfahren. Die Anklage: Betrug durch Vortäuschen von Krankheiten, Stempelnlassen durch Kollegen, Verlassen des Arbeitsplatzes während der Dienstzeit.

Die meisten Beschuldigten sind in den Ministerien beschäftigt, fast alle auf untergeordneten Posten. Die Justiz greift verbreiteten Unmut über schleppende Bearbeitung von Anträgen usw. auf, um gegen die 3,8 Mio. Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst Stim-

mung zu machen. Die Gewerkschaften verteidigen nicht das ungerechtfertigte Fehlen, das in den höheren Rängen der Dienstaufsicht am häufigsten ist. Aber sie fordern tarifliche Regelung der Arbeitsorganisation statt Einschüchterung.

Rein „zufällig“ hat zur gleichen Zeit ein anderer römischer Richter 130 Strafverfahren gegen Krankenpfleger wegen der Streiks im Frühjahr letzten Jahres eingeleitet. 50 wird fahrlässige Tötung bzw. Körperverletzung vorgeworfen – ein Geisteskranker stürzte während des Streiks aus dem Fenster, ein anderer versuchte Selbstmord. Eine Regierungskommission hat Vorschläge zur Einschränkung des Streikrechts in den „wesentlichen öffentlichen Diensten“ vorgelegt. Danach soll die von den Gewerkschaften festgelegte „Selbstreglementierung“, die z.B. unbefristete Streiks im Verkehrswesen ausschließt, gesetzlichen Zwangsscharakter erhalten.

Die Gewerkschaften lehnen weiter jede gesetzliche Beschränkung des Streikrechts ab. Sie fordern uneingeschränkte Tariffreiheit mit automatischer Inkraftsetzung der Abschlüsse. Die Eisenbahner mußten kürzlich – einen Monat nach ihrem mit Streiks erkämpften Abschluß – erneut mit Streik drohen, weil der neue Tarif noch immer nicht ins Parlament eingebracht war. Die Diskussion über die Tarifforderungen in den anderen Dienstzweigen hat erst begonnen. Nach den Vorschlägen der Gewerkschaftsvorstände sollen sich die Forderungen (netto) im Rahmen der geplanten Inflationsrate plus Produktivitätsausgleich halten, außerdem soll rund 100 DM mehr Weihnachtsgeld gefordert werden.

Quellenhinweis: L'Unità, Rassegna Sindacale, Funzione Pubblica.

Belgien Anhaltende Streiks der Stahlarbeiter

Seit dem 22.2. stehen die belgischen Stahlarbeiter an der Spitze des Kampfes gegen den Notstandskurs der Regierung Martens. Kurz zuvor war eine weitere Verschärfung der Sanierungspläne der belgischen Stahlkapitalisten bekannt geworden. Bisher wollten die Kapitalisten von Cockerill-Sambre, mit 11 Mio. t. Kapazität viertgrößtes Stahlmonopol in der EG, bis 1985 5000 der 25000 Arbeiter entlassen, 2,5 Mio. t. Kapazität „abbauen“ und die Löhne allein 1982 um 15 bis 18% senken. Die belgischen Stahlarbeiter verdienen bisher fast 30% mehr als die westdeutschen. Nun hat die EG-Kommission die Regierung zu weiteren Angriffen aufgefordert. Bis 1985 sollen

sogar 8500 Arbeiter entlassen und die Kapazität von Cockerill-Sambre auf 6,5 Mio. t. gesenkt werden. Anders könne der Konzern, der 1981 ca. 1 Mrd. DM Verlust machte, nicht „ saniert“ werden. Die Folge dieses Plans wäre ein weiteres Ansteigen der in den wallonischen Stahlzentren Charleroi und Lüttich ohnehin hohen Arbeitslosigkeit von zur Zeit 15%.

Am 22.2. traten dagegen die Stahlarbeiter in Lüttich in den Streik. Ihre Forderungen: Rücknahme der neuen „Stahlsanierungspläne“, Rücknahme des Lohnstopps und der Angriffe auf die Lohnindexierung. Als auch die Stahlarbeiter in Charleroi streiken, rufen die Gewerkschaften für den 24.2. sämtliche Arbeiter von Cockerill-Sambre zum Streik auf. Die Folge ist ein allgemeiner Streik von 100000



Lüttich, 23.: 40000 demonstrieren gegen die „Stahlpläne“ und die Regierungspolitik.

Lohnabhängigen in Charleroi und Lüttich. Am 25.2. streiken erneut die Arbeiter der Region Charleroi. Am 2.3. streiken alle wallonischen Stahlarbeiter, in Lüttich beteiligen sich 40000 weitere Lohnabhängige und demonstrieren in der Innenstadt. Ende der Woche kündigt der ABVV Streikausweitung auf das ganze Land an.

Die Regierung hat bisher keinen Schritt nachgegeben. Würde sie den Stahlarbeitern nachgeben, fiel bald ihr ganzes Notstandsprogramm. Wieso soll der flämische Landesteil die wallonische Stahlindustrie subventionieren. Mit solcher Propaganda versucht die Regierung, die Widersprüche zwischen Flamen und Wallonen zu schüren und eine Ausweitung der Streiks zu verhindern. Aber wieso sollten die flämischen Arbeiter zusehen, wie die Kapitalisten über die Stahlarbeiter herfallen, wo sie sich doch ausrechnen können, daß als nächstes die flämischen Textilarbeiter an der Reihe sein werden?

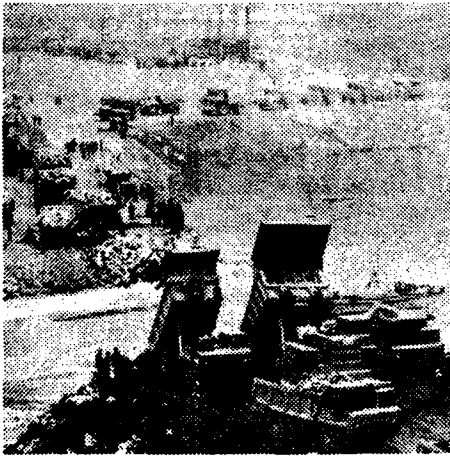
Quellenhinweis: De Werker, Zeitung des ABVV, 27.2.; Konkret, Zeitung der PvdA, 3.3.82; Handelsblatt, div. Ausgaben.

VR China Ölmonopole bekommen Förderkonzessionen

Am 16.2. hat die gerade gegründete chinesische Offshore-Ölgesellschaft CNOOC Konzessionen für Ölexploration und -förderung im Gelben Meer nördlich von Shanghai und im süchinesischen Meer zwischen Kanton und der Insel Hainan ausgeschrieben. Das Angebot richtet sich an 46 Ölkonzerne aus 12 Ländern, davon die Hälfte US-Gesellschaften sowie u.a. Staatskonzerne aus Frankreich, Italien und Norwegen. Die Ölgesellschaften hatten in den letzten Jahren auf eigene Kosten geophysikalische Untersuchungen in den Meeresgebieten durchgeführt, deren Ergebnisse der chinesischen Regierung bekanntgemacht werden mußten. Bis zum Jahresende sollen die Verträge unterzeichnet sein. Das Interesse der Ölkonzerne ist groß, denn nach Angaben der Nachrichtenagentur Xinhua wie nach westlichen Schätzungen hat China mit 30–60 Mrd. t. mehr Ölreserven als z.B. Saudi-Arabien. Die größten Reserven werden im Kontinentalsockel vermutet.

Die CNOOC kontrolliert Exploration, Förderung und Verkauf des Öls aus den konzessionierten Gebieten. Die imperialistischen Konzessionäre sind verpflichtet, Explorationskosten und -risiken selbst zu tragen. Sobald die Ölbohrungen fündig werden, finanzieren die CNOOC und die Ölkonzerne gemeinsam die Anlagen für die Ausbeutung der Ölquellen. Möglicherweise wird das Öl dann nach dem Muster eines 1980 zwischen China und Japan abgeschlossenen Vertrages über Ölbohrungen im Beihai-Meer aufgeteilt, der Japan 42,5% der Ölförderung zugestand. Die Konzerne dürfen ihren Förderanteil bzw. die Gewinne nach Abzug einer Steuer bis zu 50% und von Förderungsabgaben ins Ausland transferieren. Damit sind die chinesischen Vertragsbedingungen ähnlich wie die der arabischen OPEC-Länder.

Chinas Ölförderung – die Hälfte stammt allein aus dem Ölfeld Daqing – ist 1981 auf 101 gegenüber 106 Mio.t. im Vorjahr gefallen. Für den Aufbau des Landes ist u.a. wegen der Energieknappheit, die in den Industriezentren immer wieder zu Stromabschaltungen führt, die Erschließung neuer Ölquellen unumgänglich. Aber die Beteiligung imperialistischer Ölkonzerne am chinesischen Öl ist vielmehr Folge der wachsenden Weltmarköffnung Chinas; 1/5 der chinesischen Importe werden heute mit Öl bezahlt. Die Ölkonzessionen vertiefen zudem Chinas Abhängigkeit von den Imperialisten; so muß die VR China für die



Der Gezhouba-Staudamm erschließt die riesigen Wasserkraftreserven des Yangtse für die Versorgung Südwest- und Ostchinas.

teure Offshore-Förderung weitere Kredite über 10-20 Mrd. \$ aufnehmen. Die Impulse für Chinas Industrie bleiben vermutlich gering, weil die Offshore-Ölförderung Spitzentechnologie erfordert.

Quellenhinweis: Wall Street Journal, 17.2.; Handelsblatt 19./20.2.

Ölpreise Imperialisten wollen OPEC sprengen

Letzte Woche hat die staatliche britische Ölgesellschaft BNOC den Preis für Nordseeöl zum zweiten Mal in einem Monat gesenkt, um 4 Dollar auf jetzt 31 Dollar/Barrel (b). Die Ölkonzerne BP und Shell, die den größten Teil des britischen Öls abnehmen, hatten seit Wochen auf die Preissenkung gedrängt. Ein BP-Sprecher jetzt: „Wir sind sehr froh darüber.“ Grund der Freude: Die rd. 1,45 Mrd. Dollar Einnahmen, die die britische Regierung durch die Preissenkung jährlich verliert, werden sich größtenteils auf den Profitkonten der Ölkonzernen wiederfinden. Und vor allem: Die Senkung macht zusätzlich Druck auf die OPEC-Länder. Britisches Öl ist jetzt 5,50 \$ billiger als Öl vergleichbarer Qualität aus Algerien, Libyen und Nigeria. Als erstes wollen die Imperialisten Nigeria knacken, das wegen des Preisfalls schon jetzt bei der Finanzierung seiner Entwicklungsprogramme in Schwierigkeiten gekommen ist. Ein Londoner Ölmanager: „Das (die britische Preissenkung) muß Nigeria einen heftigen Schlag zwischen die Schulterblätter versetzen.“

Iran, dessen Devisenreserven wegen des Krieges mit Irak fast auf Null gefallen sind, hat den Preis in den letzten Wochen dreimal um insgesamt 4 \$ unter den OPEC-Preis zurücknehmen

müssen. Sein Absatz war seit November auf die Hälfte gefallen. Mexico hat Ende Februar, von den US-Gläubigern unter Druck gesetzt, seine Währung um ein Drittel abgewertet und den Ölpreis um 1,5 bis 2,5 \$ gesenkt. Venezuela, anders als Mexiko OPEC-Mitglied, mußte nachziehen.

Der offizielle Preis für die saudische Sorte „Arabian Light“, an der sich das ganze Preisgefüge orientiert, beträgt seit Oktober 1981 34 \$. Saudi-Arabien hatte sich zu einer Produktionseinschränkung auf 8,5 Mio. b/Tag bereit-erklärt, aber durchgesetzt, daß die Preise bis Ende 1982 eingefroren bleiben. Jetzt, so die Ölkonzerne, müßte Saudi-Arabien seinen Preis mindestens auf 28,50 \$ senken, um „konkurrenz-fähig“ zu bleiben. Das wäre absolut weniger als 1980, die über 20prozentige Dollarinflation seitdem noch gar nicht mitgerechnet.

Die angebliche Ölschwemme, mit der die Imperialisten auf den Ölpreis drücken und die OPEC zu sprengen versuchen, ist zum beträchtlichen Teil von ihnen selbst eingefädelt. OPEC-Präsident Oteiba erklärte kürzlich, die imperialistischen Verbraucherländer bauten ihre Reserven täglich um 4,5 Mio. b ab. Ihr Gesamtverbrauch ist seit 1979 etwa um 15% zurückgegangen – Folge der Wirtschaftskrise und der diversen Energieprogramme –, die Bezüge aus den OPEC-Ländern aber mehr als ein Drittel.

Am 19. März wollen die OPEC-Länder in Wien beraten, wie durch abgestimmte Produktionseinschränkungen der Preisverfall gestoppt werden kann. Nach einigem Zögern hat auch Saudi-Arabien, das fast die Hälfte der OPEC-Produktion fördert und einen Hauptteil der Drosselung tragen müßte, einer solchen Konferenz zugestimmt. Gleichzeitig gab der saudische Ölminister bekannt, seit Anfang März sei die Tagesproduktion um 1 Mio. auf 7,5 Mio. b gesenkt worden.

Quellenhinweis: El Moudjahid (Algier), Wall Street Journal, versch. Ausgaben

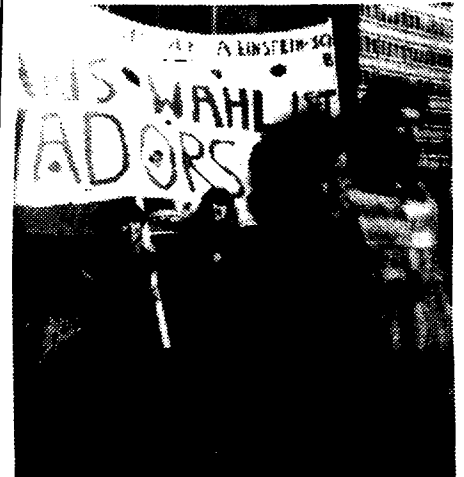
Neokolonialismus Reagans Karibikplan – Puerto Rico „Vorbild“

Für den 28. März hat die El Salvador regierende Junta „Wahlen“ angesetzt. Für mindestens 2 Mio. Wahlberechtigte sind nur 800000 Stimmzettel gedruckt. Bisher ist in El Salvador jedes Wahlergebnis gefälscht oder – wie das letzte 1977 – gar nicht bekanntgegeben worden. Diesmal kriegt jeder Wähler einen Finger mit Spezialfarbe markiert. Wer dem Boykottaufruf der Demokratisch-Revolutionären Front folgt, riskiert sein Leben. Die in der

FDR vereinte Opposition fordert Verhandlungen zur Beendigung des Bürgerkriegs und Bildung einer Koalitionsregierung.

Die Guerilla beantwortet die „Säuberungsaktionen“, mit denen die Junta die Wahlfarce blutig vorbereitet, mit erfolgreichen Gegenschlägen. 3000 Mann Regierungstruppen, von Junta-mitglied Guillermo Garcia persönlich kommandiert, mußten sich Anfang März nur 30 km von der Hauptstadt entfernt nach Verlusten wieder zurückziehen. In San Vincente töteten Guerilleros nur zwei Wochen, nachdem angeblich die ganze Gegend „gesäubert“ worden war, zehn Regierungssoldaten.

Reagan hat Ende Februar vor der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) seinen „Aktionsplan für das karibische Becken“ verkündet. US-Kapitalisten kriegen Steuervergünstigungen (voraussichtlich 10% der Investitionssumme) für Kapitalexpert in Karibik-länder; die zwölfjährige Zollfreiheit für Importe von dort in die USA (außer für Textilien) kommt vor allem US-Monopolen selbst zugute. Länder, die „kommunistisch“ sind, z.B. weil sie Auslandskapital entschädigungslos



2000 demonstrierten am 6.3. in Essen gegen die US-Intervention in Mittelamerika. Am 13.3. ist eine zentrale Demonstration in Frankfurt

enteignet haben, kommen ohnehin nicht in den zweifelhaften Genuß dieses Neokolonialprogramms. Für diese Länder war der Hinweis auf „wechselseitige Verteidigungsverantwortung“ nach dem Rio-Pakt bestimmt, eine unverhüllte Drohung mit Intervention. Ausgerechnet an den US-Kolonien Puerto Rico und Jungferninseln sollen sich die OAS-Staaten ein Vorbild nehmen. Nach einer Meinungsumfrage sind 89% der US-Bürger gegen Intervention in El Salvador, 54% für Abzug der Militär, „berater“. 350 Kirchenführer, darunter fünf katholische Bischöfe, haben Einstellung der Militärhilfe für die Junta gefordert.

Quellenhinweis: Wireless Bulletin from Washington. 24. - 26.2.

Brasilien

Interessen westdeutscher Konzerne — auf den Spuren der Reichsbourgeoisie

Ende 1981 hatten die BRD-Imperialisten für über 6 Mrd. DM Kapital nach Brasilien exportiert. Damit lagen sie mit 15,3% an zweiter Stelle der ausländischen Kapitalanlagen in Brasilien hinter den USA mit 28% (1969 noch 45%) aber vor der Schweiz mit 11,6% und Japan mit 9,6%. Brasilien hält die fünfte Stelle bei den westdeutschen Kapitalexporten insgesamt und die erste unter den Ländern der Dritten Welt. Mit den Investitionen der BRD-Konzerne über Holdinggesellschaften in der Schweiz und Kanada belief sich die Summe des Kapitalexports nach Brasilien auf mindestens 7,5 bis 8 Mrd. DM. Die westdeutschen Imperialisten haben bei ihrem erfolgreichen Versuch, nach dem 2. Weltkrieg erneut Einfluß in Brasilien zu nehmen, auf die Tradition der deutschen Reichsbourgeoisie zurückgreifen können.

Bereits vor dem 1. Weltkrieg lag die deutsche Bourgeoisie mit 14,3% der brasilianischen Exporte und 17,2% der Importe jeweils an zweiter Stelle hinter den Konkurrenten USA bzw. England. Gestützt auf eine zahlenmäßig beträchtliche Einwandererkolonie zogen die deutschen Imperialisten hauptsächlich Kaffee, Kakao, Baumwolle, Holz und Häute aus dem Land; den inländischen Markt eroberten sie mit Maschinen, Chemieprodukten und anderen Fertigwaren. Nach dem 1. Weltkrieg stieg der Einfluß weiter an. 1938 hielt die deutsche Bourgeoisie mit 25% Anteil an den brasilianischen Importen Platz 1 noch vor den USA mit 24%. Hinter diesem Hauptkonkurrenten sicherte sie sich 19% der brasilianischen Exporte. 188 deutsche Konzerne, darunter IG Farben, Deutz, Mannesmann, Siemens, Zeiss und Auto-Union hatten über 100 Mio. US \$ investiert. Durch den Kriegseintritt Brasiliens gegen Deutschland wurden die deutschen Tochtergesellschaften verstaatlicht, liquidiert oder zwangsverwaltet.

Noch während sich ein Großteil der reichsdeutschen Konzerne Ende der 40er Jahre in der BRD in der sogenannte Entflechtung befand, nahmen führende Kapitalistenvertreter, so das Vorstandsmitglied der Mannesmann AG, W. Eisenbaum, Verhandlungen mit der brasilianischen Regierung zwecks Firmenneugründung auf. Eisenbaum erinnert sich: „Es war damals abzusehen, daß Importe von Eisen und Stahlprodukten wegen der prekären Devisensituation etc. auf Dauer wenig Aus-

sichten hatten. ... Diese Länder wollten ihre Rohstoffquellen selbst nutzen und die Stoffe umwandeln. Brasilien war das reichste Erzland in Südamerika. ... mußte die Mannesmann-Produktion ein Startzeichen für weitere Industrien werden, ja eine Voraussetzung dafür, wie es denn auch kam (Mercedes, VW, usw.). Wichtig schien uns, auch im brasilianischen Erz Fuß zu fassen, das bei uns in Deutschland Mangelware war. Für Mannesmann bot sich alles in allem eine zukunftsstrahlende solide Basis für alle südamerikanischen Länder an".* 1952 gründete Mannesmann als Vorreiter der westdeutschen Imperialisten das erste Zweigwerk in Brasilien. Aufgrund der sofort nach dem Kriege aufgelaufenen brasilianischen Handelsbilanzdefizite gegenüber der BRD wurde Brasilien

ordnet unter das Niveau von 1944 und subventionierte die ausländischen Konzerne durch staatliche Wirtschaftsprogramme. Das "Modell Brasilien", das die Imperialisten Anfang der 70er Jahre zu feiern begannen und der Dritten Welt zur Nachahmung empfahlen, offenbarte sich als Ausverkauf des Landes an die imperialistischen Konzerne. Um die Außenhandelsbilanzdefizite abzubauen, suchte die brasilianische Militärregierung die Exporte zu steigern und gewährte den Konzernen, die 52% des brasilianischen Außenhandels kontrollierten, Subventionen bis zu 50% der Warenwerte. Durch Steigerung der Inlandsproduktion um 1% erhöhten die imperialistischen Konzerne die Importnachfrage um 2,8%. Während diese brasilianische Fertigwaren in die Länder der Dritten Welt exportierten, ist Brasilien gezwungen, Rohstoffe und Halbwaren in höherem Masse den imperialistischen Ländern zu liefern. Die Auslandsverschuldung Brasiliens stieg auf die Rekordmarke von über 60 Mrd. US \$ 1981, davon fast 8 Mrd. US \$ bei der BRD. Allein 1980 mußte Brasilien an Zinsen und



Volkswagen do Brasil in Sao Bernardo do Campo bei Sao Paulo: mit fast 35000 Lohnabhängigen das größte VW-Werk außerhalb der BRD

zur Rückgabe der beschlagnahmten Vermögenswerte und der gewerblichen Schutzrechte genötigt. Damit war das Startzeichen für weiteren westdeutschen Kapitalexport gegeben: Konzerne der Automobil-, Elektro- und Chemieindustrie folgten den Stahlkonzernen Mannesmann und Krupp.

1964 begrüßten die westdeutschen Imperialisten den von den USA initiierten Putsch rechtsgerichteter Militärs. Der damalige Bundespräsident Lübke sprach von „Revolution“, die das freie Europa erwartet hätte. Die Militärregierung ging zur blutigen Unterdrückung der Arbeiterbewegung über, senkte die Löhne staatlich ver-

Rückzahlungen etwa 12,5 Mrd. US \$ aufbringen.

Von 1969 auf 1981 konnten die BRD-Imperialisten ihre Kapitalexporte nach Brasilien um das Fünffache steigern. Im gleichen Zeitraum erlitt Brasilien gegenüber der BRD ein Handelsbilanzdefizit von fast 4 Mrd. US \$. Günstig auf die Expansion der BRD-Konzerne wirkte sich der Mitte der 70er Jahre mit Brasilien geschlossene Atomvertrag aus. Das „Jahrhundertgeschäft“, mit einem Volumen von 12,5 Mrd. DM kalkuliert, ist inzwischen auf 45 Mrd. DM angewachsen und wird Brasilien weiter verschulden. Den BRD-Imperialisten gelang der Zugriff auf brasilianisches Uran und Lieferver-

träge. In der Folgezeit konnten die BRD-Imperialisten Versuche der brasilianischen Militärregierung, sich vom Einfluß der US-Imperialisten zu lösen, nutzen und ihre Anteile bei Lieferungen für staatliche Entwicklungsprojekte bis auf über 40% steigern; sie sind beteiligt an der rücksichtslosen Rohstoffausbeutung im Amazonasgebiet und an dem brasilianischem Alkoholprogramm, das durch die Umstellung von Teilen der Landwirtschaft auf Zuckerrohranbau zu Versorgungsproblemen führt.

Längst ist ihnen in Brasilien die Juniorpartnerrolle der US-Imperialisten zu klein geworden. Die BRD-Konzerne konzentrieren sich hauptsächlich in der verarbeitenden Industrie und verfügen dort über entscheidenden Einfluß: im Maschinenbau mit 25% des dort insgesamt investierten ausländischen Kapitals, in der Kfz-Industrie mit 38%, in der metallverarbeitenden Industrie mit 29% und bei der Produktion von Autoteilen mit 55%. Rund 800 westdeutsche Firmen beuten in Brasilien über 300000 Beschäftigte aus und haben Einfluß auf die Lage von weiteren 500000 in Zuliefererbetrieben, Werkstätten usw. In der Chemieindustrie gehören die IG-Farben-Nachfolger zu den 20 größten Chemieunternehmen. In der Metall- und Stahlindustrie besitzt Krupp die größte Gießschmiede Lateinamerikas, Mannesmann gehört zu den größten Stahl- und Röhrenproduzenten und hat Zugang zum brasilianischem Eisenerz. 1981 machte Eisenerz wertmäßig 25% der brasilianischen Exporte in die BRD aus. Die Elektrokonzerne Siemens und AEG-Telefunken gehören zu den marktbeherrschenden Konzernen ihrer Branche. Sie hatten auch maßgeblichen Anteil daran, die brasilianische Konkurrenz aus dem Felde zu schlagen. Befanden sich 1966 noch 46% des Kapitals der 15 größten Elektrogesellschaften in brasilianischem Besitz, so waren es 1978 nicht einmal mehr 4%.

Die Metallarbeiterstreiks in den vergangenen Jahren richteten sich insbesondere auch gegen die BRD-Tochterunternehmen. Der Widerstand gegen die imperialistischen Konzerne erfaßt auch Teile der nationalen Bourgeoisie. So griff der brasilianische Unternehmer K. Mirow in Veröffentlichungen die Machenschaften der ausländischen Konzerne an. Der Siemens-Konzern konnte trotz gerichtlicher Verfügungen und Einschüchterungen auch in der BRD eine Veröffentlichung nicht verhindern.

* Mörrath, Werner, Über die bras. Investitionen des Mannesmann-Konzerns und ihre Bedeutung für das Entwicklungsland Brasilien, Graz 1970.
Quellenhinweis: Mirow, Kurt Rudolf, Das Atomgeschäft mit Brasilien, und: Die Diktatur der Kartelle; Bundesstelle für Außenhandelsinformation, versch. Veröffentl.; Deutsch-Südamerikanische Bank, Kurzberichte über Lateinamerika; Stat. Bundesamt, Länderkurzberichte, Brasilien.

IMB unterstützt den Gewerkschaftsaufbau in Brasilien

Brasiliens Gewerkschaften sind sehr zersplittert. Es gibt ca. 3000 Gewerkschaften im ganzen Land. Das Gewerkschaftsgesetz sieht vor, daß es keinen zentralen Dachverband geben darf, sondern nur je eine Gewerkschaft pro Branche für Gebiete, die ungefähr die Größe unserer Gemeinden haben. Eine Folge davon sind große Lohnunterschiede; z.B. unterscheiden sich die gesetzlichen Mindestlöhne 1977 um mehr als ein Drittel je nach Bundesstaat. Das allgemeine Streikrecht besteht nur formal, weil die Regierung jeden Streik für illegal erklären kann.

In dieser Lage ist es von großer Bedeutung, daß der Internationale Metallarbeiterbund (IMB) den Aufbau der Gewerkschaften in Brasilien unterstützt. Das Büro des IMB in Brasilien nahm 1978 seine Tätigkeit auf. Der IMB unterstützte direkt den Aufbau von neuen Gewerkschaften, setzte sich für die Anerkennung von zwei neuen Metallgewerkschaften und der Bildung des 6. Metallverbandes im Staat Parana ein. Darüber hinaus wurde er tätig bei der Schaffung eines Metallverbandes für Nordostbrasilien. Das IMB-Büro für Brasilien organisierte auch die dritte Stahlkonferenz und die erste Elektronikkonferenz für Brasilien. Fünf Metallgewerkschaften Brasiliens sind inzwischen Mitglieder des IMB. Ihre Mitgliederstärke konnten sie von 94 500 1979 auf 507 000 1980 steigern.

Ein wichtiges Arbeitsgebiet des Büros ist die gewerkschaftliche Bildung. Im ganzen Land wurden 1980 über 100 gewerkschaftliche Bildungsbeauftragte ausgebildet. Sie organisierten Kurse im Bereich Gesundheit und Sicherheit und haben auch ein Seminar über imperialistische Konzerne für Gewerkschaftsfunktionäre durchgeführt. Der IMB gibt ein zweimonatliches Informationsbulletin heraus und verteilt Bildungsmaterial und Broschüren über Gesundheit und Sicherheit in der Fabrik.

Eine andere wichtige Aufgabe sieht der IMB darin, die Kämpfe der brasilianischen Arbeiter gegen die imperialistischen Konzerne zu unterstützen. Anfang 1981 wurde eine Konferenz für die lateinamerikanischen Philips-Arbeiter durchgeführt. In einem Bericht über Investitions- und Beschäftigungsstrategie dieses Konzerns wurde angegriffen, daß dieser seit 1970 70000 Beschäftigte in den europäischen Niederlassungen entlassen hat und stattdessen Investitionen

in Asien und Lateinamerika durchführt, bevorzugt in Ländern mit schwachen Gewerkschaftsorganisationen und niedrigen Löhnen. Die Arbeiter von Philips in den Niederlanden verdienen zweimal so viel wie die Arbeiter in Brasilien.

Der Streik der brasilianischen Metallarbeiter von 1980 wurde vom IMB weltweit unterstützt. Er forderte seine Mitgliedsverbände auf, Aktionen zur Unterstützung durchzuführen. In der BRD sammelte die IGM damals 100000 DM für die brasilianischen

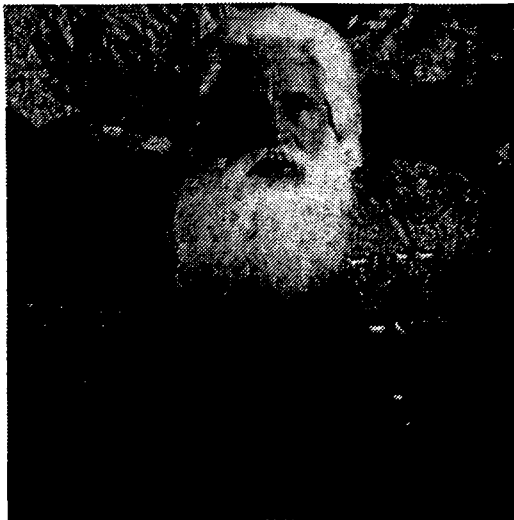


Arbeiter von VW do Brasil im Streik 1978

Arbeiter. Gegen die Verhaftung von elf Gewerkschaftsführern, die zum Streik aufgerufen hatten, wurden überall Protestresolutionen gefaßt. Ein Redakteur der Zeitung „Metall“ war bei den Prozessen dabei und berichtete in der Zeitung darüber. Weiter wurde in der BRD eine Mappe mit Bildern des brasilianischen Malers Moreira von der IGM zur Unterstützung der Metallarbeit verkauft. Der IMB forderte Amnestie für die Gewerkschafter.

Die IGM nahm auch an der „ersten Nationalkonferenz der Arbeiterklasse“ (CONKLAT I) im Bundesstaat Sao Paulo teil. An dieser Konferenz beteiligten sich über 5000 Vertreter von 1126 Gewerkschaftsorganisationen mit dem Ziel, den Gründungskongress einer „Central Unica de Trabalhadores“ (CUT), eines Dachverbandes der brasilianischen Gewerkschaften, vorzubereiten. Die Gründungskonferenz soll im Herbst 1982 stattfinden.

Quellenhinweis: IMB-Nachrichten, 1980 ff; Metall, u.a. 19/81; Der Gewerkschafter, u.a. 10/80



Film

Mel Brooks' „Verrückte Geschichte der Welt“: idiotische Herrscher und dumme Untertanen

Der neue Brooks-Film füllt Kinossessel und -kassen. Vermutlich sind es die witzigen Brooks-Parodien auf Western-Filme („Der wilde, wilde Westen“), auf die Horrorbranche („Frankensteins Junior“) oder auf den Stummfilm („Silent Movie“), die das junge, vorwiegend Schüler- und Studentenpublikum eine Persiflierung westlicher Kultur- und Geschichtsschreibung erwarten lassen. Aber die „Verrückte Geschichte der Welt“ ist keine bissige Karikatur der Mythen der Weltgeschichte, wie sie sich in den Schulbüchern finden oder auch in den diversen Hollywood-Geschichtsschinken, sondern über weite Strecken billiger Klamauk, der oft unappetitlich wird. Der Film stellt nicht die bourgeoise Geschichtsschreibung in Frage, kratzt nicht einmal dran, sondern vermittelt ein reaktionäres Geschichtsbild.

Witzig sind allenfalls die ersten Episoden des Films. So z.B. die Darstellung der Entdeckung des Gesangs durch die ersten Menschen: Einem fällt ein Stein auf den Fuß, und er stößt einen Schmerzensschrei aus; die Wiederholung zeigt, daß er die Stimmlage hält; indem sich dann die Sippenangehörigen gegenseitig Steine auf die Füße schmeißen, entsteht der Chorgesang. Oder die zehn Gebote: Moses wird von Gott gerufen, um drei Gesetzestafeln mit insgesamt 15 Geboten in Empfang zu nehmen, läßt aber auf dem Weg vom Berg eine versehentlich fallen, die

dann zerspringt; anschließend verkündet er seinem Volk nur noch zehn Gebote. Oder die Abendmahlsszene: Jesus hat die Apostel in einer Kneipe um sich versammelt und gerät mit dem Kellner in Streit, wieviel verzehrt werden muß und ob zusammen oder getrennt gezahlt wird; anschließend betritt Leonardo da Vinci mit Staffelei das Hinterzimmer, postiert für das berühmte Gruppenbild Jesus samt Aposteln auf der einen Tischseite, und der Kellner baut sich mit dem Silbertablett als Heiligenschein hinter Jesus auf.

Dagegen ist die Episode über Rom unter Kaiser Nero zu einer platten Klamotte geraten, etwa wenn der entlaufene Sklave – als der jüdische Entertainer Sammy Davis jr. aufgemacht – sich im kaiserlichen Harem und unter den Hofeunuchen versteckt, von einer aufreizenden Tänzerin enttarnt wird und schließlich die ihn verfolgende Legionärsmute mit einem Riesenjoint lahmlegt. Oder wo liegt der besondere Witz, wenn vor dem Kapitol Römer auf Rollschuhen und mit Stereorecordern und Sanduhren am Armband promenieren?

Brooks' Darstellung des spanischen Großinquisitors Torquemada macht die Inquisition zum Werk von Wahnsinnigen. Torquemada tänzelt in den Folterkeller wie Frank Sinatra in eine Las Vegas-Show. Im Musical-Stil steppen Mönche und leichtbekleidete Nonnen um die Gefolterten

herum. Auf drei Folterräder sind Juden gefesselt. Wenn die Räder, die wie ein Spielautomat mit einem Hebel ins Rotieren gebracht werden können, wieder stehenbleiben und drei gleich gekleidete Juden nebeneinander in einer Reihe sind, spuckt die Foltermaschine Silberstücke aus. Damit ist dieses düstere Kapitel Geschichte aus den perversen Lüsten von Wahnsinnigen erklärt statt aus den Interessen der herrschenden Feudalklassen des Mittelalters, die Erhebungen der Unterdrückten zu ersticken. Zugunsten des Gags wird die Geschichte entstellt.

In der Episode über die französische Revolution ist der Sonnenkönig ein geiler Bock, für den das Königtum in Frauen, Fressen und Pissen seinen Sinn findet; ansonsten ist er ein netter Kerl. Die Revolutionäre sind dagegen der wüste Abschaum von Paris.

Zum Schluß deutet Brooks eine Fortsetzung der „Verrückten Geschichte“ an – mit Hitler als Eiskunstläufer und israelischen Raumschiffen in Davidsstern-Form als Schrecken des Weltalls. So reimt sich das Geschichtsbild von Mel Brooks zusammen: Idiotische verrückte Herrscher, die nichts verstehen, und rohe, dumme Untertanen – das führt unvermeidlich zu den Katastrophen der Weltgeschichte. Dazwischen immer ein paar schlitzohrige Angehörige des Judentums, das sich trotz Rom und Inquisition bis in den Weltraum durchschlägt.

Gezeichnete Herrenmenschen animiert

Der Film „Heavy Metal“ gründet sich auf das auch in deutscher Sprache erscheinende Heft „Schwermetall, Comics für Erwachsene“, in dem die Kämpfe von Supermännern und -frauen in Fortsetzungen zu verfolgen sind. Was der Film hinzufügt, ist die oberflächliche Verknüpfung der Geschichte durch einen grünen kugelförmigen Stein, der das Böse verkörpert, das mal wieder die Welt erobern will. Szenen, die antimilitaristisch daherkommen, wie die Landung auf einem mystischen Friedhof mit lauter abgeschossenen Horrorpiloten, bieten keine Handhabe, etwas gegen Kriegsvorbereitungen zu tun, sondern schildern nur das unerklärliche Grauenhafte. Bestehende Maßstäbe, aus welchem Grund jemand umgebracht werden darf, werden aufgelöst. In jedem Fall genügt die Behauptung, der Feind und seine Werkzeuge wollten die Weltherrschaft an sich reißen. Die schlechten Jugendstilnachahmungen der gezeichneten Hefte treten im Film zurück zugunsten von Bewegung, an der der Zuschauer teilnehmen soll. Wenn ein bestochener Zeuge, der durch die Einwirkung des bösen grünen Steins nicht wie erwartet einen hohen Offizier entlastet, durch eine Falltür in den Weltraum gestoßen wird, dann verharret der Kinobesucher in der Perspektive des Militärs. Das Mittel des Zeichentrickfilms wird eingesetzt, um Vorgänge, die bei Darstellung durch Schauspieler lächerlich wären, plausibel erscheinen zu lassen. Gefühle und Magenerven werden strapaziert.

Grüne als Kolonialisten

Eine „grüne“ Opposition gegen den Kapitalismus, die sich auf den Planeten Venus schießen läßt und davon auch noch ganz begeistert ist, weil sie dort ihre „naturschützerischen“ Ziele verwirklichen zu können glaubt: war das nichts? Der Heyne-Verlag hat diese Siedlergeschichte, 1953 in den USA als Science fiction erschienen, als „beste Satire auf den skrupellosen Kapitalismus“ neu herausgebracht. Das Strickmuster der „Satire“: Im 21. Jahrhundert wird die Erde von skrupellosen US-Monopolen wie Bell, US-Steel usw. beherrscht. Diese tragen mörderische Fehden untereinander

aus, während sie mit einem umfassenden Spitzel- und Zwangsarbeitssystem, vor allem aber mittels Drogen, die übrige Bevölkerung ausbeuten und zum Konsum ihrer Produkte manipulieren. An ihrer Spitze stehen – folgerichtig – zwei Werbekonzerne.

Die einzige Opposition sind die „Natschus“. Diese „Natschus“ sind überall, bis in die Spitzen der Konzerne, vertreten. Sie arbeiten als Geheimbund. Wird einer von ihnen erwischt, wird sein Gehirn „ausgelöscht“. Haupt-, wenn nicht einziger Inhalt ihres Oppositionsprogramms ist: mehr Bäume, mehr Blumen, gegen den Raubbau an der Natur, zurück zu einem „natürlichen Leben“. Als einer der beiden Werbekonzerne die Besiedlung und Plünderung der Venus in Angriff nimmt, schalten sie sich ein, um selbst die Venus zu sichern – als „Musterkolonie“ zur Verwirklichung ihrer Ziele. Am Ende des Romans fliegen sie auch dorthin – einer „grünen“ Siedlerzukunft entgegen.

Unter der Flagge der „futuristischen Kapitalismuskritik“ wird so ein gefühlsduseliger Appell an die Zeiten der „freien Siedler“, die einst nach Kanada oder in die USA zogen, verpackt. Als wenn der heutige US-Imperialismus nicht das folgerichtige Produkt der bürgerlich gelenkten Siedlerströme des 17. bis 19. Jahrhunderts wäre, unter denen sich bekanntlich viele Oppositionelle des europäischen Kontinents befanden. Zurück zu den Ursprüngen des US-Imperialismus: Was soll denn daran „futuristisch“ sein?

F. Pohle, C.M. Kornbluth, Eine Handvoll Venus und ehrbare Kaufleute, SF-Bibliothek, Heyne-Verlag, 1982, 5,80 DM.

Peter Maffay: Diesmal zu Gott

Peter Maffay, der mit dem Liebeslied „Über sieben Brücken“ bekannt geworden ist, hat jetzt eine neue Langspielplatte herausgebracht. Das gewaltige Volumen seiner Stimme und die Melodie dieses Liedes hatten viele Sehnsüchte hervorgerufen. Seine neue LP ist weniger eindrucksvoll. Sie schlägt die Brücke von Lebensfreude zur Politik, über Probleme zwischen Mann und Frau hin zu Gott. Das Stimmvolumen wird bei vielen Liedern zum aggressiven Hämmern benutzt. Wo die Lieder sich mit der Ewigkeit und mit Gott beschäftigen, wird die

Musik ätherisch. Dort wird statt Variationen in der Stimme und Ausdruck Hall zur Stimmverstärkung benutzt und auch ein Chor im Hintergrund, der die Musik künstlich aufmotzen will.

Dort wo Maffays Texte sich mit der Politik befassen, gehen sie nicht über fade Oberflächlichkeit hinaus. „Man“ ist gegen den Krieg, gegen die Umweltverschmutzung, gegen die Sanierung, gegen die Chemie; dafür, daß keiner an Hunger stirbt, daß die Jugend deutlich sagt, was ihr nicht paßt. Kurz, alle Themen, die in den Volksbewegungen verhandelt werden, werden angerissen, aber nur abgesungen, ohne daß sich die Lieder mit den aufgeworfenen Problemen inhaltlich beschäftigen oder sie auch nur darstellen. Eine Ausnahme bildet das zweite Lied auf der LP, „Jeder gegen jeden“, das die Konkurrenz angreift; die den Kindern schon in der Schule eingebläut wird:

Der Eindruck ist eher so, als wollte Maffay auf den Wellen der Jugendbewegung sein Geld verdienen und sie nicht unterstützen. Die Liebeslieder sind mystisch: „Gib mir deinen Körper und auch deine Seele“.

Oder auch reaktionär wie in „Wilde Jahre“, wo die Frau als ein Wesen dargestellt wird, das nichts als die Sicherheit sucht. Der Schluß wird dann religiös. Das letzte politische Lied „Dafür“, das sich für Freiheit, Gleichheit und Einheit ausspricht, enthält zwar im Text nichts Religiöses, aber das Lied hat starke Ähnlichkeit mit einem Gospel. Der Refrain: Ich bin dafür, wird, wie es bei Gospelongs üblich ist, gegesungen mit einem Chor. Das folgende Lied „Hinter der Tür“ befaßt sich mit der letzten Tür, die jeder mal aufstoßen wird und hinter der sich dann entweder die Ewigkeit oder das Nichts verbergen. Und schnell ist Maffay aus Angst vor dem Nichts bei „Mein Gott“, der angerufen wird, das Böse im Menschen nicht siegen zu lassen. So enden dann die Lockungen der Rockmusik, sich mit dieser Musik von der bürgerlichen Unterdrückung zu befreien, und die Lockungen, die von den angerissenen Positionen gegen die „Herrschen“ ausgehen, im Vertrauen auf Gott, der die Dinge lenkt, und nicht darin, zumindest die bestehenden Verhältnisse darzustellen und dadurch anzugreifen.

Club of Rome

Die Entwicklung der Mikroelektronik und ihre Folgen

„Die moderne Industrie betrachtet und behandelt die vorhandene Form eines Produktionsprozesses nie als definitiv. Ihre technische Basis ist daher revolutionär“, schrieb schon Marx im Kapital. Die Entwicklung der Mikroelektronik ist sicherlich ein deutliches Beispiel dafür. Mit der Entwicklung des Transistors wurde 1948 der entscheidende Schritt zur integrierten Schaltung gemacht. Damit war der Weg zur Miniaturisierung und Verbilligung des Computers frei und damit zur Steigerung seiner Leistung um das Zehntausendfache und zur Verbilligung auf ein Hunderttausendstel in den letzten 15 Jahren. Alte mechanische Produkte werden durch elektronische ersetzt, die sich durch größere Zuverlässigkeit und Billigkeit kennzeichnen, wie v.a. Uhren, von denen beispielsweise 1981 60% quarz- und oszillatorgesteuert sind, oder die Produktion verbesserter Verkaufsautomaten und Photokopiergeräte, ebenso wie allmählich die Produktion mikroelektronisch überwachter Haushaltsgeräte. Vor allem aber wird ihre Anwendungsmöglichkeit in der Produktion erheblich erweitert. Erstmals in der Rüstungsproduktion und bei der Produktion hochwertiger Investitionsgüter eingesetzt, dringt der Einsatz computergesteuerter Herstellung und Konstruktion vor allem in der Metallindustrie vor. Eine Reihe von Werkzeugmaschinen, jede von Computern gesteuert, bearbeitet ein Werkstück, das sich auf einem Fließband von Maschine zu Maschine bewegt, Maschinenkomplexe aus numerisch gesteuerten Werkzeugmaschinen, die mit den vier wichtigsten Formen der Metallbearbeitung, Walzen, Schleifen, Bohren und Drehen, ausgerüstet sind, oder die Koppelung dieser Maschinen mit Robotern zu Transferstraßen. Noch erfordert dieser Einsatz hohe Kapitalinvestitionen, jedoch sollen nach Schätzungen ihre Kosten auf die Hälfte gesenkt werden und ihre Präzision erhöht werden, so daß sie breiteste Anwendung finden werden. In der Petrochemie, Erdöl-Plastik und Glasindustrie können sie vor allem wegen der Neuerung bei Instrumenten und Regelanlagen eingesetzt werden. Im Bergbau können neue geologische Lagerstätten gefunden und abgebaut werden, die Beobachtungstätigkeit und damit Warnung bei Erdbeben kann verbessert und verbilligt werden, ebenso in der Landwirtschaft die Anbaumethoden entsprechend der Bodenbeschaffenheiten, die Überwachung von Bewässerungssystemen und Lagerung. Im Handel, in Banken und Versicherungen wie auch im Büro ist die Anwendung bereits weit entwickelt.

Einen genauen Überblick über die technischen Möglichkeiten der Anwendung kann man der von Günther Friedrich und Adam Schaff herausgegebenen Studie „Auf Gedeih und Verderb“ entnehmen, und das ist eine der Stärken dieser Studie.

Aber ebenso beständig wie die große Industrie die technische Basis revolutioniert, ebenso blind vollzieht sie sich kapitalistisch auf der Grundlage der allumfassenden Konkurrenz als überwältigendem Naturgesetz mit zerstörerischer Wirkung. So wurden nach einer Untersuchung über den Einsatz von Robotern in der Automobilproduktion je vier Arbeiter durch einen Roboter ersetzt, ein neuer Arbeitsplatz wurde geschaffen. Von den neuen Arbeitsplätzen war ein Drittel niedriger qualifiziert als vorher. Im Druckbereich sank die Zahl der Beschäftigten von 1970 – 77 um 21,3%. 300000 Beschäftigte im Groß- und Einzelhandel, meldet die HBV, würden in den nächsten Jahren durch Automation arbeitslos, weiterhin jeder fünfte Bankangestellte. Aus einem Bericht der Zeitschrift „Business Week“ geht hervor, daß 45% aller Arbeitsplätze in den industrialisierten Ländern in den kommenden zwei Jahrzehnten durch den Einsatz von Mikroelektronik verändert oder ganz wegrationalisiert würden. Hand in Hand mit der zunehmenden Arbeitslosigkeit gehen zunehmende Intensität für die, die noch Arbeit haben, verstärkte gesundheitliche Schäden, die Dequalifizierung vieler Facharbeiterberufe und der Einsatz von Personalinformationssystemen zur verstärkten Kontrolle. Zusätzlich werden die Widersprüche zwischen der Dritten Welt und den imperialistischen Ländern durch wachsende Kapitalintensität der Produktion, die Steigerung der Bedeutung von Forschung und wissenschaftlichen Kenntnissen in der Produktion weiter verstärkt. Auch hierin ermöglichen verschiedene Beiträge der Studie einen genauen Überblick.

Die Auseinandersetzungen, die die Arbeiterbewegung in den letzten Jahren um die Einführung der Mikroelektronik geführt hat, hat längst der Ideologie, das seien nun mal alles Folgen der Technik, der man „auf Gedeih und Verderb“ ausgeliefert sei, den Boden entzogen und zu Auseinandersetzungen um die Beherrschung ihrer Einführung geführt. Doch so genau die Studie in den Wirkungen und Möglichkeiten der Technik ist, so verschwommen ist sie in der Untersuchung der Ursachen und notwendigen Konsequenzen. So fordert zwar Adam Schaff in seinem Beitrag „Beschäftigung und Arbeit“ ein umfassendes Ausbildungsprogramm und den „umfassend gebildeten Menschen“, für dessen Lebensunterhalt gesorgt ist, ohne jedoch die Bedingungen zu untersuchen, eine schwärmerische Zukunftsmalerei.

Konkreter sind hier nur die gewerkschaftlichen Beiträge, in denen J. Evans und G. Friedrichs einen Überblick über verschiedene europäische gewerkschaftliche Forderungen und bereits durchgesetzte Vereinbarungen geben, und der Beitrag J. Radas, der die Bedeutung der Zusammenarbeit zwischen den Ländern der Dritten Welt zur Entwicklung von Forschung und Technologie und im Aufbau eines unabhängigen Informationsnetzes unterstreicht.

G. Friedrichs, A. Schaff (Hrsg.), Auf Gedeih und Verderb, Europaverlag Wien, 29,80 DM

Sowjetunion

Ergebnisse der ersten beiden Fünfjahrpläne

Ende 1932 schrieb „The New York Times“ über den ersten Fünfjahrplan der Sowjetmacht: „Der Fünfjahrplan der Industrie, der sich das Ziel gesetzt hat, das Gefühl für Proportion herauszufordern, und der seinem Ziel ‚ohne Rücksicht auf die Unkosten‘ zustrebt, wie sich Moskau so häufig mit Stolz gerühmt hat, ist in Wirklichkeit kein Plan. Er ist eine Spekulation.“

Als Spekulation jedoch erwies sich die Ansicht der „New York Times“, die sehr wohl die Hoffnung der internationalen Reaktion zum Ausdruck brachte. Schon nach Abschluß des ersten, auf vier Jahre verkürzten Fünfjahrplans (30.9.1932) und erst recht im Verlaufe des zweiten (1933 – 1937) zeichnete sich deutlich ab, daß die sozialistische Sowjetunion auf dem Wege war, die ererbte Rückständigkeit auf immer abzustreifen. Während die imperialistischen Länder Anfang der 30er Jahre einen schroffen Einbruch der industriellen Produktion verzeichneten, konnten die sowjetischen Arbeiter die Industrieproduktion verdoppeln. Während die US-Landwirtschaft von einer tiefen Krise erfaßt wurde, begann sich die kollektivierte sowjetische Landwirtschaft zu entwickeln. Während in den imperialistischen Ländern Millionen und Abermillionen ihre Arbeit und damit Existenzgrundlage verloren, konnte die Sowjetunion die Arbeitslosigkeit beseitigen. – Als die gewaltigen Erfolge der Sowjetmacht bei der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes auch für die letzten Reaktionäre unübersehbar und unbestreitbar wurden, verlegten sie sich auf eine andere Tour, um die Ausstrahlung der Sowjetunion auf die internationale Arbeiterbewegung auszulöschen: Unter unglaublichen Kosten sei die Industrialisierung erzwungen worden.

In der Tat waren die Kosten hoch. Und in der Tat war das hohe Tempo der Industrialisierung erzwungen. Erzwungen von den Imperialisten, die schon einmal die Sowjetunion überfallen hatten und die nur auf die Gelegenheit warteten, den ersten sozialistischen Staat zu vernichten. Schon Lenin hatte die für die junge Sowjetunion einzige Alternative festgestellt: „Entweder untergehen oder die fortgeschrittenen Länder auch ökonomisch einholen und überholen.“ Die Sowjetmacht war sich schmerzlich bewußt, daß jeder Fortschritt im sozialistischen Aufbau die Gefahr imperialistischer Interventionen verstärken würde, daß aber gewaltige Fortschritte erreicht werden mußten, um dieser Gefahr nicht hilflos ausgesetzt zu sein. Wie jedermann weiß, behielt die KPdSU unter der Führung Josef W. Stalins auf bittere Weise recht. Spätestens die Machtergreifung des Faschismus in Deutschland 1933 kündigte die akuten Gefahren an, die die Sowjetunion bedrohten. Daß diese den dann 1941 erfolgten faschistischen Überfall nicht nur überstand, sondern schließlich den entscheidenden Beitrag zur Niederwerfung des faschistischen Deutschlands und zur Befreiung der europäischen Völker leisten konnte, geht nicht zuletzt auf die Entscheidungen zurück, die mit den ersten beiden

Fünfjahrplänen gefällt wurden und die dem Aufbau der Schwerindustrie den höchsten Rang zuwiesen.

Ohne die Entwicklung einer eigenen Traktorenindustrie etwa hätte die Rote Armee nicht mit Panzern ausgerüstet werden können, die denen der faschistischen Wehrmacht nicht nur ebenbürtig, sondern überlegen waren. Ohne die schwerindustrielle Entwicklung der Gebiete östlich des Urals wäre die industrielle Produktion der Sowjetunion unweigerlich zusammengebrochen. Im vorrevolutionären Rußland war die Industrie fast vollständig um Petersburg (Leningrad), im Süden der Ukraine und in den Ostseestädten konzentriert, Gebieten also, die während des Krieges lange Zeit von der Wehrmacht besetzt waren. Schon 1940 aber betrug der Anteil des asiatischen Teils der Sowjetunion an der Erzeugung der Elektroenergie 22%, an der Kohle- und Eisenerzförderung 36 bzw. 28%, an der Roheisenerzeugung 28% und an der Stahlerzeugung 31%. Während des Krieges gelang es, einen Teil der lebenswichtigen Industrie von Westen in die östlichen Gebiete zu verlagern. „Die forcierte Industrialisierung dieser Räume während des Zweiten Weltkrieges führte dazu, daß trotz der deutschen Besetzung die Industrie nicht zusammenbrach, sondern im Gegenteil – und im Unterschied zum Ersten Weltkrieg – nach einem Tiefpunkt der Entwicklung (1942 nur 77% der Produktion von 1940) 1944 schon wieder 104% des Vorkriegszustandes erreichte.“ (1) Ohne die Kollektivierung, die das Dorf mit den Städten und industriellen Zentren verbunden hatte, hätte die Ernährung der Zivilbevölkerung wie der Roten Armee nicht sichergestellt werden können. Daß die Sicherstellung der Ernährung im wesentlichen ein Erfolg der Kollektivwirtschaften war, geben selbst die reaktionärsten Gegner der sozialistischen Sowjetunion zu. Und noch etwas müssen sie zugeben und damit ihre eigenen Greuelmärchen über den „Kollektivierungsterror“ widerlegen: „Das Kolchosystem hat den Krieg – auch im feindbesetzten Teil – im wesentlichen unerschüttert überstanden.“ (2) Wie, wenn nicht aus dem Grunde, daß die Bauern um keinen Preis zurück zur Einzelwirtschaft wollten?

Spätestens also der Sieg der Roten Armee hat die beiden großen Entscheidungen des Jahres 1928 – den ersten Fünfjahrplan mit Schwerpunkt Entwicklung der Schwerindustrie und die Kollektivierung der Landwirtschaft – vollständig bestätigt.

1928 war die Rekonstruktion der Industrie abgeschlossen, das industrielle Vorkriegsniveau nicht nur erreicht, sondern bereits erheblich übertroffen. Dies war jedoch im wesentlichen das Ergebnis der vollen Auslastung der alten Produktionskapazitäten, die wieder in Gang gebracht worden waren, und nur zum geringen Teil der Schaffung neuer Produktionskapazitäten. Um den industriellen Aufbau planmäßig voranzutreiben, mußte die Sowjetmacht vor allem die Frage der Mittel für die Akkumulation lösen. Die Aufnahme von Auslandsanleihen und Kapitalimport schied aus politischen Gründen aus. Die Gewinne der sozialisierten Industrie waren angesichts der gewaltigen Aufgaben bei weitem zu gering. Tatsächlich kam als Quelle für die industrielle Akkumulation vor allem die Landwirtschaft infrage, in der immerhin noch rund 75% der Erwerbstätigen arbeitete.

Auch bis 1928 hatte die Landwirtschaft nicht unbeträchtliche Mittel für die Rekonstruktion der Industrie bereitgestellt. (3) Unter den Bedingungen der bäuerlichen Einzelwirtschaft aber waren die Grenzen erreicht, mehr noch: Die Ernährung der städtischen Bevölkerung und damit des Industrieproletariats war kaum noch gewährleistet. Trotz steigender Getreideproduktion sank die Menge des Marktgetreides – Folge des erbitterten Klassenkampfes der Kulaken, aber auch Folge der Tatsache, daß die zahlenmäßig noch angewachsenen kleinbäuerlichen Wirtschaften vielfach nur für den Eigenbedarf produzieren konnten. Die Zersplitterung der Produktion zog der Entwicklung der Produktivkräfte überaus enge Grenzen, die Mechanisierung der landwirtschaftlichen Produktion war praktisch unmöglich.

Die Bedingungen dafür konnten, wie in den Politischen Berichten 5/82 dargestellt, erst durch die Kollektivierung der Landwirtschaft geschaffen werden. Und: Erst die Kollektivierung, die die industrielle Bearbeitung des Bodens unter sozialistischen Verhältnissen ermöglichen würde, konnte die Bedingungen für den geregelten und planmäßigen Austausch zwischen Stadt und Land, Industrie und Landwirtschaft herstellen und damit überhaupt die Bedingungen für die Errichtung der Planwirtschaft.

Wie? Neben dem Kollektiv, d.h. der Vergesellschaftung des Bodens und der meisten Produktionsmittel, sei der Abschluß von

Lieferungs- und Abnahmeverträgen zwischen den staatlichen Stellen und den Kolchosten ein wesentliches Merkmal der neuen Ordnung auf dem Dorf, schrieb der deutsche Agrarexperte Schiller. Laut dem 1935 verabschiedeten „Musterstatut des landwirtschaftlichen Artels“ (Kolchos) waren die Bauern verpflichtet, ihre Kollektivwirtschaft nach Plan zu führen und dabei den staatlichen Gesamtplan und die Verpflichtungen gegen den Staat zu erfüllen. – Selbstverständlich erschweren die besonderen Bedingungen der landwirtschaftlichen Produktion ihre Planbarkeit; allzumal in der Sowjetunion, wo die Vegetationszeiten sehr kurz sind und wo einem alten Sprichwort zufolge „ein Tag das Jahr ernährt“, d.h. ein kurzer, aber unzeitgemäßer Frost etwa die ganze Aussaat vernichten kann. Waren die Bauern früher jedoch den Unbilden der Natur hilflos ausgesetzt, so begannen sie jetzt mit Hilfe der neuen, arbeitssparenden Traktoren, neu entwickelten, sehr widerstandsfähigen Saatguts, neu geschaffener Lagerkapazitäten, die Reservebildung ermöglichten, usw. der Natur zu trotzen. Ab ungefähr 1934 konnten die Lieferverpflichtungen der Kolchosten weitgehend eingehalten werden; 1935 konnte die Rationierung der Lebensmittel in den Städten aufgehoben werden.

Die Preise allerdings für die Pflichtlieferungen der Kolchosten waren sehr niedrig angesetzt, während die Preise für die landwirtschaftlichen Betriebsmittel sowie die Abgaben für die von den MTS-Stationen bereitgestellten Maschinen verhältnismäßig hoch waren. Dies war der hauptsächlichste Weg, auf dem die Sowjetmacht das landwirtschaftliche Mehrprodukt zugunsten der zügigen Industrialisierung abschöpfte.

Dies wirkte sich natürlich sowohl auf die landwirtschaftliche Akkumulation als auch auf die Lage der Kolchosbauern aus. Nach dem Musterstatut von 1935 mußten die Kolchosten aus ihren Einnahmen 12–15% in den Getreidebezirken bzw. 15–20% u.a. in der Viehwirtschaft in den sog. „unteilbaren Fonds“ einzahlen, aus dem die Anschaffungen von Betriebsmitteln, Vieh usw. bestritten wurden; ein weiterer Teil mußte die laufenden Ausgaben decken, einschließlich der Steuern und Versicherungsbeiträge; wiederum ein weiterer Teil wurde für die Versorgung der Invaliden, Alten und Kranken bereitgestellt sowie für die Schaffung von Kinderkrippen und die Befriedigung kultureller Bedürfnisse. Der „Rest“ der Geldeinnahmen wie auch der Produkte wurde je nach Arbeitsleistung an die Kolchosniki verteilt.

Ihr Einkommen, das auch das Einkommen aus einer kleinen Hofwirtschaft umfaßte, betrug Mitte der 30er Jahre knapp die Hälfte des Industriearbeiterlohnes. Die reaktionären Bauern-„freunde“ ergreift angesichts dessen die helle Empörung. Sie „vergessen“ dabei allerdings, daß, gemessen an dem früheren Elend der Dorfarmut, sich die Lage der Kolchosbauern erheblich verbessert hatte. Dies beweist auch die durchschnittliche Lebenserwartung in der Sowjetunion (bzw. Rußland), die von 32 Jahren Ende des letzten Jahrhunderts auf 44 Jahre 1926/27 und 47 Jahre 1938/39 gestiegen war.

Auch über die angebliche oder wirkliche „Unterkapitalisierung“ der kollektivierten Landwirtschaft kursieren mehr Vorurteile als Kenntnisse. Ein beträchtlicher Teil des abgeschöpften landwirtschaftlichen Mehrprodukts, das den Aufbau der Schwerindustrie ermöglichte, floß in die Landwirtschaft zurück.

Investitionen in der SU, in Mio. Rubel zu Preisen von 1955

	1918–28 ¹	1929–32 ² 1. FJP	1933–37 2. FJP
Volkswirtschaft insg.	4087	7423	16811
Landwirtschaft	114	1134	2006
Kolchosen	24	297	932
Industrie	643	2897	6377

1) ohne 4. Quartal 1928; 2) einschl. 4. Quartal 1928

Dennoch ist unbestreitbar, daß die landwirtschaftlichen Produzenten der Sowjetunion für die Umwälzung der Produktionsverhältnisse viele Entbehrungen haben in Kauf nehmen müssen. Erst in den 50er und 60er Jahren begann sich ihr Lebensstandard dem der Industriearbeiter anzunähern. – (Fortsetzung folgt)

1) Adolf Karger (Hrsg.), Fischer Länderkunde, Sowjetunion, Frankfurt 1978, S. 135; 2) Hans Raupach, Geschichte der Sowjetwirtschaft, Reinbek 1964, S. 103; 3) s.u.a. Josef W. Stalin, Über die Industrialisierung und das Getreideproblem, Werke Bd. 11, S. 139ff. Weitere Quellenhinweise: Hermann Clement, Die Roh- und Grundstoffwirtschaft der Sowjetunion, Hamburg 1974; Josef W. Stalin, Die Ergebnisse des ersten Fünfjahresplans, Werke Bd. 13, S. 145 ff., Hamburg 1971; Stat. Bundesamt Wiesbaden (Hrsg.), Länderbericht Sowjetunion 1977, Stuttgart und Mainz 1977; Karl C. Thalheim, Grundzüge des sowjetischen Wirtschaftssystems, Köln 1962

VR Polen

Die PVAP plant erneut Branchengewerkschaften

Am 24. und 25.2.1982 hat das Zentralkomitee der PVAP seine erste Vollversammlung nach Einführung des Kriegsrechts durchgeführt. Das ZK hat die Bildung des Rates der nationalen Rettung gebilligt. Dieser besteht ausschließlich aus Mitgliedern der Partei. Der erste Sekretär des ZK der PVAP, General Jaruzelski, sprach sich gegen Fraktionen in der Partei und für die Festigung ihrer Einheit aus.

Das ZK befaßte sich mit den von einer Kommission des Ministerrats für Gewerkschaftsangelegenheiten zuvor veröffentlichten Vorschlägen zur Wiedenzulassung von Gewerkschaften, die garantieren sollen, „daß die Gewerkschaften nicht für antisozialistische Tätigkeiten ausgenutzt“ werden können und sich nicht in politische Organisationen verwandeln können.

Das Hauptmittel sehen Kommission und ZK darin, die organisatorischen Möglichkeiten der Gewerkschaft zu beschränken. Im Statut soll verankert werden, daß sie nicht nach regionalen Unterheiten organisiert und nicht geographisch zentralisiert sind. In der Begründung wird behauptet: „Die Erfahrung zeigt, daß zentralisierte Bünde ... aufhören, sich mit den Angelegenheiten der Arbeiter zu befassen.“ Die Gewerkschaften sollen auf der Ebene der Arbeitsstätten und nach Branchen organisiert sein. Dies richtet sich gegen die Organisationsform, die die Gewerkschaft „Solidarität“ gewählt hatte. Auftrieb erhalten dagegen die alten Funktionäre der Branchengewerkschaften, die ihre Mitglieder mit dem Aufschwung der Arbeiterbewegung nicht mehr halten konnten.

In seiner Rede vor dem ZK erklärte Jaruzelski, daß es keine Rückkehr zu den Verhältnissen vor dem August 1980 gebe und daß die „gesellschaftliche Erneuerung“ fortgesetzt werden müsse. Die PVAP und die Staatsorgane beharren auf der Fiktion, daß sie an den Vereinbarungen vom August 1980 festhielten, während die Führung der Gewerkschaft „Solidarität“ sie gebrochen hätte. Insofern tritt die Partei auf als einzige Interessenwahrerin der Arbeiter. Allerdings stützt sie sich in dem Vorschlag nur auf Passagen der Vereinbarungen, auf die sich das Streikkomitee kompromißweise eingelassen hatte, um die Festlegungen, die von Nutzen für die Arbeiterbewegung waren, zu sichern. Diese seien „die unbedingte Befolgung der gesetzmäßigen Ordnung im Staat durch die Gewerkschaftsbewegung, die Achtung der Grundsätze der Verfassung der VR Polen, die Anerkennung der führenden Rolle der Partei in der Gesellschaft und der Leitung des Staates.“ Trotz dieser Verfälschung und trotz der Zerschlagung der Strukturen der „Solidarität“ ist die Arbeiterbewegung in der kurzen Zeit, die ihr zur Verfügung stand, so weit gekommen, daß einige Errungenschaften nicht mehr gänzlich beseitigt werden können. Dies ist einmal das Prinzip der Einheitsgewerkschaft, deren Mitglieder nicht auf eine bestimmte politische Richtung festgelegt werden sollen. Im Vorschlag der Kommission steht dazu: „Die wiederhergestellte Gewerkschaftsbewegung muß ungeachtet ihrer Organisationsform, die sie in Zukunft annehmen wird, die Menschen der Arbeit sammeln, unabhängig von ihren persönlichen Anschauungen und ihrer Weltanschauung.“ Die Zugehörigkeit zur Gewerkschaft soll freiwillig sein.

Des weiteren soll das Streikrecht erhalten bleiben. Wenn auch die Einschränkungen stark sind, würde doch die Arbeiterbewegung das Mittel des Streiks zur Verfolgung ihrer Interessen nutzen können. Auseinandersetzungen um seine jeweilige Anwendung wären absehbar. Der Streik soll nur als „letztes Mittel“ erlaubt sein. Politische Streiks soll es nicht geben. Nach jedem Streik soll eine Untersuchung stattfinden, ob der Betriebsleiter oder seine Vorgesetzten zur Verantwortung gezogen werden müssen, weil sie die Belegschaft zur Ergreifung dieses Mittels getrieben haben. Aber auch die Organisatoren des Streiks sollen zur Verantwortung gezogen werden, wenn sie dieses letzte Mittel „unbegründet“ angewendet haben.

Eine starke Drohung, die satzungsmäßig noch nicht gefaßt ist, wird auf jeden Fall ausgesprochen mit der Erwägung von wirtschaftlichen Sanktionen gegen die Streikenden, d.h. Nichtbezahlung der Streiktage: „Es darf nicht die Situation entstehen, daß die Arbeitenden die Streikenden ernähren. Sonst wäre das Streiken genauso vorteilhaft wie die Arbeit.“

Quellenhinweis: UZ vom 24.2., 25.2., 1.3., Trybuna Ludu vom 22.2.82

Lohnabhängige und Selbständige in der Steuerstatistik

Das zusammengefaßte Gesamtergebnis der Lohn- und Einkommenssteuerstatistik von 1977 ist jetzt erst zugänglich; dies, weil die nicht in einem Lohnverhältnis befindlichen Steuerpflichtigen ihre Erklärung nicht selten erst Jahre später abgeben. Die rechts in den Schaubildern dargestellten Verteilungen ergeben sich alle aus der oben abgedruckten Tabelle; sie dienen lediglich dem Zweck einer sichtbar zusammenhängenden Darstellung. Die Betrachtung der Fälle selbständiger Steuerpflichtiger (unteres Schaubild) insbesondere ergibt einen recht lebhaften Eindruck von der Einkommensdifferenzierung, die der Kapitalismus hervorbringt. Das untere runde Drittel (38,3%) vereinigt lediglich 5,4% der steuerpflichtigen Einkünfte auf sich, im Durchschnitt 540 DM pro Monat. Das obere Promille hingegen zieht 8,3% der Einkünfte auf sich und kommt auf ein monatliches Einkommen zwischen 250000 DM und 1,5 Millionen. Das für die oberste Klasse ausgewiesene steuerpflichtige Einkommen steht fast zehntausendmal höher als das für die unterste Klasse erfaßte.

Genauso weit spannt die Differenzierung bei jenen Steuerpflichtigen, die Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit beziehen, d.h. irgendwie in einem Lohnverhältnis stehen. Sie ist graphisch allerdings nicht so gut darstellbar, weil der Anteil der im „normalen Bereich“ verdienenden Beschäftigten so hoch ist, daß Maßstabsprobleme auftreten. Die vergleichende Betrachtung beider Verteilungen ist sinnvoll, weil im Bereich der Reproduktion die Daseinschancen in der kapitalistischen Gesellschaft nun einmal von dem Betrag des Einkommens abhängen.

Nach einer statistischen Konvention der EG hat für arm zu gelten, wer weniger als die Hälfte des durchschnittlichen Einkommens zur Verfügung hat. Nach dieser Übereinkunft weist die Verteilung der Lohn- und Einkommenssteuerpflichtigen einen Prozentsatz von rund 28% Armen aus; d.h. Steuerpflichtigen, die 1977 ein Monatseinkommen von weniger als 1250 DM brutto hatten, in heutigen Preisen weniger als rund 1550 DM brutto. Zu beachten ist, daß die Statistik Steuerfälle ausweist, d.h. Ehepaare treten mit ihrem gemeinsamen Einkommen in Erscheinung. So gesehen ist dieser konventionelle Begriff von Armut nicht unvernünftig. Würde man ihn nach der anderen Seite hin ergänzen und sagen, daß als „reich“ anzusehen sei, wer mehr als das Doppelte des durchschnittlichen Einkommens verfügt, so ergäbe sich ein steuerpflichtiges Monatseinkommen von rund 5000 DM, in heutigen Preisen rund 6200 DM als untere Grenze des Reichtums. Über dieser Grenze liegen dann knapp 8% der Steuerpflichtigen, vereinigen allerdings rund 27% der Gesamteinkünfte auf sich.

Versucht man von diesen beiden Eckmarken aus – die statistische Konvention legt sie nahe, und die Lebenserfahrung widerspricht dem nicht; unter 1250 DM brutto war 1977 kaum genug zur Existenz und über 5000 DM durchaus reichlich –, so kommt man zu einer Beschreibung von Einkommensgruppen, die plausibel ist.

1. Gruppe bis rund 1200 DM monatlich. In beiden Verteilungen als flach ansteigende Flanke kenntlich. Bei den Lohnabhängigen Gelegenheitsarbeit, Auszubildende, Frauenteilzeitbeschäftigung, bei den Selbständigen irgendeine würstelbudenartige oder Vertreterexistenz, die meist bloß möglich ist, weil zusätzliche Einkünfte, z.B. Unfallrenten, Witwenrenten etc., vorhanden sind.

2. Gruppe von rund 1200 DM monatlich bis rund 5400 DM. Bei den Lohnabhängigen Zone der tarifierten Löhne und Gehälter, bei den Selbständigen Beschäftigungen, deren Ablauf grundlegend von der persönlichen Arbeitsleistung der Selbständigen abhängt.

3. Gruppe von rund 5400 DM monatlich bis rund 18800 DM. Bei den Lohnabhängigen leitende Angestellte definitiv außerhalb des Geltungsbereiches von Tarifverträgen, in der Verteilung als flach abfallende Flanke kenntlich. Bei den Selbständigen Einkommen, die bereits wesentlich durch Beschäftigung von Lohnabhängigen erzielt werden.

4. Gruppe von rund 18000 DM bis rund 131000 DM monatlich. Bei den – formal – Lohnabhängigen Einkommen, wie sie ohne eigenen Besitz kaum noch erzielbar sind, konkret meist Summen, die sich die Kapitalisten für eine Tätigkeit in ihrer eigenen Firma als Lohn anschreiben. Ferner bestehen derartige Einkommen durchweg nicht mehr aus einer Zahlung aus einem Arbeitsvertrag, sondern sind aus einer solchen und Vermögenseinkünften zusammengesetzt. Der Unterschied zwischen Lohnabhängigen und „Selbständigen“ wird sinnlos, tatsächlich handelt sich's um Angehörige der Kapitalistenklasse.

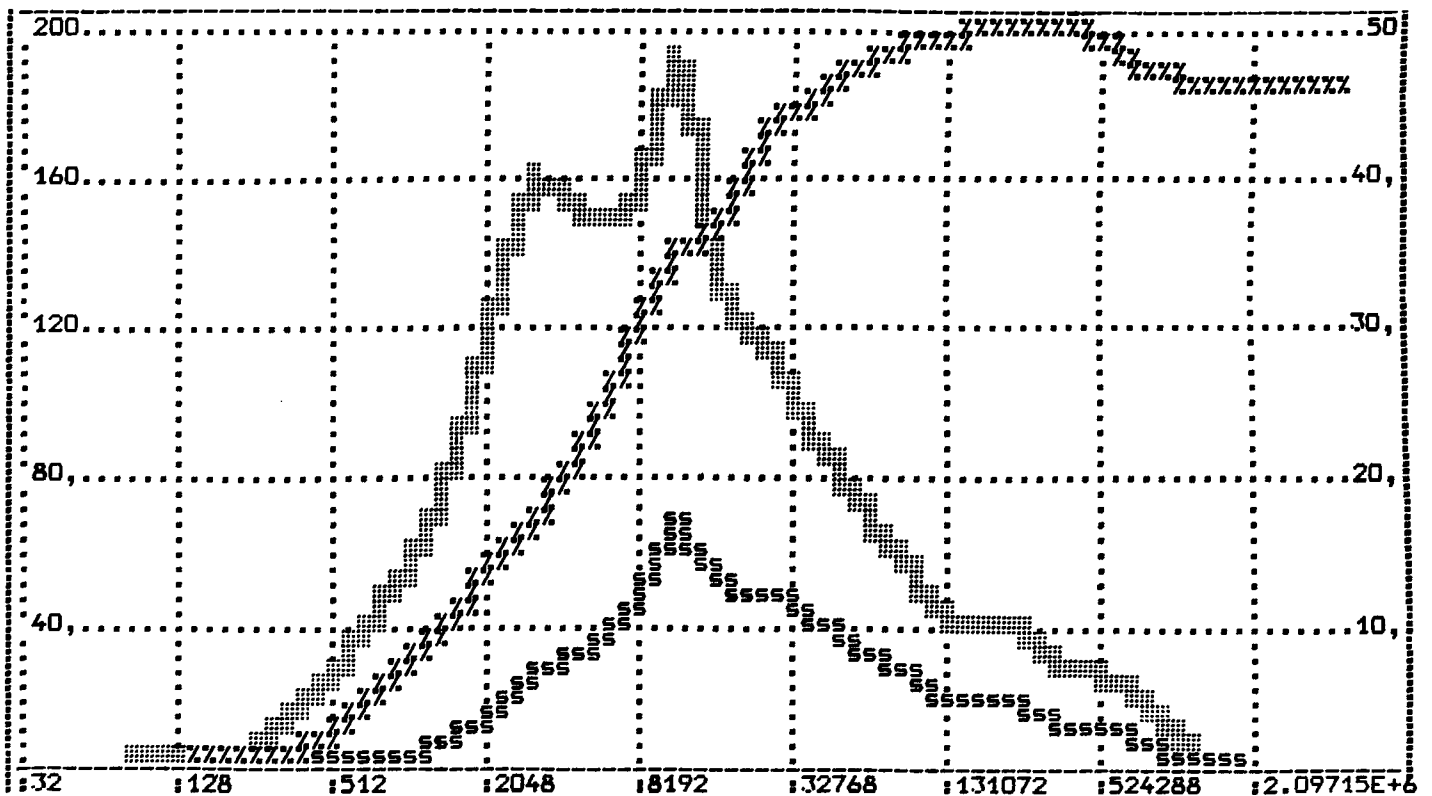
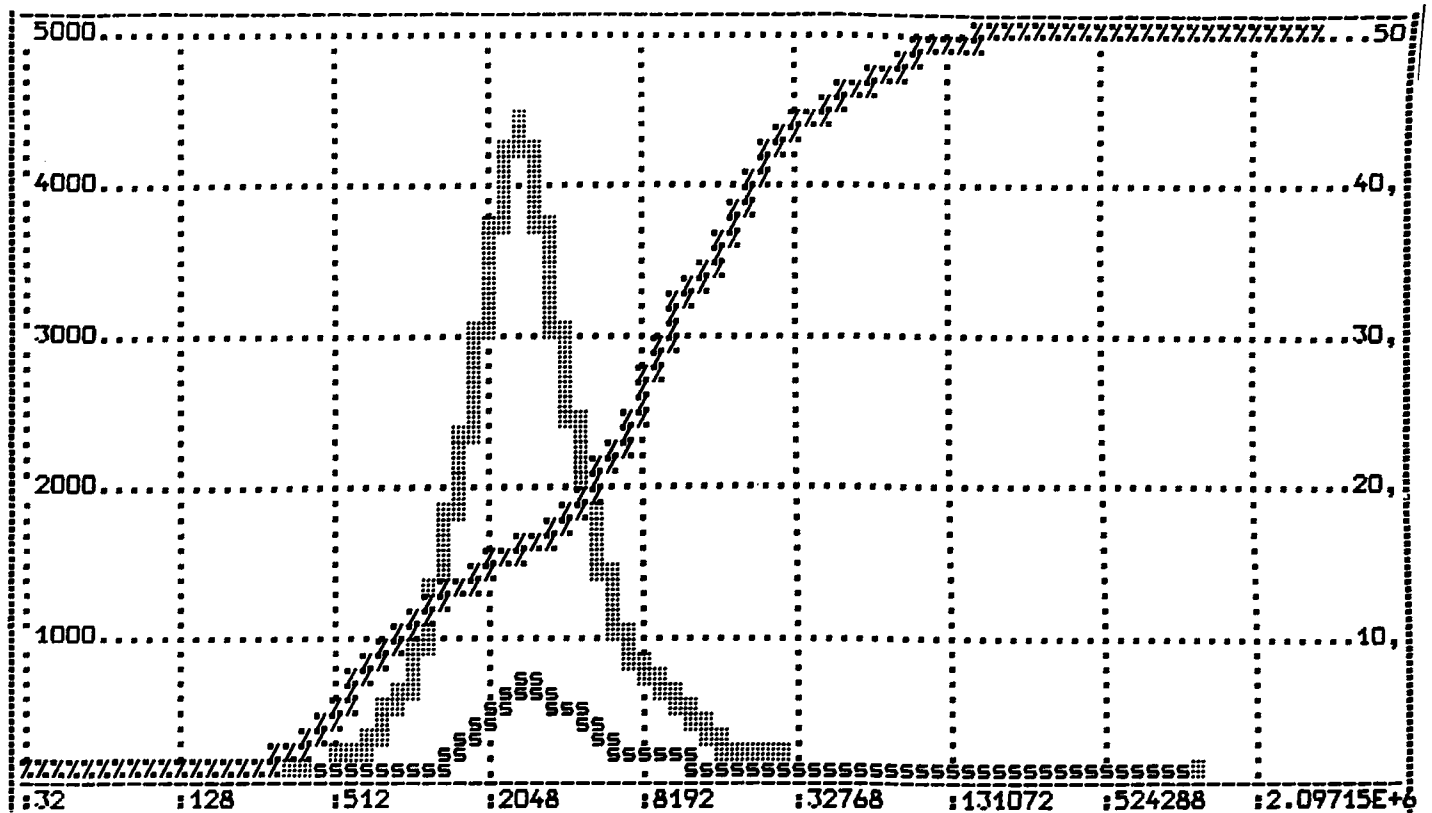
5. Monatseinkommen von 130000 DM bis anderthalb Millionen pro Monat. Bilden zusammen mit ihrem nächsten Familienanhang die legendären „oberen Zehntausend“, d.h. die Monopolbourgeoisie. Der unvorstellbare Luxus, in dem sie leben, wird diskret genossen, d.h. außerhalb der Sphäre der Anschauung.

Zusammenfassend: Die in den Gruppen 3, 4, 5 befindlichen „Lohnabhängigen“ machen etwa 7% der Lohnabhängigen aus und rund 1,3 Mio. Steuerpflichtige. Die in den Gruppen 1 und 2 befindlichen Selbständigen machen rund zwei Drittel der Selbständigen aus und knapp 0,9 Mio. Leute, die sich verzweifelt an ihr Eigentum klammern, aber nicht nennenswert besser als der lohnabhängige Teil der arbeitenden Klassen gestellt sind. Die Berechnung der tatsächlichen Steuerlastquote ergibt nun, daß gerade dieser Teil der Selbständigen sich mit äußerster List und wahrscheinlich aus existenziellen Gründen der Besteuerung geschickt entzieht. Sie zahlen selbst auf ausgewiesene Einkommen weniger Steuern als vergleichbare Lohnabhängige. Da sie den großen Teil der Selbständigen stellen, tut sich ein weites Feld für den Kampf um Steuergerechtigkeit auf. Welch eine politische Dummheit, sich damit aufzuhalten, wo doch die großen Haie verstehen, um 6% unter dem ohnehin schon niedrigen Grenzsteuersatz davonzukommen, und das überschüssige Einkommen von rund 7% der Steuerpflichtigen auslangen würde, um die – statistisch faßbare – „Armut“ rund eines Viertels der Steuerpflichtigen völlig aus der Welt zu schaffen.

Tabelle 7: Lohn- und Einkommensteuerpflichtige 1977

Ergebnisse der Lohn- und Einkommensteuerstatistik 1977

Gesamttrag der Einkünfte von ... bis unter ... DM	Nichtveranlagte Lohnsteuerpflichtige			Veranlagte Lohnsteuerpflichtige – Einkommenssteuerpflichtige mit Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit			Übrige veranlagte Einkommenssteuerpflichtige			Insgesamt		
	Steuerpflichtige	Gesamttrag der Einkünfte	Lohnsteuer	Steuerpflichtige	Gesamttrag der Einkünfte	Festgesetzte Einkommenssteuer	Steuerpflichtige	Gesamttrag der Einkünfte	Festgesetzte Einkommenssteuer	Steuerpflichtige	Gesamttrag der Einkünfte	Festgesetzte Einkommenssteuer
	1 000	Mill. DM		1 000	Mill. DM		1 000	Mill. DM		1 000	Mill. DM	
1 – 1 500	641,9	431,4	3,7	3,6	4,2	—	11,1	12,4	0,0	656,7	448,0	3,7
1 500 – 3 000	418,0	936,3	5,3	22,1	52,7	0,0	45,2	105,9	0,0	485,3	1 094,9	5,4
3 000 – 5 000	677,8	2 750,2	20,6	65,4	267,5	0,4	111,8	453,0	1,2	855,0	3 470,7	22,2
5 000 – 8 000	746,7	4 761,8	192,4	138,7	907,7	13,7	169,2	1 085,8	20,4	1 054,5	6 755,2	226,4
8 000 – 12 000	934,7	9 397,3	719,1	217,9	2 194,4	84,4	157,9	1 556,0	69,5	1 310,5	13 147,6	873,1
12 000 – 16 000	1 071,6	15 069,8	1 575,7	281,4	3 962,6	262,7	114,0	1 585,5	114,5	1 467,0	20 617,9	1 952,9
16 000 – 25 000	3 470,6	71 823,4	9 361,9	952,4	19 837,5	2 088,0	179,9	3 624,9	375,8	4 602,9	95 285,8	11 825,7
25 000 – 50 000	4 403,1	148 237,2	21 810,3	3 330,0	120 477,7	20 314,9	246,6	8 714,9	1 377,9	7 979,7	277 429,9	43 503,1
50 000 – 75 000	269,2	14 377,4	2 779,7	1 157,9	69 311,6	15 009,1	97,1	5 903,8	1 322,9	1 524,2	89 592,8	19 111,8
75 000 – 100 000	—	—	—	267,2	22 682,8	6 043,5	47,3	4 074,8	1 122,9	314,5	26 757,6	7 166,4
100 000 – 250 000	—	—	—	207,7	29 639,0	10 110,1	82,8	12 545,8	4 468,1	290,5	42 184,7	14 578,2
250 000 – 500 000	—	—	—	32,4	10 813,9	4 693,6	21,1	7 129,2	3 115,0	53,6	17 943,2	7 808,7
500 000 – 1 Mill.	—	—	—	8,0	5 368,5	2 493,6	6,8	4 629,2	2 195,4	14,8	9 997,8	4 689,0
1 Mill. – 2 Mill.	—	—	—	2,0	2 691,1	1 325,9	2,3	3 103,1	1 531,7	4,3	5 794,2	2 857,6
2 Mill. – 5 Mill.	—	—	—	0,7	2 186,5	1 091,6	0,9	2 719,7	1 367,7	1,7	4 906,3	2 459,3
5 Mill. – 10 Mill.	—	—	—	0,2	1 179,9	591,0	0,2	1 273,8	640,4	0,4	2 453,7	1 231,4
10 Mill. und mehr	—	—	—	0,0	1 002,9	503,1	0,1	982,2	452,1	0,1	1 985,0	955,2
Insgesamt	12 633,6	267 784,8	36 468,9	6 687,6	292 580,6	64 625,6	1 294,2	59 499,9	18 175,6	20 615,4	619 865,2	119 270,1



Oberes Bild: Verteilung des Einkommens, der Steueraufkommen sowie der Steuerlastquote der nicht zur Einkommenssteuer veranlagten Lohnsteuerpflichtigen und der Einkommenssteuerpflichtigen mit Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit. Unteres Bild: dieselben Größen für die übrigen veranlagten Einkommenssteuerpflichtigen, d.h. die Einkommenssteuerpflichtigen ohne Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit.

X-Achse: monatliches Einkommen in DM. Y-Achse rechts: Millionen DM. Y-Achse links: Prozente. Gerasterter Umriß: Verteilung des Einkommens über den Lohnklassen. Aus „sss“ zusammengesetzter Umriß: Verteilung des Steueraufkommens über den Lohnklassen. Aus „%%%%“ zusammengesetzte Linie: Steuerlastquote über den Lohnklassen.

Quelle: Wirtschaft und Statistik, 12/81

Reaktion

Die CDU/CSU auf dem Vormarsch will den Regierungswechsel



Seit dem Regierungsantritt der SPD arbeitet die CDU/CSU an ihrer Rückkehr zur Macht. Bei den Bundestagswahlen 80 hat sie zwar den Stimmen nach verloren, doch vorgeführt, wie sich eine sozialdemagogische Politik entwickeln läßt, die in allen Fragen reaktionär auftritt, die Interessen der arbeitenden Klassen mit Füßen tritt und dennoch Erfolg haben kann. Seither hat sie ihre Basis ausgebaut, zuletzt in den schleswig-holsteinischen Kommunalwahlen.

Landwirtschaft

Die bürgerliche Agrarpolitik untergräbt die Existenz von Hunderttausenden

Erstmals seit Jahrzehnten meldet die Agrarstatistik für 1980/81 für das ärmste Viertel der Vollerwerbsbauern negative „Gewinne“: Über 100 000 Bauernfamilien müssen sich – trotz harter Arbeit – verschulden, um überhaupt leben zu können. Die Banken mit ihren Zinsforderungen, die Kapitalisten mit steigenden Preisen für landwirtschaftliche Produktionsmittel, die Nahrungsmit-

telmonopole und Zwischenhändler mit Preisdruck auf die landwirtschaftlichen Produkte und schließlich der bürgerliche Staat mit seinen wachsenden Steuerforderungen – sie alle rauben den Bauernmassen die Früchte ihrer Arbeit. Die geplante EG-Agrar„reform“ wird die Vernichtung hunderttausender Existenzen vollenden. Gibt es für die Bauern einen Ausweg?



Wohnungsmarkt in Hamburg

Zu wenig, zu enge, zu teure Wohnungen



„Ideale“ Wohnungen sollen nach Ansicht des Senats ein Zimmer mehr haben als Personen in der Wohnung leben. Danach fehlen in Hamburg Tausende von Wohnräumen. Zwischen 1974 und 1979 sank die Zahl der Mietwohnungsneubauten im sozialen Wohnungsbau um 61%. In den Wohnungen der unteren Einkommensklassen ist es eng und

das soll auch so bleiben. Dort heißt der Schwerpunkt Modernisierung. Dadurch wird keine Wohnung größer und wenn, dann nur auf Kosten weiterer Wohnraumvernichtung. Die Wohnungskapitalisten erhalten die Möglichkeit, den alten Bestand durch Steuermittel wertmäßig zu verbessern und kräftige Mieterhöhungen durchzusetzen.

Großbritannien

Rasche Verelendung vieler Arbeiterhaushalte

Schwere Lohnsenkungen waren die Folge der Niederlagen der Arbeiterbewegung in den Jahren 1979 und '80. Das Bild zeigt Armeeeinheiten im Streikbrechereinsatz gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes. Mit ihrer Steuer- und Haushaltspolitik und besonders drastischen Lohnkürzungen bei den schlecht bezahlten Arbeitern im öffentlichen Dienst fördert die Regierung Thatcher die rasche Verelendung vieler Arbeiterhaushalte.



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit acht verschiedenen Heften, Preis pro Heft 0,70 DM

- 01 Stahl- und Metallindustrie
- 02 Druckindustrie
- 03 Chemie und übrige Industrien
- 04 Handel, Banken, Versicherungen
- 05 Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
- 06 Schul- und wehrpflichtige Jugend
- 07 Studierende Jugend
- 08 Kommunalverbände, Landwirtschaft und kleine Selbständige

Politische Berichte und Nachrichtenhefte werden herausgegeben von:

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel.: 0221/517376

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel. 0221/517457

Bezugsbedingungen:

Politische Berichte: Halbjahresabonnement inkl. Versand 36,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 72,- DM.

Politische Berichte sowie ein Heft Nachrichten: Halbjahresabonnement inkl. Versand 47,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 94,- DM.

Jedes weitere Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Einzelabonnement Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement inkl. Versand 14,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 28,- DM.

Jedes weitere Heft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel.: 0221/517457